

# Das Abgeordnetenhaus von Berlin

EINE AUSSTELLUNG  
ZUR DEMOKRATIEGESCHICHTE  
DEUTSCHLANDS



Das 19. Jahrhundert

Die Kaiserzeit

Die Weimarer  
Republik

Der National-  
sozialismus

Die Teilung  
Deutschlands

Das wiedervereinte  
Deutschland

# Das Abgeordnetenhaus von Berlin

EINE AUSSTELLUNG ZUR DEMOKRATIEGESCHICHTE  
DEUTSCHLANDS



## VORWORT

### EIN OFFENES HAUS – EIN HAUS MIT GESCHICHTE

Seit April 1993 ist das Gebäude des ehemaligen Preußischen Landtags Sitz des Abgeordnetenhauses von Berlin. Seither steht das Haus als Ort der parlamentarischen Auseinandersetzung und zahlreicher Veranstaltungen wieder regelmäßig im Blickpunkt der Öffentlichkeit.

Der Bau selbst spiegelt heute in seiner baulichen Ausformung mit den Veränderungen, die im Laufe der Jahrzehnte vorgenommen wurden, mit seinen unterschiedlichen Nutzungen, aber vor allem als Schauplatz bedeutenden historischen Wandels die großen Brüche sowohl in der preußischen als auch in der deutschen Geschichte wider.

Nach der Wiedervereinigung der Stadt entschied sich das Abgeordnetenhaus von Berlin 1991 für das Gebäude des ehemaligen Preußischen Landtags als künftigen Sitz. Schon zwei Jahre später zog das Berliner Landesparlament vom langjährigen Provisorium Rathaus Schöneberg in die Mitte der wiedervereinigten Stadt.

Das Parlamentsgebäude, das im Oktober 1990 unter Denkmalschutz gestellt wurde, befindet sich in unmittelbarer Nähe zum Potsdamer Platz sowie zum Regierungsviertel und wird flankiert vom Martin-Gropius-Bau, dem Dokumentationszentrum „Topographie des Terrors“, dem Bundesministerium der Finanzen und nicht zuletzt durch den Bundesrat, der seit der Jahrtausendwende seinen Sitz im ehemaligen Preußischen Herrenhaus genommen hat.

Der ehemalige Preußische Landtag ist heute das Ziel zahlreicher Gäste aus nah und fern. Tausende von Besucherinnen und Besuchern lernen jährlich unser Haus kennen. Sie informieren sich über die Arbeit des Berliner Landesparlaments und die wechselvolle Geschichte des Hauses oder melden sich als Gast für eine Plenar- oder Ausschusssitzung an.

2014 wurde die seit 1999 existierende Dauerausstellung im Foyer des Hauses redaktionell überarbeitet, aktualisiert und in einem neuen Format gestaltet. Die Ausstellung bietet nicht nur einen Überblick über die historischen Ereignisse seit der Eröffnung im Jahre 1899, sondern sie skizziert auch die gesellschaftliche und politische Entwicklung in Preußen, in Deutschland und in Berlin von der Mitte des 19. Jahrhun-



derts bis in die Gegenwart. Zugleich gibt sie einen Einblick in die Funktion des Hauses heute als Dienstsitz unseres Landesparlaments und die Rolle Berlins als Hauptstadt des wiedervereinigten Deutschlands.

Der nun vorliegende Katalog fasst die wesentlichen Inhalte der Ausstellung zusammen und zeigt eine Auswahl von Schaustücken, die in den Vitrinen des Foyers zu entdecken sind. Er bietet eine Ergänzung zu den persönlichen Eindrücken, die die Besucherinnen und Besucher vor Ort sammeln können, und vermittelt denjenigen, die unser Haus noch nicht kennen, ein anschauliches Bild seiner Geschichte und Funktion.

Ich danke allen, die an der Konzeption der Ausstellung und der Erstellung des Katalogs mitgewirkt haben, und wünsche mir, dass in den kommenden Jahren die zahlreichen Gäste unseres Hauses auch unsere Dauerausstellung besuchen werden.

Ralf Wieland  
Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin

# Das Abgeordnetenhaus von Berlin

## EIN HAUS MIT GESCHICHTE



Zwischen Potsdamer Platz und Wilhelmstraße – Das Preußische Landtagsgebäude 1919

1

*„Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer. Darum – besinnt euch auf eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll.“*

Willy Brandt (Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin von 1955 bis 1957) kurz vor seinem Tod, am 15. September 1992

Der Weg in eine moderne, demokratische Gesellschaft mit großer Meinungsvielfalt war lang und mühevoll. Er war in den letzten 150 Jahren geprägt von epochemachenden Erfolgen und verheerenden Niederlagen. Vorausschauende Männer und Frauen haben immer wieder für eine freiheitliche Grundordnung mit allen demokratischen Rechten gekämpft.

Sie traten für ein allgemeines, geheimes, freies und unmittelbares Wahlrecht ein, für die Emanzipation der Frauen, für soziale Gerechtigkeit. Kriege und

Diktaturen erschwerten diesen Weg. Nicht wenige sind bei ihrem Kampf gegen Unrechtsjustiz, gegen die Verletzung der Grund- und Menschenrechte in totalitären Regimen verfolgt worden. Viele von ihnen haben dafür ihr Leben gelassen. Sie sind nicht von ihren Überzeugungen abgewichen, einzig ihrem Gewissen zum Wohle der Allgemeinheit zu folgen.

Die Epoche nach den beiden Weltkriegen erforderte einen Neubeginn der parlamentarischen Demokratie, der mühsam war. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges 1945 war zunächst die unmittelbare Organisation des Lebensnotwendigen die vordringliche Aufgabe der Volksvertreter. Doch galt es gleichzeitig, demokratische Strukturen neu aufzubauen. Damit einhergehen sollten garantierte Grund- und Freiheitsrechte. Die Teilung Berlins, die Blockade des Westteils und der Mauerbau 1961 konnten die junge Demokratie im Westen der Stadt nicht erschüttern. Der gescheiterte Volksaufstand am 17. Juni 1953 zeigte zudem, dass auch in Ost-Berlin der Wille zur demokratischen Ordnung vorhanden war.



Die Banner von Deutschland, Berlin und Europa im Plenarsaal

2



Die Treppenhalle 2014

3



Die Treppenhalle 1914

4

Das Gebäude des heutigen Abgeordnetenhauses ist randvoll mit deutscher Geschichte. Die Spuren ihrer Höhen und Tiefen sind hier wie kaum in einem anderen Berliner Gebäude deutlich ablesbar.

Das Abgeordnetenhaus von Berlin ist sich seines historischen Tagungsortes bewusst und nimmt die Geschichte als Ganzes an. Die Parlamentarier sehen sich in der Verpflichtung, Verantwortung vor der Geschichte zu tragen. Es ist ein fortlaufender Prozess, die demokratische Ordnung im Sinne des Allgemeinwohls zu erhalten oder zu verändern.

Die hier gezeigte Ausstellung gibt Auskunft darüber, wie notwendig ein demokratisch legitimes Parlament in der deutschen und in der Berliner Geschichte immer war, ist und sein wird. Das wichtigste Wesensmerkmal einer stabilen Demokratie sind die freien Wahlen. Sie garantieren die Staatsgewalt des Volkes, sie garantieren im wortwörtlichen Sinne die Demokratie.

↓ Das barocke Palais Leipziger Straße 3 als erstes Gebäude auf dem gesamten Areal

5



## Das 19. Jahrhundert

# Das 19. Jahrhundert

## DIE EMANZIPATION DES BÜRGERTUMS 1789 – 1871

Die Französische Revolution von 1789 kennzeichnete den Beginn der Neuzeit in Europa. Beeinflusst von den 1776 verkündeten Menschenrechten, die zur Gründung der Vereinigten Staaten von Amerika führten, hatten die Franzosen ihren Staat und die Gesellschaft grundlegend verändert. In Frankreich wurde mit der Erklärung der Menschenrechte und der Durchsetzung von Bürgerrechten die alte ständische und vom Adel dominierte Ordnung abgeschafft.



Die Französische Revolution – Marsch der Frauen auf den französischen Königssitz Versailles am 5. Oktober 1789

2

Das darauf folgende napoleonische Zeitalter endete mit der Abdankung des französischen Kaisers im April 1814. Die europäischen Monarchen einigten sich 1815 auf dem Wiener Kongress über die europäische Neuordnung. Entscheidend war im Anschluss daran die Gründung des Deutschen Bundes, der eine Föderation von 35 souveränen Fürsten und vier freien Städten bildete. Das Ziel, in allen Teilen des Bundes eine Verfassung durchzusetzen, führte zu unterschiedlicher Umsetzung. Baden war 1818 Vorreiter in der Einführung des Gleichheitsprinzips für alle Landeskinder. Grundrechte wurden proklamiert.

Während die Fürsten in den westlichen und südwestlichen Staaten eher zu politischen Reformbestrebungen bereit waren und sie umsetzten, gestaltete sich die Situation in den konservativen und streng obrigkeitlich geführten Staaten Österreich und Preußen ganz anders.

Die militärischen Niederlagen, die beide Mächte gegen Napoleon erlitten hatten, setzten zunächst einen Reformschub in Gang. Preußen wäre nach seiner Niederlage in den Schlachten von Jena und Auerstedt 1806 fast von der Landkarte verschwunden. König Friedrich Wilhelm III. von Preußen wurde

1807 im Frieden von Taurroggen/Ostpreußen das Schlimmste erspart. Kurz darauf wurden 1812 die stein-hardenbergschen Reformen umgesetzt. Diese Reformen waren bahnbrechend. Gewerbefreiheit, die Aufhebung der Leibeigenschaft sowie die Emanzipation der Juden waren wichtige Bausteine. Dennoch kam es in Preußen nicht zur Ausarbeitung einer Verfassung. Clemens Fürst von Metternich in Österreich, einer der mächtigsten Männer und Vertreter der alten feudalen Ordnung, erwies sich als ein fester Schutzschild gegen die Reformkräfte in Wien.

Um 1830 trafen in Europa Fortschritt und Reaktion erneut heftig aufeinander. Die französische Julirevolution 1830 und die Unabhängigkeit Belgiens von den Niederlanden kennzeichneten die Unruhen im Westen Europas. Der Aufstand des polnischen Volkes gegen die russische Herrschaft im November 1830 zeigte die ebenso unruhige Situation im Osten. Das Hambacher Fest 1832 war in Deutschland Ausdruck des Wunsches der Gesellschaft nach Veränderungen. Die Forderung, eine deutsche Republik zu proklamieren, die Teil einer europäischen Konföderation werden sollte, erfüllte sich nicht. Die reaktionären Kräfte konnten wieder die Oberhand gewinnen.



Märzruhen 1848 in Berlin – Trauerzug für die Gefallenen vor dem Berliner Schloss am 22. März 1848

3

Eine erneute allgemeine wirtschaftliche Krise erfasste Europa um 1840. Die Weberaufstände in Schlesien 1844, die aus den unmenschlichen Lebensbedingungen resultierten, sind ein Beispiel dafür und verschärften die politischen Auseinandersetzungen. Marx und Engels schrieben 1848 das Kommunistische Manifest. Sie forderten die politische und wirtschaftliche Teilhabe der sich bildenden modernen Industriearbeiterschaft an Staat und Gesellschaft. Die feudalen Mächte unterdrückten ihrerseits in Gegenwehr insbesondere die Meinungs- und Pressefreiheit. 1848 war es in Deutschland zur Märzrevolution gekommen. Ein räumlicher Schwerpunkt der Auseinandersetzung zwischen Aufständischen und den bewaffneten Kräften des „ancien régime“ war Berlin.

Die liberalen Reformkräfte forderten den Umbau der bestehenden Ordnung in eine konstitutionelle Monarchie, d. h. frei gewählte Parlamente und regierende Fürstenhäuser sollten in Kombination agieren. Radikale Kräfte forderten eine vollständige Demokratisierung Deutschlands. Gleichzeitig wurde die Notwendigkeit erkannt, einen einheitlichen deutschen Nationalstaat zu schaffen. Dieses Ziel

↓ Rückkehr und Einzug des deutschen Kaisers Wilhelm I. durch das Brandenburger Tor nach der Reichsgründung im Januar 1871

4

war aber ohne die alten regierenden Mächte nicht zu erreichen. Im Versuch, dieses Dilemma aufzulösen, war die Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche ein wichtiger und wesentlicher Baustein. Ihr Scheitern führte zu einer Wiederbelebung und erneuten Stärkung der alten Kräfte. Die militärische Stärke Preußens und das Streben dieses Staates, in Deutschland die politische Führung übernehmen zu wollen, löste schließlich eine Reihe von Kriegen aus. Preußen führte Kriege gegen Dänemark 1864, gegen Österreich 1866 und gegen Frankreich 1870/71. Diese gewonnenen Kriege führten zur Gründung des Deutschen Reichs im Januar 1871.



Einzug des ersten frei gewählten Parlaments in die Frankfurter Paulskirche, 1848

5

# Von preußischen Reformen und Reformern

KARL REICHSFREIHERR VOM UND ZUM STEIN UND KARL-AUGUST FÜRST VON HARDENBERG



Nach der militärischen Niederlage Preußens: Napoleon empfängt die preußische Königin Luise im ostpreußischen Tilsit, 1807

6

*„Wenn Sie nicht Ihr respektwidriges und unanständiges Benehmen zu ändern willens sind, kann der Staat keine große Rechnung auf Ihre ferneren Dienste machen.“*

aus dem Entlassungsschreiben König Friedrich Wilhelm III. an den Reichsfreiherrn vom und zum Stein, 1807



Karl Reichsfreiherr vom und zum Stein (1757 – 1831)

7



Reichskanzler Karl August Fürst von Hardenberg (1750 – 1822)

8

den Einzelnen eine Notwendigkeit ist, und inspiriert von den Ideen Immanuel Kants, dass diese Förderung von allen für alle erfolgen müsse, entwickelte Stein zusammen mit dem Reichskanzler Karl-August Fürst von Hardenberg (1750 – 1822) ein Reformpaket, das 1812 als „stein-hardenbergsche Reformen“ in die Geschichte eingegangen ist. Wesentliches Gestaltungsmerkmal einer neuen Gesellschaftsordnung war die Forderung nach einer politischen Selbstbestimmung der Städte, die bereits 1808 in die Steinsche Städteordnung mündete. Die Idee der kommunalen Selbstverwaltung bildet bis heute die geistig-politische Grundlage für alle demokratischen Volksvertretungen wie die Stadt- und Bezirksverordnetenversammlungen, die Magistrate und Senate sowie das Abgeordnetenhaus von Berlin.

Karl Reichsfreiherr vom und zum Stein (1757 – 1831) zählt zu den bedeutendsten deutschen Politikern des 19. Jahrhunderts. Vor dem Hintergrund des Niedergangs Preußens in der Zeit der napoleonischen Besetzung setzte Stein – zum Teil gegen heftigsten Widerstand des preußischen Königshauses – Reformen zur Neugestaltung durch.

Inspiriert von den Ideen des Philosophen Fichte, nach denen die Förderung der Gemeinschaft durch

Die damals als revolutionär begriffenen Neuerungen der Gewerbefreiheit, der Aufhebung der Leibeigenschaft, der Emanzipation der Juden, der Einführung der Schulpflicht und der Neuordnung des Finanzwesens mit der Einführung des Papiergeldes oder einer allgemeinen Einkommensteuerveranlagung bildeten die gesellschaftlichen Grundlagen für einen rasanten Entwicklungsprozess, der einerseits die industrielle Revolution auslöste und andererseits 1871 in den deutschen Nationalstaat mündete.

Der frühere Parlamentspräsident Walter Momper (SPD) ist der geistige Vater der Idee, die Standbilder der beiden großen preußischen Staatsmänner vor dem Abgeordnetenhaus wieder zu vereinen. Die historisch bedeutsamen Kunstwerke befanden sich bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs auf dem nahe gelegenen Dönhoffplatz an der Leipziger Straße. Das 1865 – 69 geschaffene Denkmal des Freiherrn vom und zum Stein stammt vom gebürtigen Berliner Bildhauer Hermann Schievelbein. Nach dem Krieg 1945 stand es zwischen Schlossbrücke und ehemaligem Kronprinzenpalais Unter den Linden, ehe es 2003 an seinen jetzigen und dritten Berliner Standort kam.

1907 schuf Johannes Götze das Denkmal Hardenbergs. Götze war ein Schüler des bedeutenden Bildhauers Reinhold Begas, der neben vielen anderen Werken auch den Neptunbrunnen in der Nähe des Berliner Rathauses geschaffen hat. Anders als bei dem Steinschen Denkmal verlor sich nach 1945 die Spur des Hardenbergschen Standbildes im Dunkel der Geschichte. Am 2. Juni 2011 wurde vor dem Haus eine Kopie enthüllt. Acht Jahre lang hatte der damalige Präsident des Abgeordnetenhauses Spenden eingeworben, bis rund 180 000 Euro beisammen waren, die für die Bronzeskulptur selbst und den Sockel verwendet wurden.



Ehemaliger Standort des Hardenberg-Denkmal auf dem Dönhoffplatz

9



Heutiger Standort des Hardenberg-Denkmal vor dem Abgeordnetenhaus

10



Heutiger Standort des Denkmal des Freiherrn vom und zum Stein vor dem Abgeordnetenhaus

11

↓ Ehemaliger Standort des Denkmal des Freiherrn vom und zum Stein auf dem Dönhoffplatz an der Leipziger Straße (vor 1945)

12



# 1848 – Die Revolution

## EIN VOLK AUF DEN BARRIKADEN



Die Märzrevolution 1848 – Barrikaden in der Breiten Straße unweit des Berliner Schlosses 13



Selbstbewusstsein und Emanzipation. Promenade des Bürgertums Unter den Linden 14

Das 19. Jahrhundert gilt als bürgerliches Zeitalter. Infolge der Französischen Revolution versuchte das europäische Bürgertum, sich von der Macht des Adels zu emanzipieren. Dieser Emanzipationsprozess gestaltete sich für das Bürgertum in Frankreich und in England einfacher, da man sich dort bereits auf eine zentrale politische Handlungsebene stützen konnte. Paris und London waren etablierte Zentren der Macht. Der Deutsche Bund, der infolge der Neuordnung Europas nach dem Sturz Napoleons 1815 gegründet worden war, war indessen eine geografisch nicht fest umrissene Föderation von Fürstentümern und freien Städten. In dieser Föderation gab es für das Volk keinerlei politische Mitbestimmung und Mitwirkung.

Die mächtigsten Fürstenfamilien, die Habsburger in Wien und die Hohenzollern in Berlin, wehrten sich mehr gegen den europäischen Modernisierungskurs, als es vergleichsweise die übrigen deutschen Fürsten in Bayern oder Baden taten. In Österreich und in Preußen wurde mehr als in anderen deutschen Gebietskörperschaften die Forderung nach politischer Mitbestimmung, die Durchsetzung von Grund- und Freiheitsrechten, vor allem die Einführung einer Meinungs- und Pressefreiheit unterdrückt.

Das Bürgertum sah sich darüber hinaus einem weiteren Hemmnis ausgesetzt. Noch konnte nicht von einer einheitlichen Gesellschaftsschicht, einer homogenen Klasse gesprochen werden. Träger des Modernisierungskurses war zunächst das Bildungsbürgertum.

Das wirtschaftlich und technisch orientierte Bürgertum, also jene Kräfte, die die industrielle Revolution in Gang gesetzt hatten, verstanden sich mit den Akademikern noch nicht als einheitliche Klasse. Diese gesellschaftliche Verbindung entstand erst nach der Gründung des Deutschen Reichs 1871.

In Preußen waren seit 1815 die Forderungen des Bildungsbürgertums nach der Umwandlung des Staates in eine konstitutionelle Monarchie nicht abgerissen. Ähnlich wie in Großbritannien wollte man ein Parlament mit einem Zwei-Kammer-System. Man verlangte die Einlösung des Verfassungsversprechens, das der preußische König Friedrich Wilhelm IV. im Mai 1815 dem Volk gegeben hatte.



Friedrich Wilhelm IV. – Karikatur auf die Ablehnung der Kaiserkrone durch das Volk 15

Mehrere Ereignisse führten eine Generation später zu den Unruhen in Wien und in Berlin, die als Märzrevolution 1848 in die Geschichte eingegangen sind. Am 24. Februar 1848 war der französische Bürgerkönig Louis-Philippe I. abgesetzt worden; die Zweite Republik wurde ausgerufen. Wenige Tage später, am 13. März 1848, trat Fürst von Metternich in Wien zurück und flüchtete nach London. Metternich galt als einer der mächtigsten und reaktionärsten Politiker Europas und war wohl *der* Repräsentant des „ancien régime“. Zwei Tage darauf hatte Kaiser Ferdinand I. den Österreichern eine Verfassung versprochen.

In Berlin wurden die Unruhen weiter dadurch angefangt, dass es durch einen zweimaligen Ausfall der Kartoffelernte in Preußen zu einer ernsthaften Versorgungskrise gekommen war. Die politische Unentschlossenheit Friedrich Wilhelms IV. und die Enttäuschung über die fehlenden Reformen, die man sich in Preußen mit seiner Krönung 1840 erhofft hatte, wirkten jetzt umso stärker nach.

Schließlich eskalierten die Unruhen vor dem Berliner Schloss in den Märztagen 1848. Es gab am 18./19. März schwere Straßenkämpfe. 277 Demonstranten fanden dabei den Tod. Im Volkspark Friedrichshain erinnert eine Gedenkstätte an die Märzgefallenen. In nunmehr erneuter äußerster Bedrängnis ordnete Friedrich Wilhelm IV. Reformen an. Ende des Monats hatte sich in der Paulskirche in Frankfurt/Main schließlich ein Vorparlament konstituiert. Wahlen zu einer verfassunggebenden Nationalversammlung sollten stattfinden.



Das Berliner Schloss 1848 16

↓ Die Besetzung des Palastes von Prinz Wilhelm Unter den Linden am 19. März 1848 17



# Ein Grundstück für das neue Parlamentsgebäude

## VOM ADELSPALAIS ZUR VOLKSVERTRETUNG



Ausschnitt aus dem Sieneck-Plan 1856: Das „Achteck“ ist der Leipziger Platz mit der Umgebung des zukünftigen Gebäudes für den Preußischen Landtag

18

Kurfürst Friedrich III. von Brandenburg hatte 1688 zur Erweiterung der Residenzstadt Berlin die barocke Friedrichstadt anlegen lassen. Parallel zur Straße Unter den Linden verlief die neu angelegte Leipziger Straße. An ihrer Südseite wurden große Grundstücke abgesteckt. Die dahinter liegenden Gärten reichten bis an die heutige Anhalter Straße.

Nach der Reichsgründung 1871 wurden bereits die südlichen Teile dieser Gärten abgetrennt. Es entstand 1891 mit der Prinz-Albrecht-Straße eine Stichstraße, die seit 1951 Niederkirchnerstraße heißt. Hier entstanden in nächster Nachbarschaft zum heutigen Abgeordnetenhaus bis 1881 das Kunstgewerbemuseum (heute: Martin-Gropius-Bau) und das im Zweiten Weltkrieg zerstörte Völkerkundemuseum an der Ecke zur Stresemannstraße. 1892 wurde mit dem Bau des Preußischen Abgeordnetenhauses begonnen.

### LEIPZIGER STRASSE 3

Das Palais Leipziger Straße 3 wurde 1734 erbaut. Das gröbensche Adelspalais beherbergte bald schon eine Samt- und Seidenmanufaktur. Der Unternehmer Ernst Gotzkowsky hatte den Palast 1750 erworben und ihn 15 Jahre in Besitz gehabt.

Nach mehreren weiteren Besitzwechseln erwarb im Jahr 1825 der Vater von Felix Mendelssohn-Bartholdy, der Bankier Abraham Mendelssohn, das Anwesen. Die zum Protestantismus konvertierte Familie, die vom großen jüdischen Philosophen Moses Mendelssohn abstammte, führte hier einen der bedeutendsten Berliner Salons. 1826 ließ im rückwärtigen Garten der erst 17-jährige Komponist Felix die Ouvertüre zum „Sommernachtstraum“ aufzuführen. Nach dem Verkauf des Palais an den Fiskus zog 1852 das Oberhaus des Preußischen Landtags in das barocke



Der Komponist Felix Mendelssohn-Bartholdy

19



Aquarell vom Garten des Mendelssohn-Palais

20



Das barocke Palais Leipziger Straße 3 vor seinem Abriss

21

Palais. Seit 1855 firmierte das Oberhaus unter dem Namen Herrenhaus. Die Grundstücke Nr. 3 und Nr. 4 wurden 1899 miteinander verbunden. Nach Abriss der barocken Bausubstanz entstand von 1899 bis 1904 nach den Plänen von Friedrich Schulze das neue Herrenhaus.

### LEIPZIGER STRASSE 4

Das Palais Leipziger Straße 4 wurde ebenfalls im Jahr 1734 errichtet. Im Jahr 1761 erwarb es der Unternehmer Ernst Gotzkowsky, der hier im selben Jahr eine Porzellanfabrik mit einer fortschrittlichen technischen Ausstattung einrichtete.

Die 1763 verstaatlichte Königliche Porzellanmanufaktur (KPM) wurde 1871 nach Charlottenburg verlegt, um – bis 1894 – Platz für den provisorischen Sitz des Deutschen Reichstages zu schaffen. Der Reichstag zog am 5. Dezember 1894 in seinen stattlichen Neubau am Königsplatz, unweit vom Brandenburger Tor, um. Das Grundstück in der Leipziger Straße wurde 1899 mit dem Nachbargrundstück Nr. 3 vereinigt und gemeinsam mit dem neuen Herrenhaus bebaut.



„Korbtragende Genien“, KPM-Tafelaufsatz, 1793

22



Die Leipziger Straße im späten 19. Jahrhundert

24



Die Fabrik der KPM im Garten der Leipziger Straße vor 1871

25



Der Sitzungssaal des Herrenhauses im alten Gebäude, 1892

26

↓ Das neue Gebäude für den Preußischen Landtag – Holzstich von 1899

23



# Die ersten Tagungsorte

## VOM WEISSEN SAAL ZUM PLENARSAAL

„Es drängt mich zu einer feierlichen Erklärung: daß es keiner Macht der Erde jemals gelingen soll, Mich zu bewegen, das natürliche, gerade bei uns durch seine innere Wahrheit so mächtig machende Verhältniß zwischen Fürst und Volk in ein conventionelles, constitutionelles zu wandeln, und daß ich es nun und nimmermehr zugeben werde, dass sich zwischen unseren Herr Gott im Himmel und dieses Land ein beschriebenes Blatt gleichsam als zweite Vorsehung eindränge, um uns mit seinen Paragraphen zu regieren und durch sie die alte, heilige Treue zu ersetzen.“



König Friedrich Wilhelm IV.,  
Thronrede zur Eröffnung des  
Vereinigten Landtages  
im Berliner Schloss am 11.  
April 1847

König Friedrich Wilhelm IV.  
von Preußen  
28

Das Verfassungsversprechen, das der preußische König Friedrich Wilhelm III. seinen Untertanen 1815 gegeben hatte, war bis 1848 noch nicht eingelöst worden. Anders als in Bayern oder in Baden gab es in Preußen weder eine Verfassung noch eine gesamtstaatliche Repräsentation.

Friedrich Wilhelm IV. glaubte die Einlösung dieses Versprechens seines Vaters umgehen zu können, indem er seit den frühen 40er-Jahren einen Vereinigten Landtag konstituierte. Dieser Landtag bestand aus Mitgliedern der acht Provinzlandtage Preußens, die bis dahin unabhängig voneinander tagten. Friedrich Wilhelm behielt sich das Recht vor, die Mitglieder nach seiner persönlichen Entscheidung in Berlin einzuberufen. Diese politische Vertretung war also nicht frei und selbstbestimmt in ihrer Arbeit. Zudem waren die Mitglieder dieses Landtages nicht durch das Volk gewählt, sondern setzten sich zusammen



Die Eröffnung des Vereinigten Landtags im Weißen Saal  
des Schlosses am 11. April 1847

27

aus den regionalen Vertretern des Adels, der Großbauern und städtischen Grundbesitzer. Zwar gab es nunmehr einen zentralen politischen Tagungsort in Berlin, keineswegs aber wies dieser Landtag die Wesensmerkmale einer freien und demokratischen Volksvertretung auf.

Der Vereinigte Landtag wurde erstmalig am 11. April 1847 im Berliner Schloss vom preußischen König feierlich eröffnet. Er hatte nur zwei Monate Bestand; seine Befugnisse waren noch sehr begrenzt. Es ging dem König keineswegs darum, eine konstitutionelle Monarchie zu befördern, sondern vielmehr die politischen Vertreter zur Lösung von Finanzfragen beim preußischen Eisenbahnbau heranzuziehen.

Alle preußischen Parlamente wurden bis 1918 im Schloss eröffnet.



Die Singakademie hinter der Neuen Wache Unter den Linden

29



Der erste Sitz des Abgeordnetenhauses im Palais Hardenberg,  
Leipziger Straße 55

31

Mit dem vorläufigen Sieg der Märzrevolution 1848 wurde schließlich die Wahl einer preußischen verfassungsgebenden Nationalversammlung durchgesetzt. Diese wurde erstmals am 1. Mai nach den Prinzipien einer geheimen, allgemeinen, gleichen und direkten Wahl gewählt. Wahlberechtigt waren die männlichen preußischen Staatsbürger, die das 25. Lebensjahr vollendet hatten. Nunmehr gab es keine Ständeversammlung mehr, sondern eine preußische Nationalversammlung. Das Parlament tagte im Frühjahr 1848 einige Wochen in der Singakademie hinter der Neuen Wache Unter den Linden.

Am 5. Dezember 1848 oktroyierte Friedrich Wilhelm IV. per königlichem Erlass eine preußische Verfassung. Die Nationalversammlung wurde nach nur sieben Monaten wieder aufgelöst. Im Februar 1849 wurde erneut gewählt; dieses Parlament ist wenige Wochen später wiederum vom König aufgelöst worden. Ein ständiger politischer Konkurrenzdruck schwellte. Am 30. Mai 1849 wurde das liberale allgemeine und gleiche Wahlrecht wieder eingezogen, fortan galt bis 1918 das undemokratische Dreiklassenwahlrecht für Männer in Preußen.

1855 wurden die beiden Bezeichnungen Herrenhaus für das Oberhaus und Abgeordnetenhaus für das Unterhaus festgelegt. Beide Kammern hatten ihren provisorischen Sitz in der Leipziger Straße.

↓ Das Palais Hardenberg in der Leipziger Straße 55 (später Nr. 75)

30



# Preußen – das Wahlgebiet

## EIN STAAT ENTSTEHT



Das preußische Staatsgebiet (blaugrün) umfasste etwa zwei Drittel des Deutschen Reichs in den Grenzen von 1871. In der Mitte (roter Punkt) lag die preußische Hauptstadt und deutsche Reichshauptstadt Berlin. Karte von 1890

32

Das Königreich Preußen wurde am 18. Januar 1701 begründet. Kurfürst Friedrich III. von Brandenburg erfuhr im ostpreußischen Königsberg eine Standeserhöhung zum ersten König in Preußen. Preußen entwickelte sich zur europäischen Großmacht. Der Staat Preußen, der nach dem Ende der Monarchie 1918 aus diesem Königreich hervorgegangen war, bestand bis zum 25. Februar 1947. Er wurde nach dem Zweiten Weltkrieg durch alliierten Kontrollratsbeschluss der Siegermächte über Deutschland aufgelöst.

Das preußische Staatsgebiet umfasste nach 1871 in etwa zwei Drittel des Deutschen Reichsgebiets. Es war – einschließlich Berlin und Hohenzollern – in zwölf Provinzen unterteilt und stellte kein völlig zusammenhängendes geografisches Gebilde dar. Etwa zwei Drittel aller Deutschen waren gleichzeitig Staatsbürger Preußens.

Der nördlichste Punkt lag bei Nimmersatt, nördlich von Memel. Der östlichste Punkt lag ebenfalls in Ostpreußen unweit der Stadt Schirwindt im Regierungsbezirk Gumbinnen. Der südlichste Punkt befand sich

bei Hanweiler am Zusammenfluss von Blies und Saar, der westlichste Punkt an der Maas unweit Aachens.

Preußen bestand zur Hälfte aus Acker- und Gartenland. Die Landwirtschaft stellte einen wichtigen wirtschaftlichen Faktor dar. Die östlichen Provinzen waren ohne Ausnahme überdurchschnittlich agrarwirtschaftlich dominiert. Zudem war in Schlesien – wie auch in den westlichen Provinzen an Rhein, Ruhr und Saar – durch die reichen Steinkohlevorkommen die Schwerindustrie angesiedelt. Berlin bildete einen weiteren industriellen Schwerpunkt.



Ländliches Preußen – Spargelstechen in Brandenburg

33



Industrialisiertes Preußen – Förderturm bei Dortmund

34



Das Wappen eines Königreichs: Der preußische Adler 35

Das preußische Staatsgebiet wurde nach 1866 in 255 (ab 1876 in 256) Wahlkreise unterteilt. In diesen Wahlkreisen wurden – bis zur Neueinteilung 1908 – insgesamt 432 (ab 1876: 433) Kandidaten gewählt. Die 433 gewählten Abgeordneten traten nach einer Landtagswahl zur konstituierenden Sitzung in Berlin zusammen.

In Preußen galt vom 30. Mai 1849 bis zum Ende des Ersten Weltkriegs das Dreiklassenwahlrecht. Zwar waren die Wahlen allgemein und geheim, aber nicht gleich und direkt. Die preußischen Männer wählten als so genannte Urwahlmänner zu je 250 Wählern einen Wahlmann, der dann in zweiter Stufe einen oder mehrere Abgeordnete wählen konnte. Diese Urwahlmänner wurden in insgesamt drei Klassen eingeteilt. Das jeweilige Steueraufkommen der Urwähler war entscheidend. Jede der drei Klassen mit jeweils einem Drittel des gesamten staatlichen Steueraufkommens wählte zu jeweils einem Drittel die Abgeordneten für den Landtag. Zahlenmäßig hatten damit die Spitzenverdiener erheblich größeren Spielraum, überproportional viele Vertreter ihrer Interessen in das Parlament zu entsenden.



Sitzung im Plenarsaal am 8. Dezember 1916

36

↓ Demonstration gegen das Dreiklassenwahlrecht in Berlin, 1910

37

## Die Kaiserzeit

# Die Kaiserzeit 1871 bis 1918

## DER DEUTSCHE NATIONALSTAAT UND SEIN POLITISCHES ZENTRUM



Das letzte deutsche Kaiserpaar – Wilhelm II. und Auguste Viktoria

2



Die Industriemetropole Berlin – AEG-Turbinenfabrik

3

Am 18. Januar 1871 wurde im Spiegelsaal im Schloss von Versailles mit der Proklamation des preußischen Königs zum Deutschen Kaiser das Deutsche Reich gegründet. Damit war das wesentliche Ziel aller Deutschen erreicht, einen einheitlichen Nationalstaat herzustellen. Unter der maßgeblichen politischen Führung von Otto von Bismarck gehörten nunmehr neben den vier Königreichen Preußen, Bayern, Württemberg und Sachsen sechs Großherzogtümer und weitere 31 Gebietskörperschaften wie die freien Städte Hamburg, Bremen und Lübeck diesem Reich an.

Berlin wurde zur Reichshauptstadt erhoben und war fortan – bis 1945 – das wichtigste politische Zentrum des Reiches. Bis 1918 standen Kaiser aus der Familie der Hohenzollern an seiner Spitze. Besonders der letzte Kaiser – Wilhelm II. – prägte nach seiner Thronbesteigung im Jahr 1888 wie kaum ein anderer mit seiner Persönlichkeit eine ganze Epoche. Man spricht von der wilhelminischen Epoche.

Die Herstellung eines einheitlichen deutschen Nationalstaates setzte einen ungeheuren Modernisierungsprozess fort, der bereits zuvor mit dem Beginn der industriellen Revolution in Gang gekommen war. Wichtigstes Kennzeichen war die Verstädterung, die Urbanisierung. Mehr und mehr drängte die Landbevölkerung in die sprunghaft anwachsenden Industriestädte und -regionen wie in Berlin oder dem Ruhrgebiet. Diese Mobilität war erst durch den ra-

santen Ausbau des Eisenbahnwesens möglich geworden, der zu den größten wirtschaftlichen Erfolgen und Leistungen dieser Zeit zählte. Am Vorabend des Ersten Weltkrieges waren neben diesem Ausbau und der Entwicklung moderner Nahverkehrsmittel auch die Erfindung des Automobils und – in Anfängen – der Flugzeugbau hinzugekommen. Die Elektrifizierung Deutschlands, die Erfindung von Telegrafie und Telefon, die ersten Versuche in der Radio- und Filmtechnik, die Einführung der Schreibmaschine beschleunigten in bisher nicht dagewesener Weise den Alltag der Deutschen.

Gesundheitsfürsorge und -vorsorge, die Erfolge im Bestreben, Massenseuchen und Krankheiten einzudämmen und zudem die Kindersterblichkeit massiv zu senken, paarten sich mit der Einführung von Unfall- und Altersrenten. Das soziale Netz wurde ei-



Otto Fürst von Bismarck und Kaiser Wilhelm II., die gegensätzlichen Protagonisten einer Epoche, 1888

4

nerseits dichter gewoben, dennoch verschärften sich die sozialen Gegensätze und Spannungen unter dem Eindruck der „guten alten Zeit“ erheblich. Die zur Behebung oder wenigstens zur Linderung dieser Probleme durchgesetzten parlamentarischen Volksvertretungen wie der Preußische Landtag waren allerdings in ihrem Wirken und ihrer Wahrnehmung in weiten Teilen der reichsdeutschen Gesellschaft noch nicht verankert. Den bürgerlich-liberalen Schichten war es nicht gelungen, die Vorherrschaft des Adels in Verwaltung, Diplomatie und Militär zu brechen. Im Gegenteil: Die erfolgreiche großbürgerliche Oberschicht versuchte ihrerseits, feudale Lebensgewohnheiten, Etikette und Wertvorstellungen zu kopieren. Eine Nobilitierung, der Erhalt eines „von“ galt im Namen als erstrebenswert.

Im wilhelminischen Zeitalter schritt mehr und mehr die Militarisierung der Gesellschaft voran. Vor allem im größten deutschen Staat, Preußen, galt der Habitus eines Offiziers als Maß aller Dinge. Gespeist wurde ein kollektiver deutsch-völkischer, sozialdarwinistischer und auch antisemitischer Kurs zudem durch

die konservativen Burschenschaften, aus denen später die Eliten des Reichs, Anwälte, Ärzte, Generäle, Minister und Diplomaten hervorgingen.

Trotz vorhandener Gegenkräfte, die neben anderem für pädagogische Reformen im Schulwesen, für die Gleichberechtigung der Frauen, für eine pazifistische Politik eintraten, konnte sich eine stabile konservative Wertegemeinschaft bilden und erhalten, die alle Schichten der Gesellschaft erreicht hatte. Die darunter verborgenen scharfen Gegensätze und Konflikte brachen erst mit dem Ende der Monarchie 1918 hervor, nachdem das personifizierte Leitbild, Kaiser Wilhelm II., abdanken musste und keinen Werteanker mehr darstellte.



Wachablösung vor der Neuen Wache Unter den Linden, 1911

5

↓ Die erste U-Bahn Deutschlands in Berlin: Am Hochbahnhof Kottbusser Tor, 1902

6



# Die junge Reichshauptstadt

## AUF DEM WEG ZUR INTERNATIONALEN METROPOLE



Das 1894 eingeweihte Reichstagsgebäude

7

Seit dem Beginn des 18. Jahrhunderts hatten alle wesentlichen politischen und wirtschaftlichen Einrichtungen Preußens ihren Sitz in der Residenzstadt Berlin. Die aufstrebende Großstadt wurde nach der Reichsgründung 1871 zudem politisches, gesellschaftliches, wirtschaftliches und verkehrstechnisches Zentrum Deutschlands. Die junge Reichshauptstadt eroberte sich unter den wissenschaftlichen, kulturellen und industriellen Zentren des Reichs einen bedeutenden Rang. Berlin wurde eine moderne Stadt. Das Tempo beschleunigte sich.

Berlin entwickelte sich nach London zur größten Industriestadt der Welt. Die Einwohnerzahl hatte sich in der Kaiserzeit von 1871 bis 1914 nahezu verdreifacht. Auf dem Gebiet des heutigen Verwaltungsbezirks Mitte drängten sich fast 2,5 Millionen Einwohner. Die Wohnungsnot war bedrückend. 400 000 Wohnungen hatten nur ein einziges Zimmer, Bäder und Inntoiletten waren noch kein Standard.



Erste Berliner Motordroschke vor dem Reichstagsgebäude, 1899

8

Mehr als 50 % aller Beschäftigten waren im produzierenden Gewerbe als Industriearbeiter tätig. In Berlin waren mehr als 7 % der gesamten deutschen Industriebetriebe angesiedelt. Die Stadt war führend in der Maschinenbauindustrie (Borsig, Schwartzkopff), aber auch in der jungen Elektroindustrie (Siemens, AEG). Die Unternehmen gelangten zu Weltgeltung.

Eine notwendige Voraussetzung für die Industrialisierung Berlins war der Ausbau des Verkehrsnetzes. 1898 war die gesamte Elektrifizierung der Straßenbahn abgeschlossen. Ludwig Loewe hatte den Auftrag in Höhe von 100 Millionen Mark vom Berliner Magistrat erhalten. Die Pferde verschwanden zusehends aus der Innenstadt. 1899 war bereits die erste deutsche U-Bahn im Bau, die zwischen Stralauer Allee (Warschauer Straße) und Wittenbergplatz 1902 eröffnet werden konnte. Die Ausführung lag bei Siemens.

Die Textil- und Modeindustrie war – nicht zuletzt wegen der jüdischen Fabrikanten – bedeutend. Die erste Konfektionsware der Welt entstand am Hausvogteiplatz. Die großen Warenhäuser von Georg Wertheim und Adolf Jandorf (heute KaDeWe) wurden errichtet.

Berlin war Börsenplatz und Sitz aller relevanten Großbanken des Reichs. Die Deutsche Bank, die Diskontogesellschaft, die Dresdner Bank, die Commerzbank und die Berliner Handelsgesellschaft suchten nach neuen Kapitalmöglichkeiten. Die deutsche Kolonialpolitik wurde zur Erschließung neuer Ressourcen und Absatzmärkte von Berlin aus bestimmt.

Das erste städtische Krankenhaus war bereits 1874 im Friedrichshain fertiggestellt worden. Die Charité begründete nachhaltig den Ruf Berlins als wichtigem Standort der Medizinforschung. 1885 hatte neben anderen bahnbrechenden Leistungen dort der Arzt und Bakteriologe Robert Koch den Tuberkelbazillus entdeckt.

Berlin verfügte über mehrere Dutzend Theater und Varietés. Der legendäre „Wintergarten“ im Central-Hotel am Bahnhof Friedrichstraße nahm seinen Betrieb auf. Am 1. Mai 1899 wurde im Apollo-Theater, unweit vom heutigen Checkpoint Charlie, zum ersten Mal die Operette „Frau Luna“ von Paul Lincke aufgeführt. Der „Flug zum Mond“ – Teil der Operettenhandlung, drei Jahre nach dem Tod des Flugpioniers Otto Lilienthal – traf den Ton der Zeit. Die technische Entwicklung schien trotz aller Schwierigkeiten und Rückschläge unaufhaltsam.

↓ Charlottenburg – Das Weltunternehmen „Siemens“ als Inbegriff der Industriemetropole Berlin wurde hier 1848 gegründet

9



Verkehr am Potsdamer Platz, um 1900

10



Programmheft zur Premiere der Operette „Frau Luna“ von Paul Lincke, 1899

11



Der Bakteriologe Robert Koch (1843 – 1910) Holzstich von 1884

12



# Berlin und seine Wahlkreise

## DIE HAUPTSTADT OHNE EIN DEMOKRATISCHES WAHLSYSTEM

„Schade, daß das ganze Regime, welches jetzt in Deutschland herrscht, ein Kammerherren-Regime ist. Wir werden feudalistisch regiert, und wir werden mit Zeremonien regiert.“

Alfred Kerr, Berlin, 15. Januar 1899



Wohnsituation I. Klasse:  
Berlin, Hansaviertel

13



Wohnsituation II. Klasse:  
Berlin, Luisenstadt (Kreuzberg)

14



Wohnsituation III. Klasse:  
Berlin, Altstadt (Mitte)

15



Das Ungleichgewicht des  
Dreiklassenwahlrechts,  
Karikatur, 1893

16

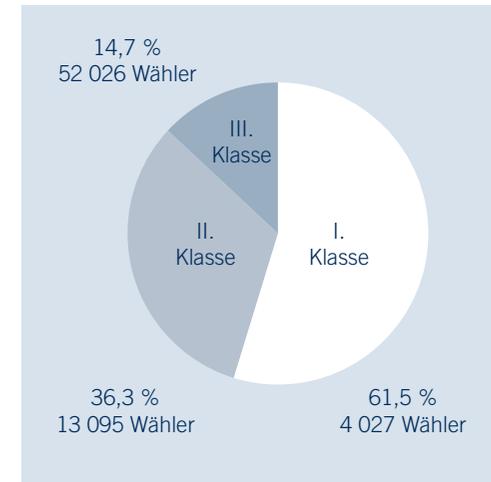
Die Stadt Berlin war von 1860 bis 1904 in vier Wahlbezirke mit insgesamt neun Abgeordneten eingeteilt. Im gesamten Zeitraum verfügten die linksliberalen Parteien in Berlin über die klare Mehrheit. Die Berliner Wahlergebnisse standen den allgemeinen Mehrheitsverhältnissen in Preußen völlig entgegen.

In der Provinz hatten durch den festgelegten und insgesamt sehr komplizierten Wahlablauf die preußischen Gutsherren oder andere Mitglieder der herrschenden, konservativen Klasse grundsätzlich die Möglichkeit herauszufinden, welchen Kandidaten die

Wähler der unteren Klassen wählten. Die lohnabhängigen Landarbeiter oder auch kleinere Geschäftsleute in der Provinz waren häufig gezwungen, den konservativen Kandidaten eines Rittergutsbesitzers oder eines anderen Mitglieds der herrschenden Klasse zu wählen, da sie ansonsten persönliche Nachteile befürchten mussten.

Einzig in Berlin fand diese Wahlmanipulation kaum statt, da durch die hohe Anzahl von Wählern in den unteren Schichten eine Kontrolle schwierig war. Dadurch konnten die unteren Klassen in Berlin Abgeordnete ihrer Interessen durchsetzen, ohne persönliche Nachteile zu erleiden. Die Beteiligung zur Wahl am 3. November 1898 entsprach dennoch in Preußen im Allgemeinen und in Berlin im Besonderen nicht den heute üblichen Vorstellungen. Die Grundsätze einer demokratischen Wahl, einer allgemeinen, freien, unmittelbaren, geheimen und gleichen Wahl waren noch nicht gegeben.

Im Jahr 1898 hatten von den ca. 1,8 Millionen Einwohnern der Stadt Berlin nur knapp 400 000 die Möglichkeit, nach dem Dreiklassenwahlrecht zu wählen. Insgesamt lag die Wahlbeteiligung bei nur 17,4 %. Das entsprach etwa 69 000 Wählern. Die Wahlbeteiligung in den einzelnen Klassen war dabei sehr unterschiedlich, sie betrug:



↓ Demonstration gegen das Dreiklassenwahlrecht am 6. März 1910 17



Demonstration gegen das Dreiklassenwahlrecht vor dem Preußischen Landtag, 10. Januar 1908

18



Kundgebung der SPD gegen das Dreiklassenwahlrecht im Treptower Park am 3. September 1911

19

# Das neue Gebäude für das Unterhaus

EIN STÄTTLICHES HAUS FÜR DIE VOLKSVERTRETER



Vorsaal zur Wandelhalle im ersten Obergeschoss 20

„Im Palais Hardenberg (ist) abgesehen von dem Mangel an nothwendigen Geschäftsräumen, so wenig für die Bequemlichkeit der Abgeordneten gesorgt, daß nicht einmal verschließbare Pulte vorhanden waren... sodaß die Herren, nach der Äußerung eines Abgeordneten im Jahre 1871, wie die liebe Schuljugend, vor und nach der Sitzung mit den Mappen gehen mußten.“

aus: Wochenblatt für Architekten und Ingenieure Nr. 18, Berlin 1882



21 Historische Karte mit einer Notiz eines unbekanntenen Verfassers, 1904 „Berlin, 10.03.1904. Lieber Felix! Seit gestern sind wir hier im Abgeordnetenhaus versammelt, um für 3 Tage das Wohl der Industrie zu berathen und neue Vorschriften auszutüfteln, die sie erfreuen können. Morgen hoffe ich, wieder abreisen und nach meiner Frau sehen zu können, die in Halle der kommenden Zeit entgegen sieht. Ich hoffe, bald weiteres melden zu können und bleibe inzwischen mit herzlichen Grüßen dein tr. Vetter Otto S.“



Plenarsaal mit Bildschmuck des Berliner Schlosses 22

Das alte Palais Hardenberg in der Leipziger Straße erwies sich für ein erstes Parlamentsgebäude als unzureichend. Ein 1859 formulierter Antrag für einen Neubau wurde abgelehnt. Mit dem Hinzutritt neuer preußischer Provinzen und Städte (u. a. Hannover, Frankfurt/Main) kamen neue Landtagsabgeordnete hinzu, was die Platznot weiter verschärfte. Mehrere Bauvarianten wurden geprüft, mehrere Provisorien realisiert. Schließlich wurde im März 1882 ein Parlamentsneubau beschlossen. Im Juli 1889 wurde der Baurat Friedrich Schulze aufgefordert, einen Entwurf zu liefern. Der Bauplan wurde endgültig am 31. Mai 1892 genehmigt. Die feierliche Einweihung erfolgte am 16. Januar 1899. Die Baukosten wurden offiziell mit 4,45 Millionen Mark angegeben.

Das neue Abgeordnetenhaus in der Prinz-Albrecht-Straße war das erste eigenständige Domizil in der Geschichte des Preußischen Landtages.

„In der theils vornehm repräsentativen, theils wohnlichen Haltung der Innenräume des Abgeordnetenhauses vereinigt sich Würde mit Zweckmäßigkeit. Überall ist das Bestreben des Erbauers zu erkennen, den Landesboten ein Haus zu bauen, in dem sie sich in jeder Beziehung wohl fühlen sollen.“

Centralblatt der Bauverwaltung, 14.1.1899



Lesesaal im dritten Obergeschoss (heute Letterhaus-Saal) 23

„Ich kann nicht umhin, doch einen kleinen Vergleich mit dem großen Reichstags-Gebäude zu machen... Es ist doch nicht zu verkennen, für diejenigen, die im Reichstage sind, daß dieses Haus als Geschäftshaus und auch für den Eindruck angenehmer und besser ist als der Reichstag.“

Abgeordneter Graf zu Limburg Stirum, 18.1.1899

„Es ist ein behagliches Heim, das die Herren nunmehr betreten haben. Weitläufig gebaut... mit dem freundlichen Schmuck und all der praktischen Ausstattung versehen, die eine Wohnstätte heimisch, die Arbeit leicht und den Aufenthalt angenehm machen.“

Centralblatt für Bibliothekswesen 4. Heft, April 1899



Ministersitzungssaal im Verbindungsbau 24

↓ Casino als Speiserestaurant im ersten Obergeschoss 25

# Das neue Gebäude für das Oberhaus

## EIN TREFFPUNKT FÜR DIE PREUSSISCHEN ELITEN

Der Neubau für das Preußische Herrenhaus konnte am 16. Januar 1904 bezogen werden. Zuvor waren die beiden barocken Palais Leipziger Straße 3 und 4 abgebrochen worden. Das Palais in der Nr. 3 hatte die Familie Mendelssohn-Bartholdy 1825 erworben; die Erben des berühmten Komponisten Felix hatten es 1851 dem preußischen Staat verkauft. Es diente bereits seit 1855 dem Preußischen Herrenhaus als Sitz. Im Nachbargebäude Nr. 4 war von 1763 bis 1871 die verstaatlichte Königliche Porzellanmanufaktur (KPM) untergebracht. Hier hatte seit 1871 der Reichstag seinen Sitz, ehe dieser Ende 1894 in sein neues repräsentatives Gebäude am Königsplatz umziehen konnte.



Eine repräsentative Eingangssituation – Treppenhalle im Herrenhaus 26



Großer Festsaal, 1910 27

*„Eine gute Lehre, gnädiger Herr: es ist nicht genug, daß man rede; man muß auch richtig reden.“*

Lysander zu Theseus im 5. Aufzug, 1. Szene im „Sommernachtstraum“, William Shakespeare, um 1595

Das Gebäude des Herrenhauses entsprach in seiner Architektur der Stellung der Ersten Kammer des Preußischen Landtages, in dem Mitglieder des Adels, Großindustrielle, Oberbürgermeister und Professoren saßen. Den Grundriss bildete eine Dreiflügelanlage nach dem Vorbild des barocken Schlosses von Versailles. Ähnlich wie bei dem nahe gelegenen – und fast 200 Jahre früher errichteten – Palais für den preußischen Adel in der Wilhelmstraße sollte der Grundriss die feudale Tradition der Bauherren und den Führungsanspruch des Adels sichtbar machen.

Das Gebäude für das Abgeordnetenhaus, der Zweiten Kammer, wurde an der Prinz-Albrecht-Straße (heute: Niederkirchnerstraße) hingegen im Stil der italienischen Hochrenaissance errichtet. Diese Stilrichtung setzte wiederum die bürgerliche, europäische Bautradition fort. Vorbild war hierbei der „rationalisierte Raum“ der florentinischen Bauten des 15. Jahrhunderts. Der Lichteinfall in das Gebäude (Glasdach Plenarsaal) war demnach ein neues, zentrales Gestaltungselement. Das Licht sollte eine Klarheit des Raumes und damit gleichzeitig die geistige Grundlage des Parlaments, seine Transparenz, demonstrieren.



Eine behagliche Situation – Lesesaal 29

Die Gartenanlagen im Ehrenhof zur Leipziger Straße, die noch aus dieser Gründungszeit stammen, wurden nach dem 1996 gefassten Beschluss des Bundesrats, von Bonn nach Berlin umzuziehen, zu erkennbaren Teilen wiederhergestellt.



Kleiner Festsaal im ersten Obergeschoss 28



Villa des preußischen Handelsministers im Garten. Die Villa wurde 1904 errichtet und im Zweiten Weltkrieg total zerstört. 30

↓ Das neue Herrenhaus an der Leipziger Straße, 1904 31

# Die Frauenfrage

## DER KAMPF UM GLEICHBERECHTIGUNG UND WAHLRECHT

„Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen.“

Aufruf des Rates der Volksbeauftragten an das Deutsche Volk am 12. November 1918

Die Wurzeln der politischen Emanzipation des europäischen Bürgertums reichen bis in die Zeit der Französischen Revolution zurück. Unter dem Aufruf „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ verstand Europa zunächst aber nicht die politische Beteiligung der Frauen an Staat und Gesellschaft. Erst seit der Mitte des 19. Jahrhunderts regte sich mehr und mehr der Widerstand gegen den Ausschließlichkeitsanspruch der Männer, dass Frauen aus natürlichen und biologischen Gründen gar nicht politisieren können bzw. dürfen.



Plakat zur Einführung eines Frauenwahlrechts 32



Lily Braun (1865 – 1916) 33



Clara Zetkin (1857 – 1933) 34

Im Mittelpunkt der frühen Frauenbewegung standen zunächst aber nicht nur die allgemeinen politischen Gleichberechtigungsforderungen, sondern mehr der Kampf für eine berufliche Zukunft, soziales Fortkommen und höhere Löhne. Darin enthalten war auch die Forderung nach gleichen Bildungs- und Ausbildungschancen. Die soziale Gleichheit der Frau sollte garantiert werden.

### GEMEINSAMES ZIEL – UNTERSCHIEDLICHE WEGE

Trotz der gemeinsamen Zielvorstellung, für Gleichheit und Freiheit der Frauen einzutreten, zerfiel die Frauenbewegung grundsätzlich in zwei politische Lager. Auf der einen Seite standen die Vertreterinnen der bürgerlichen, auf der anderen Seite die der proletarischen Emanzipation.

Der prominenteste Streit entwickelte sich um die Frauenrechtlerinnen Lily Braun und Clara Zetkin. Beide stammten aus gut situierten adligen und bürgerlichen Verhältnissen; sie beschritten dennoch unterschiedliche Wege. Während Lily Braun (1865 – 1916) ihren Schwerpunkt auf sozialwissenschaftliche Studien und auf das Werben für die Sozialdemokratie in höheren Gesellschaftskreisen legte, trat Clara Zetkin (1857 – 1933) in erster Linie dafür ein, das Klassenbewusstsein der Arbeiterinnen zu stärken.

Clara Zetkin hatte bereits 1907 auf dem Ersten Internationalen Frauenkongress in Stuttgart das Frauenwahlrecht gefordert. Noch war es bis dahin sogar verboten, dass sich Frauen überhaupt in Vereinen und Gesellschaften organisieren und in ihnen Mitglied sein durften. Das änderte sich erst zum 1. Januar 1908 durch die Einführung des Reichsvereinsgesetzes. Nicht zuletzt war dies auch eine Forderung der SPD.

Nach und nach hatte sich auch das Arbeitsleben verändert. Waren 1892 schon 650 000 Frauen in Deutschland berufstätig, so hatte sich ihre Zahl 1908 verdoppelt. Der Modernisierungsschub berufstätiger Frauen setzte sich im und nach dem Ersten Weltkrieg – nicht zuletzt durch seinen kriegsbedingten Verlauf – fort. Frauenarbeit war nunmehr die Tätigkeit von Frauen außerhalb ihrer familiären und häuslichen Umgebung.

Seit 1905 gab es darüber hinaus einen Internationalen Frauentag, der 1921 endgültig auf den 8. März festgelegt worden war. Die Vereinten Nationen haben diesen Tag 1975 erstmals weltweit verankert.

↓ Mondänes Berlin – Damen auf der Pferderennbahn Grunewald, 1913. Während der Großteil der weiblichen Bevölkerung im Deutschen Reich mit der alltäglichen Lebenssicherung beschäftigt war, war es nur wenigen Frauen gegeben, ein finanziell sorgenfreies und gesellschaftlich interessantes Leben führen zu dürfen. 35



Frauenarbeit – AEG Berlin, 1900



Frauenarbeit – Vermittlungszentrale Berliner Fernmeldeamt, 1894



# Groß-Berlin

## DIE DRITTGRÖSSTE STADT DER WELT WIRD ORGANISIERT



Rathaus Charlottenburg und das Berliner Rathaus (Rotes Rathaus)



Plakat von Käthe Kollwitz „Was bedeutet uns Groß-Berlin?“, 1912

38

Mit der Gründung des Deutschen Reichs setzte in seiner neuen Hauptstadt Berlin ein dynamisches Wachstum ein. Mehrere politische Versuche, die Kernstadt Berlin mit ihrem näheren Siedlungsgebiet zu vereinen, schlugen fehl. Am 19. Juli 1911 unterzeichnete der König von Preußen das Gesetz zur Bildung des „Zweckverbandes von Groß-Berlin“. Die sechs selbstständigen Städte Charlottenburg, Lichtenberg, Neukölln, Schöneberg, Spandau und Wilmersdorf sowie die Landkreise Teltow und Barnim wurden Teil dieses Zweckverbandes. Die Kompetenzen dieses Verbandes waren sehr eingengt und beschränkten sich im Wesentlichen auf die Vereinheitlichung des Verkehrswesens und auf baurechtliche Fragen.



Neukölln (Rixdorf bei Berlin), Mietskasernen um das Rathaus

40

Verzögert durch die Ereignisse des Ersten Weltkriegs und die daraus für Berlin entstandene besondere Notsituation einer industriellen Millionenstadt, drängten sowohl die SPD als auch der Magistrat von Berlin auf eine Weiterentwicklung einer Einheitsgemeinde. Der Vorteil lag für diese politischen Kräfte in einer zentralen Verwaltung. Die bürgerlichen Parteien bevorzugten hingegen eher ein föderatives System. Eine Gesamtgemeinde hätte nach ihren Vorstellungen den Erhalt von einzelnen Kompetenzen in den neuen Groß-Berliner Bezirken eher gewährleistet.



OB von Berlin Adolf Wermuth

41

Eines der ersten Gesetze, die die am 26. Januar 1919 neu und erstmals demokratisch gewählte verfassungsgebende Preußische Landesversammlung verabschiedete, war das „Gesetz über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin“ vom 27. April 1920. Mit 164 zu 148 Stimmen wurde das neue Gesetz angenommen. Es trat am 1. Oktober 1920 in Kraft.

Führende politische Kraft zur Durchsetzung dieses Gesetzes waren der preußische Ministerpräsident Paul Hirsch (SPD) (1868 – 1940), aber auch der parteilose Monarchist und Oberbürgermeister von Berlin, Adolf Wermuth (1855 – 1927).

Die neue Gemeinde wurde in 20 Verwaltungsbezirke eingeteilt. Auf einer Fläche von 878 km<sup>2</sup> wurden acht Städte, 59 Landgemeinden und 27 Gutsbezirke zusammengefasst. Hier lebten jetzt etwas mehr als 3,85 Millionen Einwohner. Der Begriff „Groß-Berlin“ bildete sich umgangssprachlich bald heraus, obwohl er nicht Teil des Gesetzes war.

↓ Landgemeinde Steglitz, Blick vom Rathaus in die Schlossstraße in Richtung Friedenau, um 1900

42



Erste Sitzung des Kabinetts des Preußischen Ministerpräsidenten Paul Hirsch, 25. März 1919

43



Landgemeinde Oberschöneeweide

44

## Die Weimarer Republik

# Die Weimarer Republik 1918 bis 1933

„DER KAISER GING, DIE GENERÄLE BLIEBEN.“ Theodor Plivier



Polizeiliche Regelung beim Verkauf von Butter in Berlin während der Inflation, 1923 2

Der Erste Weltkrieg stürzte die europäischen Mächte zunächst in einen Kontinentalkrieg, der sich bald zum Weltkrieg ausgewachsen hatte. Die verfeindeten Mächte wollten die versuchte Vormachtstellung Deutschlands in Europa entweder unterstützen oder verhindern. Am 11. November 1918 ging der Krieg für das Deutsche Reich verloren, der Kaiser musste zwei Tage zuvor abdanken. Die Erwartungen der politischen Eliten hatten sich nicht erfüllt. Ihre Enttäuschung schlug in den nächsten Jahren in offene Ablehnung und auch in Gewalt gegen das neue demokratische Deutschland um.



Philipp Scheidemann (SPD) 3

Die Republik wurde von Philipp Scheidemann am 9. November 1918 ausgerufen. Eine Übergangsregierung wurde gebildet. Das erste frei gewählte Parlament, die Nationalversammlung, konstituierte sich am 6. Februar 1919 im Stadttheater von Weimar. Daher trägt die Republik ihren Namen.

Ziel der Sozialdemokraten und der gemäßigten bürgerlichen Parteien war es, Friedensverhandlungen zu führen und baldmöglichst eine wirtschaftliche Normalität wiederherzustellen. Die sozialen Spannungen und Gegensätze, die bereits vor dem Weltkrieg in Deutschland herrschten, hatten sich weiter verschärft. Am 28. Juni 1919 musste das Deutsche

Reich den Versailler Vertrag unterzeichnen, in dem die Siegermächte ihre Bedingungen diktiert hatten. Die geforderten Reparationen belasteten das Wirtschaftssystem der jungen Republik erheblich, eine Inflation mit rasantem Verlust an Volksvermögen war die Konsequenz. Die Ablehnung in der Bevölkerung gegenüber der Führung der Weimarer Republik wuchs.

Starke wirtschaftliche Rückschläge und politische Interventionen begleiteten die junge Republik. Sie brachte keine neuen tragenden gesellschaftlichen Strukturen und keine neue führende Schicht hervor. Die Maßstäbe der alten konservativen und monarchistischen Eliten galten nach wie vor.



4



Wahlkampfveranstaltung vor dem Reichstagsgebäude, 1919 5

Die Gesellschaft zerfiel in verschiedene Gruppen mit sehr unterschiedlichen Interessen. Die gemeinsame Verteidigung der demokratischen Verfassung, der Republik, wurde weder angestrebt noch durchgesetzt.



Wahlkampf der Deutschnationalen vor der Gedächtniskirche, 1925 6

Die Weltwirtschaftskrise schlug sich 1929 vollends auf die deutsche Wirtschaft nieder. Sechs Millionen Arbeitslose konnten seitens des Staates nicht hinreichend versorgt werden. Der Kampf um neue politische und wirtschaftliche Entwicklungen wurde mehr und mehr auf der Straße ausgetragen. Sowohl die KPD auf der linken als auch die NSDAP auf der rechten Seite des politischen Spektrums bekämpften das demokratische Deutschland. Schließlich war die Republik mit dem Machtantritt Adolf Hitlers am 30. Januar 1933 endgültig gescheitert.

↓ Feier zum ersten Verfassungstag am 11. August 1920  
Unter den Linden in Berlin, mit Zylinder: Reichspräsident Friedrich Ebert (SPD) 7



# Die Novemberrevolution 1918/19

## AUF DER SUCHE NACH EINER NEUEN STAATLICHEN UND POLITISCHEN ORDNUNG

„Die Arbeiter und Soldaten sind es, die heute die politische Macht in den Händen halten. Überall haben sich Arbeiter- und Soldatenräte gebildet als Träger der Revolution, als Vollstrecker des Willens der Arbeiter und Soldaten, und nun ist es in Ihre Hand gelegt, ob weiter die Arbeiter und Soldaten diese politische Macht in der Hand halten sollen.“

Richard Müller (USPD), Vorsitzender des Vollzugsrates der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte, Eröffnungsrede auf dem Kongress im Preußischen Abgeordnetenhaus vom 16. bis 21. Dezember 1918



Das Ende des Ersten Weltkriegs in Berlin – Demonstration Unter den Linden am 9. November 1918

8

Der Erste Weltkrieg von 1914 bis 1918 führte zur militärischen Niederlage des Deutschen Reichs. In den letzten Kriegswochen war es in den norddeutschen Hafenzentren verstärkt zu Demonstrationen gekommen. Kurz vor einer letzten geplanten Seeschlacht verweigerten in der Nacht zum 30. Oktober 1918 Matrosen auf mehreren Kriegsschiffen den Befehl. Es kam zur offenen Meuterei und Sabotage. Man fürchtete, bei dem längst verlorenen Krieg noch sinnlos in den Tod geschickt zu werden. Als die an dem Aufstand beteiligten Matrosen nach Kiel verbracht wurden, brach in den folgenden Tagen die Novemberrevolution aus.

Von hier aus verbreitete sich der revolutionäre Gedanke in Windeseile in das gesamte Deutsche Reich. Überall regte sich erheblicher Widerstand gegen die bisherige politische Führung. Bereits am 7. November 1918 war der Berliner Journalist Kurt Eisner zum ersten linken Ministerpräsidenten des „Freistaats“ Bayern gewählt worden. Eisner fiel bereits Anfang 1921 einem politischen Attentat in München zum Opfer.



10



Revolutionäre am Brandenburger Tor am 9. November 1918

9



Übergabe der Garde-Ulanen-Kaserne an Revolutionäre in Berlin am 9. November 1918

11



2. Rat der Volksbeauftragten am 30. Dezember 1918 in Berlin, 1.v.l. Philipp Scheidemann (SPD) und 3.v.l. Friedrich Ebert (SPD)

12



Demonstration vor dem Preußischen Landtag am 16. Dezember 1918

13

Die Monarchie war mit der Abdankung Kaiser Wilhelms II. am 9. November 1918 endgültig zusammengebrochen. Die deutschen Könige und Fürsten hatten zumeist schon in den Tagen zuvor ihrer Throne entsagt.

Prinz Max von Baden hatte in Berlin am 9. November 1918 die politische Macht auf den gebürtigen Heidelberger Sozialdemokraten Friedrich Ebert übertragen. Die Gestaltung Nachkriegsdeutschlands lag damit nun in den Händen der Mehrheitssozialdemokratie. Ebert wurde – noch ohne verfassungsrechtliche Grundlage – kommissarisch mit den Regierungsgeschäften betraut. Die provisorische Regierung hieß Rat der Volksbeauftragten und setzte sich aus Mitgliedern der SPD und der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD) zusammen. Der Rat wurde von den Arbeiter- und Soldatenräten kontrolliert.

Schon bald brachen die unüberbrückbaren Gegensätze zwischen den Mehrheitssozialdemokraten und den linken politischen Kräften wie der USPD hervor. In Berlin war es in den Januar 1919 zum Generalstreik gekommen. Höhepunkt der Auseinandersetzungen war am 15. Januar 1919 die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, zwei der wichtigsten Vertreter der neu gegründeten KPD. Die Novemberrevolution war gescheitert.

Mit den Wahlen zur demokratischen verfassunggebenden Nationalversammlung, dem ersten Reichstag nach 1918, sowie der Wahl von weiteren demokratisch legitimierten Volksvertretungen in den deutschen Ländern beruhigte sich zunächst die Lage. Ein wichtiger Höhepunkt auf dem Wege, Deutschland in eine Demokratie umzuwandeln, war die Unterzeichnung der Weimarer Verfassung am 11. August 1919.

↓ Demonstration an der Siegessäule und vor dem Reichstagsgebäude am 10. November 1918

14

# Der schwierige Weg in eine stabile Demokratie

VON DER MONARCHIE IN DIE REPUBLIK

*„Ich bin fest überzeugt, für Deutschland ist die gesetzgebende  
Versammlung eine Lebensnotwendigkeit.“*

Friedrich Ebert, 23. November 1918



Aufmarsch der KPD in Berlin kurz nach ihrer Gründung am 31. Dezember 1918

15

Der Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte tagte vom 16. bis 21. Dezember 1918 im Gebäude des Preußischen Abgeordnetenhauses. Der wichtigste hier gefasste Beschluss war die Zustimmung zu den Wahlen zur ersten verfassunggebenden Nationalversammlung am 19. Januar 1919 in Weimar. Schon um den Termin hatte es zwischen den Mehrheitssozialdemokraten (Ebert) und der USPD (Liebknecht) Streit gegeben. Die USPD befürchtete, bei dem nach ihrer Meinung zu frühen Termin nicht genug Wähler mobilisieren zu können.



Rosa Luxemburg, Mitbegründerin der Kommunistischen Partei Deutschlands (1871 – 1919)



Karl Liebknecht, Begründer der Kommunistischen Partei Deutschlands (1871 – 1919)



Regierungsbank im Plenarsaal des Preußischen Landtages am 16. Dezember 1918

18

Der Streit um die politische Zukunft Deutschlands zwischen der SPD und den radikalen linken Kräften eskalierte auch aus anderen Gründen. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die seit dem 7. Oktober 1918 für eine Räterepublik sowjetischen Modells

eintraten, wurden zu dem Reichsrätekongress gar nicht erst zugelassen. Aus Protest hatte Liebknecht vor dem Abgeordnetenhaus eine Gegendemonstration mit etwa 50 000 bis 60 000 Arbeitern organisiert.

Am 22. Dezember 1918 meuterten Angehörige der Volksmarinedivision in Berlin. Die Räumung des besetzten Stadtschlusses am Heiligen Abend sowie des SPD-Verlagsgebäudes des „Vorwärts“ endeten blutig. Die USPD und der Spartakusbund traten wegen der Niederschlagung der Meuterei durch die SPD aus dem Rat der Volksbeauftragten aus. Sie beriefen eine reichsweite Konferenz der linken Oppositionsgruppen für den 27. Dezember in Berlin ein. Etwa 100 Delegierte folgten dem Aufruf.



Schäden nach der Novemberrevolution am Berliner Schloss, Heiligabend 1918

20



Erstürmung des SPD-Verlagsgebäudes des „Vorwärts“ in Berlin am 11. Januar 1919

21

Am 29. Dezember 1918 wurde in einer nichtöffentlichen Sitzung im Festsaal des Abgeordnetenhauses die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands beschlossen. Der Gründungsparteitag fand an den drei darauf folgenden Tagen statt. Zu den Gründungsmitgliedern zählte neben Luxemburg und Liebknecht auch Wilhelm Pieck. Pieck war später – nach der Gründung der DDR – ihr erster und einziger Staatspräsident. Die junge KPD setzte Anfang Januar 1919 einen mehrtägigen Generalstreik in Berlin durch. Wegen der fortdauernden Unruhen trat das neugewählte Parlament, die verfassunggebende Nationalversammlung, im Weimarer Theater am 6. Februar 1919 zusammen.

↓ Erste Sitzung des Reichskongresses der Arbeiter- und Soldatenräte im Plenarsaal am 16. Dezember 1918

19



Plakat zum Aufruf zu den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919

22

# Das Reichsbanner

ANWALT DER DEMOKRATIE



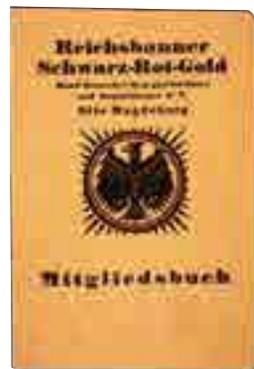
Das Reichsbanner an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche im August 1930

23

„Zweck des Bundes ist die Zusammenfassung aller reichsdeutschen Kriegsteilnehmer des Weltkrieges und der im Waffendienst ausgebildeten Männer, die unbedingt auf dem Boden der republikanischen Verfassung stehen.“

§ 1 der Satzung des Reichsbanners, 1924

Die Weimarer Republik war in erster Linie geprägt von einem hohen Maß an Krisen und der mangelnden politischen Legitimität bei der deutschen Bevölkerung. Insgesamt bestand in weiten Teilen der Bevölkerung Konsens in der Weigerung, den verlorenen Ersten Weltkrieg zu akzeptieren. Diese mangelnde Akzeptanz wurde durch die wirtschaftlichen Folgen des als ungerecht empfundenen Versailler Vertrages verschärft. Ablehnung und Misstrauen gegenüber den neuen politischen, demokratisch legitimierten Eliten erschütterten immer wieder die innere Stabilität des Landes.



Mitgliedsbuch des Reichsbanners für den Mdr Carlo Mierendorff (SPD) 24

Die Gründung des Reichsbanners erfolgte am 22. Februar 1924 in Magdeburg. Umsturzversuche der Rechten sollten abgewehrt werden. Der erste

Das Reichsbanner war in dieser krisengeschüttelten Zeit eine Ausnahme. Es handelte sich um eine republikanische Vereinigung, deren Hauptziel es war, die Republik und ihre Verfassung zu verteidigen, sie zu sichern und zu stärken und für ihre Repräsentanten und Organe einzutreten. Das Reichsbanner würdigte zudem den Einsatz von Frontsoldaten und stellte für viele seiner Mitglieder einen Veteranenverband dar.

Bundesvorsitzende war Otto Hörsing, der für einen überparteilichen Verband eintrat. Sozialdemokratische Mitglieder waren ebenso willkommen wie Mitglieder und Wähler der katholischen Zentrumspartei oder der DDP (Deutsche Demokratische Partei). Der Reichstagspräsident Paul Löbe (SPD) war ebenso Mitglied wie die weiteren sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Julius Leber und Kurt Schumacher. Weiterhin gehörten die späteren Bundespräsidenten Theodor Heuss (DDP, später FDP) und Gustav Heinemann (später CDU, dann SPD) dem Bund an. Auch der spätere Bürgermeister von Berlin Ferdinand Friedensburg (später CDU) war Mitglied in diesem Bund.

Für die Mehrzahl der Teilnehmer war die Zugehörigkeit zu diesem Bund eine Plattform für gesellige Veranstaltungen. Wichtig war, dass das Reichsbanner eine politisch-moralische Alternative zur rechts-extremistischen These der „Dolchstoßlegende“ bot. Nach Auffassung der Vereinigung wurde der Krieg militärisch verloren und nicht - wie es Paul von Hindenburg während des Ersten Weltkrieges als Lüge formuliert hatte - als „Dolchstoß“. Die Niederlage

1918 resultierte demnach nicht aus dem Verrat von innenpolitischen Kräften, die sich kritisch gegenüber der militärischen und gouvernementalen Führung des Reichs verhalten hatten.

Die Gesamtanzahl der damaligen Mitglieder ist heute nur noch schwer zu bestimmen. 1925 schätzte man etwa drei Millionen Mitglieder, tatsächlich gilt heute die Zahl von einer Million als wahrscheinlicher. Zum Ende der Republik wandelte sich der Bund mehr zu einer sozialdemokratischen Vereinigung von Frontsoldaten, um 1930 waren etwa 90 % Mitglieder oder Wähler der SPD.

Das Reichsbanner, das anfänglich insgesamt parteipolitisch eher neutral auftreten wollte, entwickel-



Platzkonzert des Reichsbanners zum 3. Gründungstag im Berliner Lustgarten am 22. Februar 1927

25

te sich zum Ende der Republik mehr und mehr zu einem Schutzinstrument für sozialdemokratische Veranstaltungen. Vor allem in Preußen war eines der erklärten Angriffsziele der nationalsozialistischen SA das Reichsbanner und seine Mitglieder



Beispiel für eine Fahne des Reichsbanners – jede Ortsgruppe verfügte zur Unterscheidung über eine Fahne mit dem Ortsnamen 26

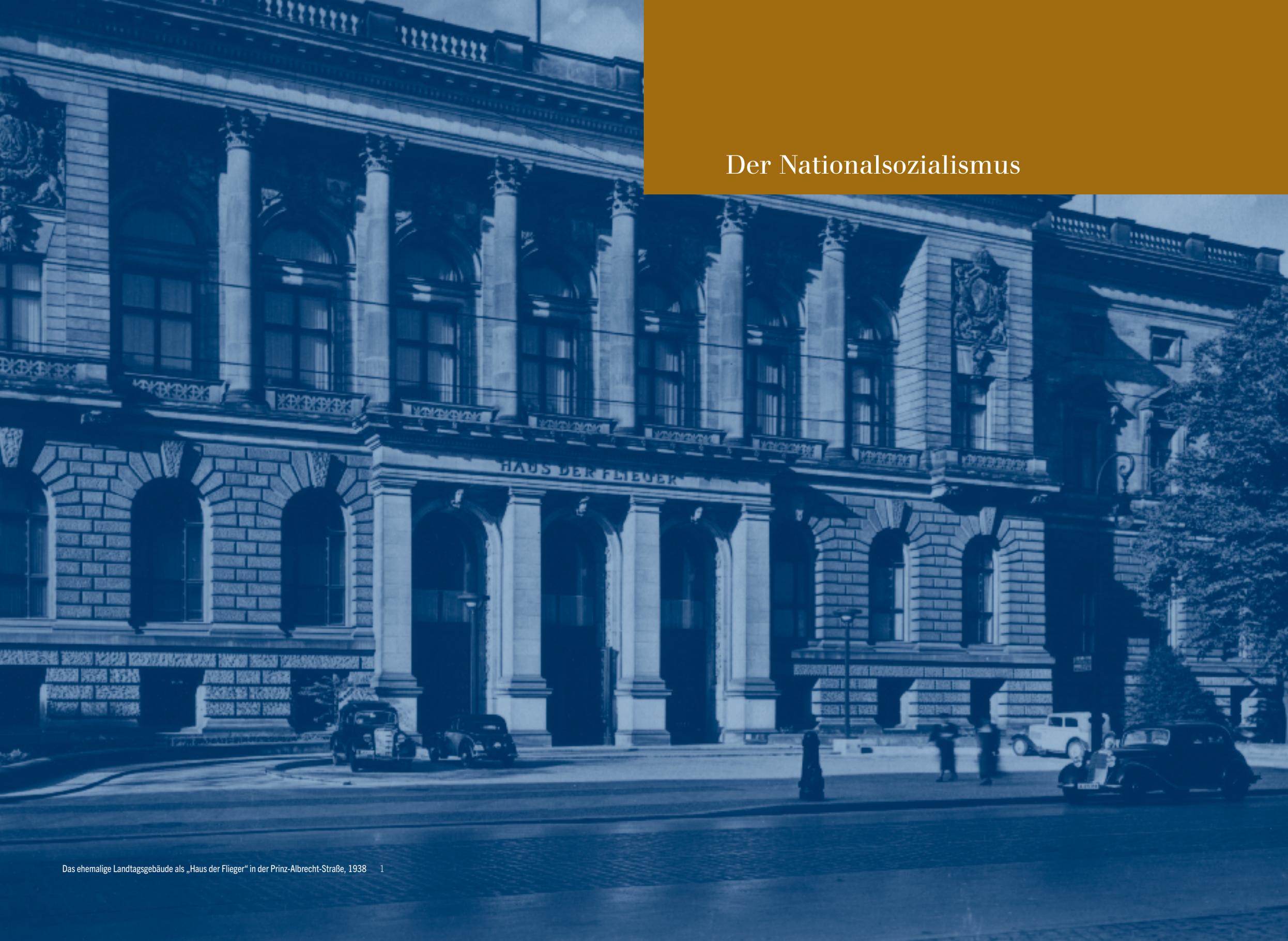
Hinzu kamen auch die Auseinandersetzungen und Schlägereien mit den Angehörigen der KPD und des KPD-nahen Rotfrontkämpferbundes. Spätestens mit dem Staatsstreich in Preußen, dem so genannten „Preußenschlag“ am 20. Juli 1932, hatte das Reichsbanner durch gezielte Einschüchterung und wirksame Entmutigung seine öffentlich gesellschaftliche Stellung eingebüßt.

Das Reichsbanner wurde als „Bund aktiver Demokraten e. V.“ 1953 wiedergegründet und hat heute ca. 500 Mitglieder.

↓ Festumzug mit dem Reichsbanner Unter den Linden zum 10. Jahrestag der Weimarer Verfassung am 11. August 1929 – an der Spitze der Bundesvorsitzende des Reichsbanners Otto Hörsing (Mitte) 27



## Der Nationalsozialismus



# Der Nationalsozialismus 1933 bis 1945

## BERLIN ALS ZENTRUM VON KRIEG UND GEWALTHERRSCHAFT

„Die große Maskerade des Bösen hat alle ethischen Begriffe durcheinander gewirbelt.“

Dietrich Bonhoeffer, „Widerstand und Ergebung: Briefe und Aufzeichnungen aus der Haft“, 1943

Der Versuch, Deutschland nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg von einer Monarchie in eine Republik umzuwandeln, war gescheitert. Nicht zuletzt durch den Versailler Vertrag, in dem die Siegermächte Deutschland die alleinige Kriegsschuld zugeschrieben hatten, entstand eine große Unzufriedenheit in der deutschen Öffentlichkeit. Die weit verbreitete These der sogenannten „Dolchstoßlegende“ sollte große Teile der Bevölkerung glauben machen, der Krieg sei nicht an der Front verloren, sondern an den Verhandlungstischen verraten worden.



Militärparade Unter den Linden – Blick auf das Berliner Schloss

2



Das Brandenburger Tor zu Hitlers 50. Geburtstag am 20. April 1939

3

Zu groß wurden bald die politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die von der demokratischen Mitte nicht mehr bewältigt werden konnten. An den politischen Rändern hatten sich – rechts wie links – extremistische Parteien etabliert. Sie hatten zusehends an Machtfülle gewonnen. Die NSDAP (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei) erfuhr mit Adolf Hitler einen kometenhaften Aufstieg. Hitler wies in seinem 1924 geschriebenen Buch „Mein Kampf“

der „nordischen und arischen Rasse“ das naturgesetzliche Recht zu, die Weltherrschaft zu übernehmen. Daraus leitete sich im Nationalsozialismus vor allem das negative Gegenbild der jüdischen und der anderen „nichtarischen“ Rassen ab. Bis zum Machtantritt Adolf Hitlers wurde die politische Kraft und Wirkung von vielen unterschätzt.

Dabei bildete die NSDAP bereits seit den Wahlen im Juli 1932 die stärkste Fraktion im Reichstag. Am 30. Januar 1933 ernannte Reichspräsident Paul von Hindenburg den Führer der NSDAP, Adolf Hitler, zum Reichskanzler. Fortan übte Hitler bis 1945 über Deutschland und zeitweise über einen großen Teil Europas seine Gewaltherrschaft aus. Hitler sicherte sich mit dem Aufbau seines „Führerstaates“ die uneingeschränkte Gewalt über alle und alles. In nur wenigen Monaten war es ihm bis zum Sommer 1934 gelungen, den demokratischen Staatsaufbau mit seiner Gewaltenteilung auszuhebeln. Wesentliche Grundrechte wurden aufgehoben, Parteien, Gewerkschaften und andere Massenorganisationen verboten oder im Sinne des NS-Staates gleichgeschaltet.

Die Nationalsozialisten erlangten uneingeschränkte Macht über die Armee, die Polizei, die Justiz, über die Wissenschaft und Bildungseinrichtungen sowie über das Presse- und Verlagswesen. Die Kirchen waren – als weiterer Verfassungsbruch – in ihrer freien Existenz stark behindert.

Gleichzeitig spann Hitler ein geschicktes Netz von Abhängigkeiten, sodass niemand in der Lage war, nur annähernd dieselbe Machtfülle auf sich konzentrieren zu können.

Der Antisemitismus und das Ringen um die Weltherrschaft führten Deutschland, große Teile Europas und der übrigen Welt in eine Katastrophe mit bis dahin unbekanntem Ausmaß. Der von Hitler am 1. September 1939 entfesselte Zweite Weltkrieg hatte insgesamt 55 Millionen Kriegstote zur Folge. Sechs Millionen europäische Juden fielen dem von den Nationalsozialisten systematisch geplanten und durchgeführten Völkermord zum Opfer. Der Völkermord wird als Shoah bezeichnet.

↓ Adolf Hitler – während der XI. Olympischen Sommerspiele in Berlin 1936

4



Berlin-Charlottenburg, Synagoge Fasanenstraße nach der Pogromnacht am 9. November 1938

5



Befreiung des KZ Auschwitz am 27. Januar 1945

6



# Der Weg zur Macht

## HITLERS ALLEINHERRSCHAFT



Eröffnung des Reichstages am 21. März 1933 in Potsdam:  
Adolf Hitler begrüßt den Reichspräsidenten Paul von Hindenburg

7

Adolf Hitler war am 30. Januar 1933 vom Reichspräsidenten Paul von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt worden. Vier Wochen später brannte es in der Nacht vom 27. zum 28. Februar im Reichstagsgebäude. Die Nationalsozialisten schoben diesen Brand den Kommunisten in die Schuhe. In dieser Nacht wurden mehr als 10 000 Personen verhaftet, die in erster Linie der KPD und der SPD, aber auch bürgerlichen Parteien angehörten. Am Morgen nach dem Brand wurde die „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“ erlassen. Damit wurden wichtige demokratische Grundrechte außer Kraft gesetzt.



Der ausgebrannte Plenarsaal im  
Reichstagsgebäude am 28. Februar 1933

8

*„Wenn nicht mehr das Vertrauen des Parlaments Kabinette trägt oder verabschiedet und alles vom Vertrauen oder Mißtrauen des Reichspräsidenten abhängt, dann ist ein erheblicher Notstand nicht zu verkennen.“*

Carl von Ossietzky,  
Die Weltbühne, 31. Januar 1933

In diese Zeit der politischen Instabilität und des beginnenden Terrors fielen die Wahlen zum Reichstag und zum Preußischen Landtag am 5. März 1933. Die Nationalsozialisten errangen mit ihrem Koalitionspartner, der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), nur eine knappe Mehrheit. Mit der Aufhebung der demokratischen Grundrechte wie z. B. des Rechts auf Glaubens- und Gewissensfreiheit, auf Meinungsfreiheit in Wort, Schrift und Bild, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit sowie dem Recht auf freie

Kunst und Wissenschaft, Lehre und Forschung wurden die staatlichen Organe und gesellschaftlichen Einrichtungen dem neuen, totalitären Regime unterworfen. Politische Gegner wurden ausgeschaltet und deren Organisationen aufgelöst. Zur Sicherung der uneingeschränkten Macht im Staat, d. h. zur Erlangung der Zweidrittelmehrheit, wurden eine Verfassungsänderung und das Ermächtigungsgesetz zur „Wiederherstellung von Recht und Ordnung“ vorbereitet.

Am 21. März 1933 wurde in der Potsdamer Garnisonkirche – am Grab Friedrichs des Großen – der neugewählte Reichstag feierlich eröffnet. Der Händedruck zwischen Hitler und von Hindenburg am sogenannten „Tag von Potsdam“ sollte die geistige Übereinstimmung des alten preußischen und kaiserlichen Deutschlands mit dem neuen NS-Staat symbolisieren.



Regierungserklärung Hitlers vor dem gleichgeschalteten Reichstag in der Krolloper 1934

10

Zwei Tage später – am 23. März – wurde vom Reichstag in der dem ausgebrannten Parlamentsgebäude gegenüberliegenden Krolloper in Berlin das Ermächtigungsgesetz mit 441:94 Stimmen verabschiedet. Das verfassungswidrige Gesetz hatte die Aufhebung der Gewaltenteilung und damit die Aufhebung eines der wichtigsten rechtsstaatlichen Prinzipien zum Gegenstand. Der Reichstag wurde seiner gesetzgebenden Gewalt enthoben. Sowohl die Zentrumspartei, die DNVP als auch die kleinen Mittelparteien stimmten diesem Gesetz zu. Allein die SPD hatte mutig dagegen votiert, die Kommunisten konnten schon nicht mehr an der Sitzung teilnehmen. Sie waren bereits auf der Flucht oder in Haft. Der Rechtsstaat wurde abgeschafft. Bis zum Sommer 1934 war der Aufbau der Diktatur als „Führerstaat“ endgültig abgeschlossen.



Die führenden Sozialdemokraten Philipp Scheidemann (l.) und Otto Wels stimmten mit ihrer Reichstagsfraktion gegen die Gleichschaltung des Parlaments (Aufnahme von 1924)

11

↓ Der „Tag von Potsdam“ – Aufmarsch zur Parlamentseröffnung vor dem Alten Rathaus in Potsdam am 21. März 1933

9

# Die Gleichschaltung des Preußischen Landtages

## DAS ENDE DES DEMOKRATISCHEN PARLAMENTARISMUS

„Es ist eine große Ehre und Freude für mich, noch einmal als Alterspräsident den Landtag eröffnen zu dürfen, gerade diesen Landtag, den ich den Landtag des Hitler-Frühlings nennen möchte.“

Aus der Eröffnungsrede des Alterspräsidenten Karl Litzmann (NSDAP), 22. März 1933

Der am 5. März 1933 neugewählte 5. Landtag war gemäß des Gleichschaltungsgesetzes mit Wirkung vom 31. März vom Auflösungsgebot zunächst ausgenommen. Jedoch veränderte sich durch dieses Gesetz seine Zusammensetzung. Von den 476 Mandaten hatte die NSDAP 217 inne. Die 63 Mandate für die KPD wurden bereits zur konstituierenden Sitzung am 22. März 1933 für unwirksam erklärt. Der Tag der Eröffnungssitzung wurde bewusst auf den Geburtstag von Kaiser Wilhelm I. gelegt. Der Plenarsaal war – in alter preußischer und neuer nationalsozialistischer Tradition – mit der alten schwarz-weiß-roten Reichsflagge, der schwarz-weißen Fahne Preußens und der Hakenkreuzfahne geschmückt.



Adolf Hitler spricht vor dem Preußischen Landtag am 10. Mai 1933 12



Konstituierende Sitzung des Preußischen Landtages am 22. März 1933 13

Die in der Weimarer Verfassung verankerte Fahne Schwarz-Rot-Gold wurde bewusst ignoriert, das Ende der Republik symbolisch bekräftigt. Die zweite und letzte Sitzung des Landtages fand am 18. Mai 1933 statt. Das Haus war von Angehörigen der SA und SS von außen umstellt und im Innern besetzt. Im Plenarsaal standen bewaffnete Einheiten demonstrativ mit der Hand an der Revolvertasche.

Der am 11. April 1933 von Hitler zum preußischen Ministerpräsidenten bestimmte Hermann Göring verkündete an diesem Tag die – verspätete – Gleichschaltung des Preußischen Landtages. Damit verlor das Parlament an diesem Tag seine verfassungsmäßigen Rechte. Der Prozess der „Gleichschaltung“ erfasste alle gesellschaftlichen Bereiche. Politisch unliebsame Beamte, wie Richter, konnten jederzeit entlassen werden. Berufsverbote für Künstler und Wissenschaftler wurden verhängt. Die gegnerischen politischen Parteien und die Gewerkschaften wurden aufgelöst. Zeitungen wurden verboten und mussten ihre Arbeit einstellen. Die Kirchen traten dem Alleinherrschaftsanspruch der Nationalsozialisten kaum entgegen. Am 14. Oktober 1933 wurde der Preußische Landtag endgültig aufgelöst.



Berlin-Neukölln – Wahlkampfbüro der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) 14



Selbstbehauptung und Widerstehen katholischer Christen: Katholikentag in Berlin-Hoppegarten am 24. Juni 1933 15

↓ NS-Wahlkampfveranstaltung am Pariser Platz am 4. März 1933 16

### Sitzverteilung im Landtag vom 5. März 1933: insgesamt 476 Mandate

NSDAP	217 Sitze	
SPD	80 Sitze	eingezogen zum 14. Oktober 1933
Zentrum	67 Sitze	Juli 1933 Partei aufgelöst
Deutsche Volkspartei	2 Sitze	Juli 1933 Partei aufgelöst
Deutsche Staatspartei	3 Sitze	eingezogen zum 14. Oktober 1933
Deutsch-Hannoversche Partei	3 Sitze	Juli 1933 Partei aufgelöst
KPD	63 Sitze	unwirksam erklärt zur ersten Sitzung am 22. März 1933
DNVP	41 Sitze	Juli 1933 Partei aufgelöst



# Träger der Demokratie in Preußen

## OTTO BRAUN (SPD)



Otto Braun (SPD), Portraitaufnahme von 1929

17

Otto Braun wurde am 28. Januar 1872 in Königsberg geboren. Er wuchs in proletarischen Verhältnissen auf. Der gelernte Stein- und spätere Buchdrucker trat im Jahr 1888 der Sozialdemokratischen Partei bei. 1893 begann seine Parteikarriere, er wurde Parteiredakteur.



Königsberg – Schloss

18

Am 3. Juni 1913 wurde Braun erstmalig in das Preußische Abgeordnetenhaus gewählt. Der zehnköpfigen Fraktion der Sozialdemokraten, die zum ersten Mal in den Landtag eingezogen waren, standen 433 Abgeordnete bürgerlicher und konservativer Parteien gegenüber. Braun hielt am 19. Januar 1914 seine erste Rede. Darin forderte er u. a. die Enteignung verschuldeten ostelbischen Grundbesitzes. Da die meisten Abgeordneten Landwirte waren, bildeten sich erste Feindschaften heraus.

Nach dem Ende der Monarchie blieb Preußen eine eigenständige politische Einheit. Die Autonomie Preußens vom Reich war für den Ostpreußen Braun eine Grundauffassung in seiner Politik. Er wurde im März 1919 im ersten Kabinett der verfassungsgebenden Preußischen Landesversammlung Landwirtschaftsminister. Mit nur ganz kurzen Unterbrechungen war er dann von 1925 bis 1933 preußischer Ministerpräsident. Preußen entwickelte sich unter der von ihm geführten sozialdemokratischen und bürgerlichen großen Koalition zur stabilsten Demokratie in den deutschen Ländern.



Das Kabinett der preußischen Regierung unter Otto Braun, 1921

19

## KONRAD ADENAUER (ZENTRUM)



Konrad Adenauer (Zentrum), Portraitaufnahme von 1923

20

Konrad Adenauer wurde am 5. Januar 1876 in Köln geboren. Er wuchs in kleinbürgerlichen Verhältnissen auf. Der studierte Jurist wurde 1906 zum Beigeordneten der Stadt Köln gewählt. Er gehörte der bürgerlich-katholischen Zentrumspartei an.



Köln am Rhein – Blick von Deutz auf den Dom

21

Am 18. September 1917 wurde Adenauer für zwölf Jahre zum Oberbürgermeister von Köln gewählt. An das Amt war – bis zum Ende der Monarchie – ein Sitz im Preußischen Herrenhaus geknüpft. Zudem war Adenauer von 1921 bis 1932 einziger Vorsitzender des Preußischen Staatsrats. Der Staatsrat hatte neben dem Initiativrecht, Gesetze einzubringen, auch die Aufgabe, Stellungnahmen zu Gesetzesvorlagen der preußischen Regierung abzugeben. Eine Konkurrenz zum Ministerpräsidenten Otto Braun war damit unvermeidlich. Das politische Verhältnis beider Spitzenpolitiker blieb zeitlebens gespannt.

Nach dem Ende der Monarchie blieb Preußen eine eigenständige politische und verwaltungsmäßige Einheit im Deutschen Reich. 1923 führte die Besetzung des Ruhrgebiets und des Rheinlandes durch alliierte Truppen zu außerordentlichen Belastungen und Spannungen. Adenauer suchte daher eine Verständigung mit den Westmächten, vor allem mit Frankreich. Er setzte – anders als Braun und der Reichskanzler Gustav Stresemann – auf das Primat der Westorientierung.



Die Eröffnung der 1. Kölner Messe am 11. Mai 1924. Der Reichspräsident Friedrich Ebert (SPD) und der Oberbürgermeister von Köln, Konrad Adenauer (Zentrum)

22

# Volksvertreter eines demokratischen Preußens

## ERNST HEILMANN (SPD)



Ernst Heilmann 23

Der Redakteur Ernst Heilmann wurde am 13. April 1881 in Berlin geboren. Er trat 1898 in die SPD ein und war Soldat im Ersten Weltkrieg. Der Sozialdemokrat gehörte zunächst 1919 der Stadtverordnetenversammlung von Charlottenburg an, zeitgleich von 1919 bis zum 7. Juli 1933 auch dem Preußischen Landtag. Seit 1921 war er Fraktionsvorsitzender der SPD und hatte von 1928 bis 1933 ein Reichstagsmandat inne. Er gehörte zu den Mitverfassern der legendären Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden Otto Wels, der sich am 23. März 1933 gegen das Ermächtigungsgesetz und gegen die Entmachtung des Reichstages gestellt hatte.



KZ Buchenwald 24

Heilmann wurde bereits am 26. Juni 1933 in Berlin am Potsdamer Platz verhaftet und in das Columbiahaus am Flughafen Tempelhof, ein Gefängnis für politische Gegner, gebracht. Im Folgenden war er nacheinander im Polizeipräsidium am Alexanderplatz, im Gefängnis Plötzensee und in den Konzentrationslagern (KZ) Oranienburg, Papenburg, Esterwegen, Sachsenhausen und Dachau interniert. Seit dem 22. September 1938 trug er im KZ Buchenwald die Häftlingsnummer 8222/1751.

Heilmann konnte mit seiner Entlassung aus dem KZ nicht rechnen, obwohl seine Frau arisch war und er vier Kinder hatte. Zudem war er Kriegsteilnehmer und Träger des Eisernen Kreuzes. Nach langjährigen und schweren Misshandlungen wurde der Parlamentarier am 3. April 1940 im KZ Buchenwald ermordet. Ihm war eine Giftspritze verabreicht worden. Der NS-Staat sprach offiziell von Herzversagen und Altersschwäche.



v.r.n.l.: Ernst Heilmann (SPD), Friedrich Ebert jr. (SPD und Chefredakteur), Alfred Braun (Rundfunksprecher), Heinrich Giesecke (Min.Rat a. D., Direktor der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft), Dr. Hans Flesch (Rundfunkintendant) und Dr. Kurt Magnus (Direktor der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft) bei ihrer Einlieferung ins Konzentrationslager Oranienburg im August 1933. 25

## BERNHARD LETTERHAUS (ZENTRUM)



Bernhard Letterhaus 26

Der gelernte Textilarbeiter und Katholik Bernhard Letterhaus wurde am 10. Juli 1894 in Barmen als Sohn eines Schuhmachers geboren. Als Unteroffizier aus dem Ersten Weltkrieg zurückgekehrt, wirkte er seit 1920 hauptberuflich für die Zentrumspartei in Düsseldorf. Seit 1927 war er Verbandssekretär der katholischen Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands. Der Zentrumspolitiker gehörte seit dem 20. Mai 1928 bis zur Auflösung des Parlaments am 14. Oktober 1933 dem Preußischen Landtag an und unterstützte die demokratische „Weimarer Koalition“. Zudem war er 1930 1. Vizepräsident des Katholikentages in Münster.



Todeszelle in der Hinrichtungsstätte Plötzensee, Aufnahme nach 1945 27

Nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler begann im Frühjahr 1933 sofort der Aufbau eines „NS-Führerstaates“. Am 18. Mai 1933 hatte auch der Preußische Landtag seiner Selbstentmachtung und somit dem Ermächtigungsgesetz auf preußischer Landesebene zugestimmt. Letterhaus war dieser Abstimmung ferngeblieben. Die Zentrumspartei hatte – wie auch im Reich – geglaubt, sich durch Selbstentmachtung vor der nationalsozialistischen Gewalt behaupten zu können.

Letterhaus wurde zu Beginn des Zweiten Weltkriegs eingezogen. Er unterhielt als Hauptmann der Wehrmacht Verbindungen zu Politikern im Exil, so zu seinem Parteifreund und ehemaligen Reichskanzler Heinrich Brüning. Im Umfeld der Widerstandsgruppe um Ludwig Beck und Claus Graf Schenk von Stauffenberg war Letterhaus vom ehemaligen Leipziger Oberbürgermeister Carl Goerdeler – einer der wichtigsten Persönlichkeiten im deutschen Widerstand – als Wiederaufbauminister vorgesehen.

Fünf Tage nach dem letzten gescheiterten Versuch eines Attentats auf Hitler am 20. Juli 1944 wurde Letterhaus festgenommen. Der Volksgerichtshof verurteilte ihn zum Tode. Letterhaus wurde als eines der führenden Mitglieder des katholischen Widerstands am 14. November 1944 in Plötzensee hingerichtet.



Prozess gegen Bernhard Letterhaus vor dem Volksgerichtshof am 13. November 1944 28

# Die politische Verfolgung der Demokraten im Dritten Reich

## VOLKSVERTRETER IM WIDERSTAND

„Und ich bin Demokrat in dem einfachen und allgemeinen Sinn, daß ich an die Unvergänglichkeit von Ideen glaube (...), der Idee der Freiheit zum Beispiel, die man heute für überwunden erklären und historisch zum alten Eisen werfen möchte.“

Thomas Mann an Adolf Grimme, 12. Januar 1933

Das biografische Verzeichnis zum Preußischen Abgeordnetenhaus nennt 416 Parlamentarier, deren Lebenslauf eindeutig nachverfolgt werden kann. Darin sind alle am 5. März 1933 gewählten Abgeordneten der SPD enthalten. Von den 63 Abgeordneten der KPD konnten nur 45 mit Sicherheit bestimmt werden.



Der preußische Ministerpräsident Otto Braun (SPD, links) und der preußische Kultusminister Adolf Grimme (SPD) vor dem Preußischen Landtag, 24. Mai 1932

29



Beschlagnahme von Papieren in der KPD-Parteizentrale gegenüber der Berliner Volksbühne 1933

30

verurteilt und hingerichtet. Andere Abgeordnete wurden mutmaßlich ermordet. Der Abgeordnete und gebürtige Bremer Heinrich Bösch (KPD) wurde 1959 für tot erklärt; seine Spuren verlieren sich mit dem

Ende des Krieges; sein Schicksal ist bis heute nicht bekannt. Es war ein Kennzeichen dieser Diktatur, dass die Spuren bei der Ermordung von politischen Gegnern so verwischt wurden, dass sie später nur noch schwer oder gar nicht mehr zu verfolgen waren.

Die Verfolgung und Ermordung von politischen Oppositionellen war in der Regel an eine „Sippenhaft“ geknüpft. Die Familienangehörigen wurden häufig ebenfalls verhaftet und verhört, in jedem Falle aber in ihrer persönlichen Freiheit stark, teilweise sogar völlig eingeschränkt.

Mindestens 21 Abgeordnete sind wegen ihrer jüdischen Herkunft verfolgt worden. Arthur Kochmann, Deutsche Demokratische Partei (DDP) und Max Lichtenstein, Freisinnige Volkspartei (FVP), sind im KZ Auschwitz bzw. im KZ Theresienstadt umgekommen. Von der jüdischen Abgeordneten Dr. Gertrud Klausner (DDP) fehlt seit 1939 jede Spur. Die gebürtige Berlinerin gehörte von 1925 – 28 dem Landtag an.

Mindestens 70 Abgeordnete emigrierten nach 1933 oder hielten sich vorübergehend im Ausland auf, darunter viele Abgeordnete jüdischer Herkunft. Zehn von diesen Parlamentariern sind wiederum stalinistischen Säuberungen in der Sowjetunion zum Opfer gefallen. Einige wurden nach 1945 in sowjetischen Internierungslagern – auch im ehemaligen Konzentrationslager Sachsenhausen bei Oranienburg – umgebracht.



Der preußische Landtagsabgeordnete Walther Schreiber (DDP, links)

31

Darüber hinaus gab es eine Vielzahl von bedrängten und bedrohten Parlamentariern. Sie wurden aus ihren politischen Mandaten und Ämtern gedrängt. Walther Schreiber (DDP) wurde im Juli 1932 als Preußischer Minister für Handel und Gewerbe des Amtes entoben und überlebte in Berlin als Rechtsanwalt die Gewaltherrschaft. Schreiber war nach dem Zweiten Weltkrieg 1946 Gründungsmitglied der

CDU und von 1953 – 55 Regierender Bürgermeister von Berlin. Die weitaus größere Zahl von verfolgten und später auch ermordeten Landtagsabgeordneten waren Mitglieder der SPD und der KPD.



Haftanstalt Plötzensee – Zelle für zum Tode verurteilte Häftlinge

33

↓ Razzia in Berlin-Charlottenburg am 28. April 1933

32



# Der Volksgerichtshof

EIN NATIONALSOZIALISTISCHES TRIBUNAL  
IM EINST DEMOKRATISCHEN HAUS



Der Präsident des Volksgerichtshofs Roland Freisler (Mitte) 1944

34

*„Der Richter hat in erster Linie die autoritativen (maßgebenden) Willenskundgebungen des Führers (...) als Ausdruck des gesunden Volksempfindens anzuschauen und seiner eigenen Entscheidung zugrunde zu legen.“*

Roland Freisler, 1936

Der Volksgerichtshof trat zum ersten Mal am 14. Juli 1934 im Gebäude des ehemaligen Preußischen Landtages zusammen. Im Mai 1935, kurz vor dem Umbau des Landtagsgebäudes zum „Haus der Flieger“, zog das NS-Sondergericht in die nahe gelegene Bellevuestraße 15, in der sich ehemals das Königliche Wilhelms-Gymnasium befunden hatte. Nach der Zerstörung des Schulhauses im Jahr 1944 tagte der Volksgerichtshof bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs im Gebäude des ehemaligen Preußischen Kammergerichts am Kleistpark in Schöneberg.



Gründung des Volksgerichtshofs im Plenarsaal des Preußischen Landtages am 1. Juli 1934

35

Der Volksgerichtshof wurde durch das „Gesetz zur Änderung von Vorschriften des Strafrechts und des Strafverfahrens“ am 24. April 1934 gegründet. Er hatte als einzige Instanz die Zuständigkeit in Hoch- und Landesverratssachen. Diese Zuständigkeit wurde dem Reichsgericht in Leipzig als oberste richterliche Instanz des Deutschen Reichs entzogen. Grund hierfür war, dass drei der vier Hauptangeklagten des Reichstagsbrandprozesses – darunter der Bulgare Georgi Dimitroff – wegen Mangels an Beweisen freigesprochen worden waren.

In Folge des Ermächtigungsgesetzes – der Aufhebung der gesetzgebenden Gewalt für den Reichstag als Volksvertretung – hatte Hitler auch die gesamte Justiz gleichschalten lassen. Legislative und Judikative waren somit entmachtet. Die Gewaltenteilung war als eine der wichtigsten Säulen eines demokratischen Staates vollständig aufgehoben.

Gerichtsverfahren des Volksgerichtshofs waren rechtswidrig, weil vorab im politischen Sinn festgelegte Urteile verfasst worden waren. Rechtsmittel waren nicht zulässig. Ein Todesurteil konnte allein durch eine Begnadigung Hitlers aufgehoben werden. Das NS-Regime aber nutzte das Gericht zur Ausschaltung seiner Gegner. Während seines Bestehens wurden am Volksgerichtshof etwa 18 000 Personen abgeurteilt.

Über 5 200 Menschen wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Die totale Unterwerfung unter die Führergewalt wurde besonders seit 1942 unter der dreijährigen Präsidentschaft von Roland Freisler deutlich. Freisler, 1932/33 Abgeordneter der NSDAP im Preußischen Landtag, war Vorsitzender in den Schauprozessen gegen die Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944. Zuvor waren auch Mitglieder der Widerstandsorganisationen der Roten Kapelle (Arvid und Mildred Harnack), der Weißen Rose (Hans und Sophie Scholl) und des Kreisauer Kreises (Helmuth James Graf von Moltke) zum Tode verurteilt worden. Im Oktober 1945 wurde der Volksgerichtshof durch Beschluss der Alliierten aufgelöst, seine Urteile für die Bundesrepublik Deutschland wurden durch Entschließung des Bundestages vom 25. Januar 1985 für nicht rechtmäßig erklärt. Im Jahr 1998 wurden durch Gesetz pauschal alle Urteile des Volksgerichtshofes aufgehoben.



Helmuth James Graf von Moltke vor dem Volksgerichtshof im Januar 1945

37



Der Sozialdemokrat Julius Leber vor dem Volksgerichtshof im August 1944

38



Haftanstalt Plötzensee Haus III

39

↓ Das Preußische Kammergerichtsgebäude (1914) als dritter Dienstsitz des NS-Volksgerichtshofs im Schöneberger Kleistpark

36

# Das „Haus der Flieger“

## DER GESELLSCHAFTLICHE MITTELPUNKT IM NATIONALSOZIALISTISCHEN BERLIN

Wenige Tage nach der endgültigen Auflösung des Landtages beschloss das Preußische Staatsministerium am 26. Oktober 1933 die Errichtung der „Stiftung Preußenhaus“. Auf der Basis der nationalsozialistischen Weltanschauung sollte die Verwirklichung eines einheitlichen Deutschlands dargestellt werden. Dabei sollte die geschichtliche Sendung und die Vergangenheit Preußens in den Vordergrund gestellt werden. Von einer preußischen Zukunft war freilich nicht die Rede.

bei sollte die geschichtliche Sendung und die Vergangenheit Preußens in den Vordergrund gestellt werden. Von einer preußischen Zukunft war freilich nicht die Rede.



Dekoration im Festsaal 40



Clubraum im zum „Haus der Flieger“ umgebauten Landtagsgebäude 41

Das nun funktionslos gewordene Parlamentsgebäude wurde in das Stiftungsvermögen eingebracht. Präsident der Stiftung wurde der letzte Landtagspräsident Hanns Kerrl (NSDAP). Durch Vertrag vom 4. März und mit Wirkung zum 1. April 1935 wurde die Liegenschaft dem Deutschen Reich überlassen. Kurz darauf wurde der Architekt Ernst Sagebiel beauftragt, das „Haus der Schwätzer“ (Hermann Göring) zum „Haus der Flieger“ umzubauen.

Am 16. November 1935 wurde das „Haus der Flieger“ seiner neuen Bestimmung übergeben. Der 1907 gegründete Aero-Club, dessen Schirmherr Hermann Göring seit 1934 war, übernahm das Gebäude. Der Plenarsaal wurde im Folgenden zu einem Ball- und Festsaal umgestaltet. Die meisten übrigen Räume im vorderen Trakt an der Prinz-Albrecht-Straße wurden zu Clubräumen und vor allem zu Speisesälen umgebaut. Einzig der Festsaal in der dritten Etage blieb in seiner ursprünglichen Form erhalten.



Der ehemalige Plenarsaal als Festsaal 42



Hermann Göring im Gespräch mit dem italienischen Generalkonsul Renzetti, 1938 43



Empfang des Großmuftis von Jerusalem im Dezember 1942 44

Eines der herausragenden Ereignisse der NS-Eliten war die Hochzeit von Hermann Göring mit seiner zweiten Frau, der Schauspielerin Emmy Sonnemann. Am Abend des 9. April 1935 gab das Brautpaar im Festsaal einen Hochzeitsempfang. Neben einer Vielzahl von Empfängen und Bällen gab Göring anlässlich der XI. Olympischen Sommerspiele, die 1936 in Berlin veranstaltet wurden, ein Gartenfest. Hitler nahm am 18. Dezember 1937 im gerade erst umgebauten ehemaligen Plenarsaal an einer Weihnachtsfeier für die Mitarbeiter der Reichskanzlei teil.

Das ehemalige Landtagsgebäude war vorübergehend auch Sitz von verschiedenen NS-Organisationen, etwa des bereits 1929 gegründeten Nationalsozialistischen Deutschen Ärztebundes. Der 1935 in „Reichsärztekammer“ umbenannten Organisation mussten alle Ärzte beitreten. Bis 1938 zählte sie mehr als 30 000 Mitglieder, wovon 45 % gleichzeitig Parteimitglied der NSDAP waren. Der Vorsitzende der Kammer Gerhard Wagner war Wegbereiter des Euthanasieprogramms, das die Ermordung von etwa 120 000 geistig und körperlich behinderten Menschen zur Folge hatte.

Bis weit in die Zeit des Zweiten Weltkrieges hinein bildete das ehemalige Landtagsgebäude den räumlichen Rahmen für zahlreiche Veranstaltungen und Empfänge des NS-Staates und seiner führenden Vertreter. In den umgebauten Sälen wurde eine Vielzahl von internationalen Delegationen aus aller Welt empfangen und von Spitzendiplomaten begleitet.



Empfang des Aero-Clubs am 27. Juni 1938 46

↓ Das ehemalige Landtagsgebäude als „Haus der Flieger“ in der Prinz-Albrecht-Straße, 1938 45



# Das „Haus der Flieger“ und die „Euthanasie“-Morde

## DIE JURISTENKONFERENZ VOM APRIL 1941

„Keiner der Anwesenden erhob Widerspruch.  
Niemand machte Bedenken geltend.“

Aus der Anschuldigungsschrift des hessischen Generalstaatsanwalts Fritz Bauer vom 22. April 1965 im Ermittlungsverfahren gegen Schlegelberger u. a. wegen Beihilfe zum Mord



Als amtierender Justizminister leitete Franz Schlegelberger die Konferenz. Er wurde 1947 u. a. wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu lebenslanger Haft verurteilt, kam aber bereits 1951 frei.

47

Am 23. und 24. April 1941 wurde das „Haus der Flieger“ zum Schauplatz einer Konferenz, die beispielhaft für die Mitwirkung der Justiz an der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft steht. Auf Initiative des amtierenden Justizministers Franz Schlegelberger waren mehr als 100 Personen im ehemaligen Plenarsaal des schon Jahre zuvor aufgelösten Preußischen Landtags zusammengekommen. Darunter befanden sich sämtliche Generalstaatsanwälte bzw. deren Vertreter, die Präsidenten der Oberlandesgerichte sowie weitere höchste Richter und zahlreiche Ministerialbeamte. Vor Ort wurden sie über die seit Anfang 1940 unter dem Tarnnamen „Aktion T 4“ praktizierte Ermordung von psychisch kranken, behinderten oder sozial ausgegrenzten Menschen informiert.

In der Öffentlichkeit kursierten zu diesem Zeitpunkt trotz Geheimhaltung bereits viele Gerüchte über den beschönigend „Euthanasie“ genannten Massenmord. Dieser war auch nach dem damals gültigen Recht strafbar. Angehörige wandten sich hilfessuchend an die Polizei. Vormundschaftsgerichte fragten nach dem Schicksal ihrer Schutzbefohlenen. Bei den Staatsanwaltschaften gingen Strafanzeigen ein. Vereinzelt wurden Ermittlungen wegen unnatürlicher Todesfälle aufgenommen und Ermittlungsverfahren gegen Anstaltsärzte eingeleitet.

Die Mordaktion gegen derartige Störungen aus dem Bereich des Rechtswesens abzuschirmen, war das hauptsächlichste Ziel der Juristenkonferenz vom April 1941. Diesem Ziel unterwarfen sich die im „Haus der Flieger“ versammelten Richter und Beamten bereitwillig. Die ungeheuerliche Tatsache der „Euthanasie“-Morde nahmen sie ohne Einwände oder Protest zur Kenntnis.



Abschrift der Notizen von Alexander Bergmann, Präsident des Oberlandesgerichts Köln, vom 23. April 1941 (Ausschnitte)

48



Erlass Adolf Hitlers zur „Euthanasie“

49

Ebenso wenig stellten sie sich gegen die Aufforderung, die „Aktion T4“ betreffende Eingaben und Strafanzeigen in Zukunft unbearbeitet an das Reichsjustizministerium weiterzuleiten.

Indem die Teilnehmer der Konferenz sich zum Stillschweigen und Stillhalten verpflichten ließen, unterstützten sie den reibungslosen Vollzug der Mordaktion und wurden letztlich zu Handlangern bei einem der größten Massenverbrechen des Nationalsozialismus.

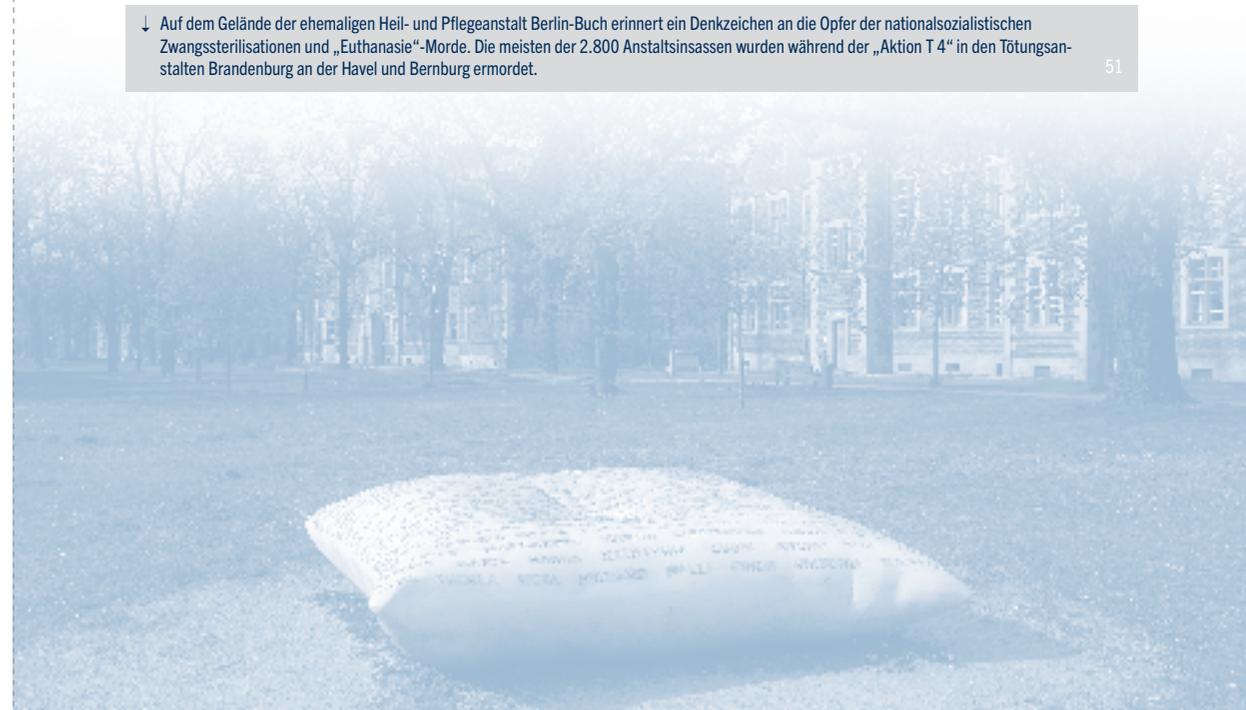


Altes Zuchthaus Brandenburg an der Havel, Blick auf ein Zellengebäude sowie links die Anstaltsscheune, in der 1940 über 9.000 Patientinnen und Patienten mit Kohlenmonoxid getötet wurden

50

↓ Auf dem Gelände der ehemaligen Heil- und Pflegeanstalt Berlin-Buch erinnert ein Denkzeichen an die Opfer der nationalsozialistischen Zwangssterilisationen und „Euthanasie“-Morde. Die meisten der 2.800 Anstaltsinsassen wurden während der „Aktion T 4“ in den Tötungsanstalten Brandenburg an der Havel und Bernburg ermordet.

51



## Die Teilung Deutschlands

Das „Haus der Ministerien II“ (der ehemalige Preußische Landtag) von der Westseite der Mauer aus gesehen – auf dem Dach die Abhöranlagen der Staatssicherheit der DDR, 1984

# Das geteilte Deutschland 1945 bis 1990

## EIN LAND IM BRENNPUNKT DER OST-WEST-AUSEINANDERSETZUNG

„Demokratie ist (...) ein Verhalten, das im Ringen um die Macht und Führung den anderen zu respektieren weiß.“

Theodor Heuss, 1945



Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland mit der Verkündung des Grundgesetzes in Bonn am Rhein am 23. Mai 1949. In der Bildmitte: Konrad Adenauer (CDU)

2



Die Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 im ehemaligen Reichsflughafenministerium in der Wilhelmstraße

3

Am 8. Mai 1945 endete mit der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht der Zweite Weltkrieg in Europa. Das Deutsche Reich wurde vollständig durch alliierte Truppen aus der Sowjetunion, den USA, Großbritannien und – später auch – aus Frankreich besetzt und zunächst in drei, dann vier Zonen unterteilt.



Mauer an der Bernauer Straße

4

Die politischen und militärischen Zielvorstellungen sowie die sozialen Ordnungsvorstellungen der Siegermächte gingen schon kurz nach dem Ende des Krieges weit auseinander. Deutschland geriet in den Schnittpunkt des Ost-West-Konflikts. Ein Höhepunkt der ideologischen und politischen Auseinandersetzung der Nachkriegszeit war 1949 die Gründung der beiden deutschen Staaten. In Bonn am Rhein wurde mit der Verkündung des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 die Bundesrepublik Deutschland gegründet. Die Sowjetunion antwortete darauf mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik. Diese wurde am 7. Oktober 1949 nur wenige Meter vom Abgeordnetenhaus im benachbarten Gebäude des heutigen Bundesministeriums der Finanzen gegründet.



Der Mauerbau an der Oberbaumbrücke am 13. August 1961

5

Während im Westen nicht zuletzt durch den Marshallplan ein wirtschaftlicher Aufschwung zu verzeichnen war, führte die sozialistische Planwirtschaft im Osten hingegen schon bald zu einer großen Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Höhepunkt des Unmuts war dabei der gescheiterte Volksaufstand am 17. Juni 1953. Die danach einsetzende Massenflucht in den Westen führte am 13. August 1961 zum Bau der Mauer. Zwei Millionen DDR-Bürger hatten seit 1949 ihre angestammte Heimat und ihren Wohnort verlassen. Die nun endgültige Teilung wurde in den folgenden Jahren durch mühsam ausgehandelte Verträge – wie z. B. das Viermächte-Abkommen von Berlin 1971 – abgemildert. Dazu zählte auch der Grundlagenvertrag zwischen den beiden deutschen Staaten, der im Dezember 1972 ratifiziert worden war. Demnach waren Reise- und Besuchsmöglichkeiten zwischen den Deutschen – und dabei in erster Linie von West nach Ost – vereinfacht worden.



Unterzeichnung des Viermächte-Abkommens in Berlin am 3. September 1971

6

Der DDR gelang es indessen nicht, sich im Inneren zu reformieren. Demokratische Prinzipien wie die Durchführung freier Wahlen und die Garantie der Grund- und Freiheitsrechte standen nur auf dem Papier. Dies führte mehr und mehr zu Unmut und Widerstand. Die überalterte SED-Partei- und Staatsführung war nicht mehr in der Lage, den Anforderungen der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung gerecht zu werden. In der Folge einer machtvollen Demokratiebewegung der Bürger der DDR gelang es im Herbst 1989, den Fall der Mauer am 9. November 1989 herbeizuführen.



Am Tag nach der Öffnung der Mauer – das Brandenburger Tor am 10. November 1989

7

↓ Badende Kinder am Reichstagsufer, 1945

8

# Die Stadt Berlin im Jahre 1945

## DER ALLTAG IN EINER ZERSTÖRTEN STADT

Die alte Reichshauptstadt und ehemalige preußische Residenz Berlin wurde ab Sommer 1945 auf Grundlage des Londoner Protokolls vom 12. September 1944 – als Symbol des gemeinsamen Sieges – von den vier Alliierten (USA, Großbritannien, Frankreich, Sowjetunion) gemeinsam besetzt, verwaltet und dazu in vier Sektoren eingeteilt.



Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche, 1945 9



Trümmerfrauen im Prenzlauer Berg, Danziger Straße 10

Die geteilte Stadt lag nunmehr inmitten der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ). Bestimmt wurde der Zuschnitt der einzelnen Sektoren auch nach der jeweiligen Einwohnerstärke. Da der Westen Berlins grundsätzlich vor 1945 dichter besiedelt war, fielen die Sektoren demnach räumlich kleiner aus. Der sowjetische Sektor, das spätere Ost-Berlin, war mit 403 km<sup>2</sup> geografisch nur unwesentlich kleiner als das spätere West-Berlin (etwa 489 km<sup>2</sup>).

Am Ende des Krieges bot Berlin – wie fast alle anderen großen Städte und viele Gemeinden – ein Bild der Zerstörung und des Chaos. Sämtliche Verkehrs- und Versorgungseinrichtungen waren nicht mehr funktionsfähig. Neben umfangreichen Zerstörungen von Industrieanlagen war in Berlin die Hälfte des innerstädtischen Wohnungsbestandes zwischen Funkturm und Frankfurter Allee vernichtet. 612 000 Wohnungen waren entweder total ausgebombt oder nicht mehr bewohnbar. Nahezu alle bedeutenden Bauwerke und öffentlichen Einrichtungen waren zerstört oder beschädigt. Berlin war mit 75 Millionen m<sup>3</sup> Trümmerschutt das größte zusammenhängende Ruinenfeld Europas. Etwa 2,3 Millionen Menschen hausten darin; Flüchtlinge und Vertriebene wurden deshalb in der Regel zurück- bzw. wieder ausgewiesen.



Trümmer am Askanischen Platz, unweit vom ehemaligen Preußischen Landtag 11



Das Schloss Charlottenburg 12

Das unmittelbare Überleben und die Grundversorgung ohne die großstädtische Infrastruktur mussten gesichert und organisiert werden. Das Bild in den Berliner Straßen war von den Trümmerfrauen geprägt, die oft nur mit bloßen Händen begannen, Trümmerschutt, aber auch Munition und Kriegsgerät zu beseitigen. Erschwert

wurde der anfänglich sehr mühsame Aufbau durch die Demontage von Industriebetrieben seitens der Siegermächte. Es fehlte vor allem an Kohle und den übrigen Brennstoffen.

Die Anzahl der zugelassenen Ärzte hatte sich im Vergleich zu 1932 mehr als halbiert, etwa ein Viertel der Apotheken war zerstört. Die Ernährungskrise stellte das größte Problem dar. Verfügte jeder Berliner 1933 noch pro Monat über 5,3 kg Fleisch, so waren es 1946/47 nur noch 1,6 kg.

Das durch Bomben beschädigte Gebäude des ehemaligen Preußischen Abgeordnetenhauses – jetzt an der Grenze zwischen dem sowjetischen und dem amerikanischen Sektor gelegen – hatte endgültig seine funktionale Bestimmung als Sitz eines freien Parlaments verloren.



Notkrankenhaus in einer Berliner Turnhalle, 1945 13



Trümmer am Alexanderplatz 14

↓ Ruinen am Gendarmenmarkt 15

# Der schwierige politische Neuanfang 1945/46

## DER WIEDERAUFBAU DES DEUTSCHEN PARTEISYSTEMS



Der erste Oberbürgermeister von Berlin, Arthur Werner (parteilos), 1946

16

„Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.“

Walter Ulbricht an die „Gruppe Ulbricht“ Berlin, Mai 1945

Die sowjetische Militäradministration (SMAD) ließ in ihrer Zone und in Groß-Berlin die Gründung von antifaschistischen Parteien, Gewerkschaften und Massenorganisationen zu. Die Westalliierten erließen in Berlin erst nach der Übernahme ihrer Sektoren zwischen August und Dezember 1945 entsprechende Bestimmungen im Sinne des SMAD-Befehls vom 10. Juni 1945. Mit diesen frühen Regelungen versuchte die Sowjetunion, die Gründung zentraler Leitungsebenen gemäß ihren Vorstellungen durchzusetzen.

In Berlin wurden im Frühsommer 1945 wieder- bzw. neugegründet:

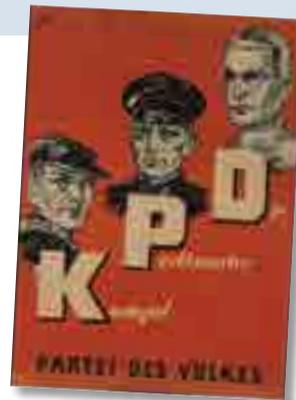
- 11. Juni – die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)
- 15. Juni – die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)
- 26. Juni – die Christlich-Demokratische Union (CDU)
- 05. Juli – die Liberal-Demokratische Partei (LDP)



17



18



19



20

Wahlplakate, 1946

In der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) kam es auf Drängen der Sowjets und auf Betreiben der KPD zur Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED). Allerdings sprachen sich 82,3 % der abstimmenden Sozialdemokraten im West-Teil Berlins gegen einen Zusammenschluss aus. Dennoch wurde der Vereinigungsparteitag am 21./22. April 1946 im Admiralspalast am Bahnhof Friedrichstraße abgehalten. Dadurch gelang es den Kommunisten, einen entscheidenden Einfluss auf das weitere politische Geschehen in der SBZ sowie in Berlin zu gewinnen.



Parteitag im Admiralspalast in der Friedrichstraße anlässlich der Gründung der SED am 21./22. April 1946

21



Delegierte des Gründungsparteitages der SED im Hof des Admiralspalastes

22

↓ Das stark beschädigte ehemalige Reichsluftfahrtministerium in der Wilhelmstraße 1945

23

# Von der SBZ zur DDR

## DER WIEDERAUFBAU UND DIE NEUE NUTZUNG DES HAUSES AN DER SEKTORENGRENZE



Das beschädigte Landtagsgebäude in der damaligen Prinz-Albrecht-Straße, heute Niederkirchnerstraße, 1945

24

Die sowjetische Verwaltung hatte bereits mit Befehl vom 13. Mai 1947 den Oberbürgermeister von Berlin aufgefordert, das Landtagsgebäude herrichten zu lassen. Dieser Befehl sicherte die Zuteilung an dringend benötigten und kaum zu bekommenen Baumaterialien. Ziel war es, hier und im benachbarten ehemaligen Reichsluftfahrtministerium die Zentralverwaltungen der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) unterzubringen. Nach 1949 entwickelte sich daraus das „Haus der Ministerien“. Der ehemalige Landtag wurde nun als „Haus II“ diesem „Haus der Ministerien“ zugeordnet. In den Akten ist heute nicht mehr genau festzustellen, welche Dienststellen von Anfang an im ehemaligen Landtagsgebäude untergebracht worden waren.

Die DDR wurde am 7. Oktober 1949 gegründet. Der in Braunschweig geborene Sozialdemokrat Otto Grotewohl wurde erster und einziger Ministerpräsident einer neuen Regierung, die sich ab Oktober 1950 „Ministerrat“ nannte. Der Ministerrat war das zentrale staatliche Exekutivorgan der Volkskammer der DDR; er hatte die formalen Beschlüsse der Volkskammer umzusetzen.

Grotewohl blieb in seiner Eigenschaft als Ministerpräsident Vorsitzender des Ministerrats. Gleich nach der Staatsgründung hatte er in der ersten Etage des ehemaligen Preußischen Landtagsgebäudes Geschäftsräume zugewiesen bekommen. Die Einrichtung ist nicht erhalten geblieben.



Der Ministerpräsident der DDR, Otto Grotewohl

25

Mit dem Auszug des Ministerrats im Jahre 1953 verlor das ein Jahr zuvor in einigen Teilen wiederhergestellte Gebäude an Bedeutung. Noch einmal rückte das Haus vor dem Mauerbau ins Blickfeld der Hauptstadt der DDR. Es sollte 1960 für die XIV. Ratstagung des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW oder auch Comecon genannt) umgebaut werden. Die Tagung fand dort aus Sicherheitsgründen – wegen der Lage des Gebäudes an der Sektorengrenze zu West-Berlin – nicht statt.

Ein weiterer Gedanke war in der Zwischenzeit ebenfalls verworfen worden. Bereits wenige Wochen nach

der Gründung der DDR war erwogen worden, den ehemaligen Preußischen Landtag mit seinem Plenarsaal als Tagungsort für die Volks- und Länderkammer der DDR wiederaufzubauen. Der Wiederaufbau verzögerte sich mehrere Male. Ein Grund hierfür mag wiederum die Lage an der Sektorengrenze gewesen sein. Zudem bestand offenbar Uneinigkeit darüber, wie die Räume zu verteilen und der Plenarsaal konkret zu nutzen gewesen wäre. Die Volkskammer hatte indessen nahe der Charité ein anderes Domizil erhalten, ehe sie 1976 in den Palast der Republik auf dem ehemaligen Gelände des Berliner Schlosses einziehen konnte.

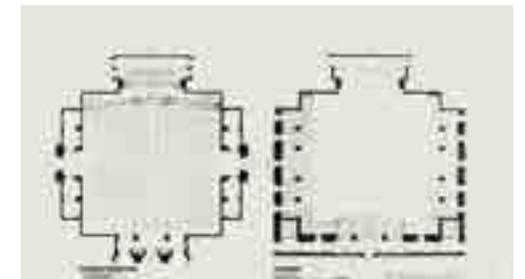


Skizze zum historisierenden Wiederaufbau des Festsaals im 3. Obergeschoss, um 1960

26

↓ Alltag in der DDR – Schlängestehen nach Konsumgütern in der Stalinallee, 1953

27



Grundrissplan zum Wiederaufbau des Plenarsaals in den 1950er-Jahren

28



# Die Stadtverordnetenversammlung

VON IHRER WAHL BIS ZU IHRER SPALTUNG (1946 – 1948)

„Das Bild im Saal ist folgendes: Die Fraktionsbänke sind nur mit wenigen Mitgliedern besetzt. Allein die Fraktion der Sozialistischen Einheitspartei hat bereits ihre meisten Mitglieder hier. Von den übrigen, von den demokratischen Parteien (SPD, CDU, LDPD) sind nur ganz wenige Angehörige hier. Es ist den meisten ja überhaupt unmöglich, hier oben hereinzukommen.“

Peter Schultze, RIAS-Rundfunkübertragung vom 6. September 1948

Berlin hatte nach der bedingungslosen Kapitulation seinen Status als Reichshauptstadt und gleichzeitig als Sitz aller relevanten preußischen Behörden und Einrichtungen verloren. Das Deutsche Reich hörte auf zu bestehen, der Staat Preußen wurde 1947 aufgelöst. Jede politische Betätigung wurde auf Reichs- wie auf preußischer Ebene verboten. Einzig die kommunale Ebene wurde neu belebt. Bereits wenige Tage nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs nahm am 17. Mai 1945 ein vorläufig von der Roten Armee eingesetzter Magistrat seine Arbeit wieder auf.



Wahllokal im Prenzlauer Berg am 20. Oktober 1946 29



Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 5. Dezember 1946 30

In Berlin fanden die ersten freien Wahlen nach dem Krieg am 20. Oktober 1946 statt. Die gewählten Stadtverordneten von SPD, CDU, LDP und SED wählten ihrerseits den Magistrat mit dem Oberbürgermeister an der Spitze. Der Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung hatten beide im Neuen Stadthaus im sowjetischen Sektor ihren Sitz. Es handelte sich um ein unbeschädigt gebliebenes Verwaltungsgebäude nahe dem Berliner Rathaus (Rotes Rathaus). Das Rathaus als traditioneller Sitz der Berliner Kommunalverwaltung lag weitgehend in Trümmern. Die ebenfalls kriegsbeschädigten Gebäude des Preußischen Landtages – das ehemalige Herrenhaus an der Leipziger Straße und das ehemalige Abgeordnetenhaus an der Prinz-Albrecht-Straße – standen zu dieser Zeit nicht zur Debatte.

Im Sommer 1948 kam es infolge der Währungsreform und der Blockade West-Berlins durch die Sowjetunion zu Demonstrationen und Störungen am und im Neuen Stadthaus. Von Kommunisten gelenkte Demonstranten versuchten, die Arbeit des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung unmöglich zu machen. Die von den Sowjets kontrollierte Polizei griff nicht ein. Somit war der Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung Dr. Otto Suhr (SPD) am 6. September 1948 gezwungen, die Tagung in einen westlichen Sektor zu verlegen. Drei Tage darauf hielt Ernst Reuter vor der Ruine des Reichstagsgebäudes seine berühmte Rede vor hunderttausend Berlinern,

die den Freiheitswillen der Stadt und ihr Verhältnis zur Demokratie bekundeten. Sie endete mit den legendären Worten: „Ihr Völker der Welt! ... Schaut auf diese Stadt...“

Am 5. Dezember 1948 – dem 100. Jahrestag der preußischen Verfassung – konnten die zweiten demokratischen und damit geheimen und freien Wahlen nur noch in den Westsektoren stattfinden. Ernst Reuter (SPD) wurde nach dieser Wahl von der Stadtverordnetenversammlung zum Oberbürgermeister gewählt.



Störung der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 6. September 1948 31



Otto Suhr (SPD), Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung 32



Ernst Reuter vor dem Reichstagsgebäude am 9. September 1948 33

↓ Protestkundgebung vor dem Reichstagsgebäude anlässlich andauernder politischer Störungen durch die Kommunisten, 9. September 1948 34

# Die Blockade der Westsektoren Berlins

## DER WILLE ZUR FREIHEIT

„Wir sind in Berlin, und da bleiben wir, Punktum.“

Harry S. Truman, Präsident der USA, am 28. Juni 1948

Am 3. April 1948 trat der Marshallplan in Kraft. Es handelte sich um einen amerikanischen Wirtschaftsplan zum Wiederaufbau Westeuropas einschließlich der Westzonen Deutschlands. Berlin blieb zunächst davon ausgeklammert. Grundlage für den Aufbau sollte eine stabile Währung sein. Diese wurde auf dem Gebiet der späteren Bundesrepublik und in den Westsektoren Berlins am 20. Juni 1948 eingeführt.



35

Die Sowjetunion war gegen diese Entwicklung und ordnete am 23. Juni in allen vier Sektoren eine eigene Währungsreform an. Die westlichen Alliierten ihrerseits erklärten diese von den Sowjets angeordnete Währungsreform für ihre Sektoren für unwirksam. Vielmehr wurde am 24. Juni 1948 die D-Mark – mit einem „B“ bestempelt – als gültige Währung in den Westsektoren eingeführt. Trotzdem gab es noch im Westen Berlins bis zum März 1949 zwei parallele Währungssysteme. Danach war in den drei westlichen Sektoren nur noch die D-Mark offizielles Zahlungsmittel.



Transport von Berliner Produktionsgütern im Jahre 1949

36

Die Sowjetunion versuchte, die Westalliierten mittels einer totalen Blockade aller Schienen-, Straßen- und Wasserwege von und in die Westsektoren Berlins zur Aufgabe West-Berlins zu drängen. Nach anfänglichem Zögern, ob man überhaupt bleiben wollte, entschieden sich die westalliierten Regierungen für die Einrichtung einer Luftbrücke zur Versorgung der Stadt. Am 26. Juni 1948 landete in Tempelhof die erste amerikanische Transportmaschine.

Bis zum Ende der Blockade – am 12. Mai 1949 – wurden auf mehr als 270 000 Flügen etwa 2,3 Millionen Tonnen lebenswichtiger Güter in die eingeschlossene Stadt gebracht. Einer der Hauptverantwortlichen für die bis heute größte Leistung in der zivilen Lufttransportgeschichte war General Lucius D. Clay.



Lucius D. Clay (1897 – 1978)

37



Versorgung der Berliner mit „POM“-Trockengemüse, 1948

38



Absturz eines US-Transportflugzeugs auf dem Flughafen Tempelhof, 1948

40

Hauptsächlich wurden Kohlen in die Stadt gebracht. Jeder Familie standen im Winter 1948/49 nur 12,5 kg Kohlen zur Verfügung. Die Bäume der Stadt wurden fast vollständig abgeholzt. Das Überleben in Berlin wurde durch rationierte Gas- und Stromlieferungen zusätzlich erschwert.

Zur weiteren logistischen Verstärkung wurde im französischen Sektor der Flughafen Tegel von 19 000 Berlinern – überwiegend Frauen – sowie amerikanischen Pionereinheiten in nur 85 Tagen gebaut. Die berühmten Care-Pakete kamen in die Stadt. Die Flugzeuge erhielten bald den Beinamen „Rosinenbomber“. 78 alliierte Piloten und deutsche Zivilhelfer verloren während der Blockade ihr Leben.



Einweihung des Luftbrückendenkmals am Flughafen Tempelhof, 10. Juli 1951

41

↓ Berliner erwarten die Ankunft von neuen Transportgütern mit den „Rosinenbomben“

39



# Der Volksaufstand am 17. Juni 1953

## DER WILLE ZUR DEMOKRATIE



Demonstration in der Stalinallee, 17. Juni 1953

42

*„Nach dem Aufstand des 17. Juni  
Ließ der Sekretär des Schriftstellerverbands  
In der Stalinallee Flugblätter verteilen,  
Auf denen zu lesen war, daß das Volk  
Das Vertrauen der Regierung verscherzt habe  
Und es nur durch verdoppelte Arbeit  
Zurückerobern könne. Wäre es da  
Nicht doch einfacher, die Regierung  
Löste das Volk auf und  
Wählte ein anderes?“*

Bertolt Brecht: Die Lösung

Die Ursachen und Bedingungen des Arbeiteraufstandes vom 17. Juni 1953 wurzelten in der planmäßigen und zielorientierten Errichtung einer einzig von der SED kontrollierten Diktatur.

Spätestens seit dem Sommer 1952 geriet die DDR in eine politische und wirtschaftliche Krise. Walter Ulbricht verkündete als Generalsekretär des ZK der SED auf der II. Parteikonferenz im Juli 1952 den „Aufbau des Sozialismus“. Damit einher gingen die Enteignung privater Betriebe zur Bildung von Volkseigenen Betrieben (VEB), die Zwangskollektivierung von landwirtschaftlichen Betrieben in Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG) sowie der Aufbau einer Nationalen Volksarmee (NVA) und der Aufbau des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Das wirtschaftliche Hauptaugenmerk lag zudem auf dem Ausbau der Schwerindustrie. Dies alles bedeutete im Alltag der DDR weitere politische Einschränkungen. Die allgemeine Stimmung – vor allem unter den Industriearbeitern – wurde zusehends gereizter. Nicht zuletzt führte auch die chronische Unterversorgung mit wichtigen Konsumgütern dazu, dass immer mehr DDR-Bürger dem Staat und ihrer Heimat den Rücken kehrten. Der Volksaufstand wurde schließlich dadurch ausgelöst, dass die Staatsführung der

DDR Normerhöhungen beschloss. Die damit verbundenen Produktionssteigerungen führten faktisch zu Lohnkürzungen. Zudem wurden allen Schichten die politischen Freiheiten und Bürgerrechte, vor allem das Recht auf freie Wahlen, verweigert.



Posten der Ost-Berliner Volkspolizei am  
Potsdamer Platz, Blick auf das ehemalige  
Landtagsgebäude, 17. Juni 1953

43

Der Tod Stalins am 5. März 1953 nährte die Hoffnungen auf einen Kurswechsel in der DDR. Bis zum Frühsommer wurde die SED durch den Machtwechsel in Moskau veranlasst, einen halbherzigen und im Grunde nicht akzeptierten Reformkurs anzusteuern. Die gerade von der DDR-Bevölkerung abgelehnten erhöhten Arbeitsnormen, d. h. Lohnkürzungen, wurden in diesem Zusammenhang vom SED-Regime nicht zurückgenommen. Spontan kam es am 16. Juni in der Berliner Stalinallee (heute: Karl-Marx-Allee) zu einer Protestversammlung von Bauarbeitern, die sich zu einer Massendemonstration entwickelte. Der Aufstand weitete sich auf fast alle Industriezentren und -städte in der DDR aus. In mehr als 560 Städten und Gemeinden erhob sich ein Volksaufstand.

Dieser Aufstand, in dessen Verlauf schon bald auch zentrale politische Forderungen an die SED gestellt wurden, wurde in kürzester Zeit mit Hilfe sowjetischer Panzer blutig niedergeschlagen. Walter Ulbricht konnte seine Stellung innerhalb der SED-Führung insgesamt halten, die DDR setzte den zaghaften Modernisierungskurs nicht fort.

Insgesamt starben bei den Massenprotesten mindestens 51 Menschen. Mehr als 3 500 Menschen wurden zum Teil zu langjährigen Haftstrafen verurteilt.

Das Abgeordnetenhaus von Berlin kam am späten Abend – um 22.36 Uhr – für etwa eine halbe Stunde zu einer Sondersitzung zusammen. Neben anderen Rednern sprach Ernst Lemmer (CDU), später Minister im Kabinett Adenauer: „Wir können mit unseren Mitbürgern drüben die große geistige und moralische Auseinandersetzung ohne materielle Machtmittel nur bestehen, wenn wir immer daran denken, dass die Parteipolitik zu schweigen hat, wenn es um die Freiheit unseres Volkes geht.“



↓ Demonstration am Brandenburger Tor, 17. Juni 1953

44

Panzer in der Leipziger Straße, 17. Juni 1953

45



# Der Mauerbau am 13. August 1961

## BERLIN IM KONFLIKTFELD DER GROSSMÄCHTE

„Mit Billigung der Ostblockstaaten verschärft das Ulbricht-Regime die Lage um Berlin und setzt sich erneut über rechtliche Bindungen und Gebote der Menschlichkeit hinweg. Der Senat von Berlin erhebt vor aller Welt Anklage gegen die widerrechtlichen und unmenschlichen Maßnahmen der Spalter Deutschlands, der Bedrucker Ostberlins und der Bedroher West-Berlins.“

Erklärung Willy Brandts vor dem Abgeordnetenhaus von Berlin, 13. August 1961



Der Mauerbau in der Sebastianstraße zwischen Kreuzberg (West) und Mitte (Ost) im Herbst 1961

46

Mit der Gründung der beiden deutschen Staaten hatte sich 1949 der Konflikt zwischen der Sowjetunion und den drei Westmächten in der deutschen Frage verschärft. In der seit 1945 gemeinsam von allen vier alliierten Siegermächten besetzten Stadt zeigte sich deutlich die Trennlinie zwei gegeneinander stehender politischer Systeme. Die Sowjetunion hatte immer wieder den Abzug der westalliierten Streitkräfte gefordert und eine „Freie Stadt“ Berlin schaffen wollen. Namentlich die USA waren auf keinen Fall zur Aufgabe von West-Berlin bereit.

Zwischen der Gründung der DDR und dem Mauerbau hatten etwa 2,5 Millionen Bürger der DDR ihre Heimat verlassen. Dazu nutzten sie zu großen Teilen die Verkehrsmittel Berlins. Mit der S-Bahn erschien eine Flucht in den Westen am wenigsten gefährlich. Die Staatsführung der DDR registrierte nicht nur die für sie besorgniserregende Massenflucht, sondern musste zudem einen nahen wirtschaftlichen Kollaps befürchten. Eine Lösung war die hermetische Schließung der innerdeutschen Grenze sowie eine vollständige Abriegelung des Westteils Berlins vom sowjetischen Sektor und dem Berliner Umland.



„Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten!“ Walter Ulbricht am 15. Juni 1961 auf einer internationalen Pressekonferenz

47



Kampfgruppen der DDR am Brandenburger Tor am 13. August 1961

48

Am Sonntagmorgen des 13. August 1961 – ab etwa 4.00 Uhr – zogen an den Sektorengrenzen zwischen West- und Ost-Berlin Einheiten der Volkspolizei, der Grenzpolizei und bewaffnete Betriebskampfgruppen auf, um mit provisorischen Absperrungen jeglichen Verkehr zwischen den beiden Stadthälften zu unterbinden.

Acht S-Bahn- und vier U-Bahnlinien wurden unterbrochen; 13 der 33 Bahnhöfe unterhalb Ost-Berlins wurden für mehr als 28 Jahre geschlossen. Die Sektorengrenze im Innern und die Zonengrenze am Rande der Stadt durchschnitt insgesamt 193 Straßen, wovon 62 Querverbindungen waren. Von den bis dahin noch mehr als 80 Übergängen blieben nur sieben bestehen. Über Nacht wurden Familien und Freundschaften auseinandergerissen.

Bei dem Versuch, über die nahezu unüberwindbare Mauer, die aus mehreren hintereinander liegenden Grenzbefestigungen bestand, in den Westen zu fliehen, kamen in Berlin nachweislich 100 Personen

↓ Brandenburger Tor nach dem Mauerbau am 13. August 1961

49



Mauerflucht in der Bernauer Straße im September 1961

50

ums Leben. Hinzu kamen 30 Personen ohne Fluchtabsichten und acht DDR-Grenzsoldaten. 251 zumeist ältere Reisende waren in dieser Zeit bei Grenzkontrollen zu Tode gekommen. Allein 227 Reisende erlagen im Bahnhof Friedrichstraße durch die Aufregung bei den Grenzkontrollen in erster Linie einem Herzleiden.

Der unbewaffnete Maurerlehrling Peter Fechter verblutete in der Zimmerstraße unweit des Checkpoint Charlie am 17. August 1962. Er gehört zu dem insgesamt zwischen 600 bis 800 Personen umfassenden Kreis der Mauertoten, die in der deutschen Geschichte insgesamt zu beklagen sind.



Gedenken an den erschossenen Ost-Berliner Maurerlehrling Peter Fechter († 17. August 1962) in der Kreuzberger Zimmerstraße nahe dem ehemaligen Checkpoint Charlie

51

# Das Abgeordnetenhaus von Berlin im Rathaus Schöneberg

## DAS PARLAMENT FÜR DAS LAND BERLIN



Rathaus Schöneberg nach seinem Wiederaufbau, 1959

52

Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland erhielt die westliche Teilstadt einen Landesstatus. In Anlehnung an das Grundgesetz wurde am 1. Oktober 1950 die Berliner Landesverfassung verabschiedet.

Am 3. Dezember 1950 wurde im Westteil der Stadt als Folge der neuen Berliner Landesverfassung das Abgeordnetenhaus von Berlin gewählt. In Ost-Berlin behielt das städtische Parlament bis 1990 seinen Namen Stadtverordnetenversammlung. Die erste Sitzung des Berliner Landesparlaments, des Abgeordnetenhauses, fand am 11. Januar 1951 im Rathaus Schöneberg statt. Gleichzeitig hatte hier das Exekutivorgan – der Senat von Berlin – seinen Sitz. An der Spitze stand nunmehr der Regierende Bürgermeister im Rang eines Ministerpräsidenten.



Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Louise Schroeder (SPD) am 2. April 1957

53



Wahl von Peter Lorenz (CDU, rechts im Bild) zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses am 24. April 1975

55



Der Einzug der Fraktion der Alternativen Liste (AL, später: Bündnis 90 / Die Grünen) am 11. Juni 1981

54



Wahl von Eberhard Diepgen (CDU) zum Regierenden Bürgermeister von Berlin am 9. Februar 1984

56

Das Abgeordnetenhaus konnte bis zum Ende der 11. Wahlperiode am 11. Januar 1991 seine Funktion als Landesparlament nur im Westteil der Stadt ausüben. Im westlichen Teil Berlins waren die Rechte des Abgeordnetenhauses nicht nur durch die Spaltung eingeschränkt. Es galten bis zur Wiederherstellung der deutschen Einheit die besatzungsrechtlichen Bestimmungen. Berlin war 1945 keiner Besatzungszone zugeordnet worden. Es sollte gemeinsam von allen vier Alliierten verwaltet werden. Somit konnte West-Berlin nicht unmittelbar Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland sein. Es gab aber vielfältige und enge Bindungen West-Berlins an die Bundesrepublik, jedoch keine volle politische Integration.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik galt prinzipiell für West-Berlin. Alle Bundesgesetze – bis auf wenige Ausnahmen – wurden in vereinfachten Verfahren vom Abgeordnetenhaus durch einen formalen Abstimmungsakt ausgefertigt und angewandt. Das Abgeordnetenhaus entsandte 22 von ihm delegierte Vertreter in den Deutschen Bundestag; sie hatten kein volles Stimmrecht. Das heißt, die West-Berliner hatten – anders als alle Bundesbürger – infolge des bestehenden alliierten Rechts keine Möglichkeit, direkt einen Kandidaten in den Bundestag zu wählen.

Trotz des ungewöhnlichen rechtlichen Rahmens nahm das Abgeordnetenhaus alle wesentlichen Aufgaben eines demokratisch gewählten Parlaments wahr. Es wählte die Regierung und kontrollierte im Folgenden ihre Arbeit. Zudem hatte es das Gesetzgebungsmonopol. Zu allen Sitzungen waren aufgrund internationaler Rechte die Vertreter der drei Westalliierten anwesend. Sie hatten einen Beobachterstatus inne.



Empfang der westalliierten Stadtkommandanten durch den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Walter Momper (SPD), und durch den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin, Jürgen Wohlrabe (CDU), am Vorabend der Deutschen Einheit im Rathaus Schöneberg am 2. Oktober 1990.

58

↓ Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin, 1989

57

# Die Stadtverordneten- versammlung von Ost-Berlin

EIN SCHEINPARLAMENT FÜR DIE „HAUPTSTADT DER DDR“

Der sowjetische Stadtkommandant ließ die für den 5. Dezember 1948 festgelegten Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung in seinem Sektor nicht zu, sodass die Wahlen nur in den drei Westsektoren stattfinden konnten. Zunächst amtierte in Ost-Berlin ein „provisorisch demokratischer Magistrat“ ohne eine parlamentarische Vertretung. Erst am 19. Januar 1953 erließ der Oberbürgermeister von Ost-Berlin, Friedrich Ebert jr., im Namen des „Magistrats von Groß-Berlin“ eine Verordnung, die die Bildung einer „Volksvertretung Groß-Berlin“ und von „Volksvertretungen für die Stadtbezirke“ vorsah.



Das Rote Rathaus in Ost-Berlin im April 1966

59



Die Nationale Front stellt ihre Kandidaten zur Wahl zur Stadtverordnetenversammlung vor am 10. Mai 1986

60

Vorschlagsrecht für die 130 Kandidaten hatten bis zur Festsetzung der ersten Wahlen die politischen Parteien und Massenorganisationen, wie sie im SED-Staat

zugelassen waren. Die vorgeschlagenen Mitglieder mussten wiederum vom „Ausschuss der Nationalen Front des demokratischen Deutschland der Hauptstadt Berlin“ bestätigt werden. Am 17. Oktober 1954 wurde mit der Wahl zur Volkskammer auch die erste Stadtverordnetenversammlung nach der „Einheitsliste“ der Nationalen Front gewählt. Die Volkskammer kontrollierte die gesamte Arbeit der DDR-Regierung. Die kommunalen Vertretungen Ost-Berlins wurden Anfang 1957 in den einheitlichen Staatsaufbau der DDR integriert. In den folgenden zwanzig Jahren lautete die offizielle Bezeichnung „Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin“, ehe sie im Jahr 1977 in „Stadtverordnetenversammlung von Berlin, Hauptstadt der DDR“ umbenannt wurde. Seit 1985 entsprach die Stadtverordnetenversammlung in Ost-Berlin den übrigen Regionalparlamenten in der DDR. Diese wurden offiziell als „Bezirkstage“ bezeichnet.



Empfang der indischen Ministerpräsidentin Indira Gandhi am 3. Juli 1976

61



Festsitzung im Roten Rathaus zur 750-Jahr-Feier Berlins am 28. Oktober 1987

62

Die Vertretung wählte den Oberbürgermeister und die übrigen Mitglieder des Magistrats. Die Hauptarbeit wurde in „Ständigen Kommissionen“ geleistet. Ein Recht zur Gesetzgebung hatte die Versammlung nicht.

Ost-Berlin als sowjetischer Sektor unterlag demselben alliierten Recht wie die westliche Stadthälfte. Das heißt, auch Ost-Berlin war völkerrechtlich kein integraler Bestandteil der DDR. Das bedeutet, dass Ost-Berlin von Rechts wegen nicht Sitz von staatlichen und militärischen Einrichtungen der DDR sein konnte. Anders als für das ehemalige West-Berlin hat sich die sowjetische Besatzungsmacht über die interalliierten Bestimmungen hinweggesetzt.



Weihnachtsfeier für Angehörige der Grenztruppen der DDR 1964 im Roten Rathaus

63

↓ Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im Roten Rathaus um 1975

64

# Rotes Rathaus und Rathaus Schöneberg

## DIE TAGUNGSRORTE NACH DER POLITISCHEN TEILUNG 1948

Die Einteilung Berlins in vier Sektoren



Mit der politischen Teilung der Stadt zogen im Jahr 1948 die demokratisch gewählten Stadtverordneten von SPD, CDU und LDP aus dem Ostsektor aus. Im Herbst 1948 fanden parallel in den Westsektoren und im Ostsektor zwei getrennte Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung statt. Mit der Gründung der beiden deutschen Staaten 1949 war die Spaltung Berlins endgültig vollzogen.



Rotes Rathaus in Ost-Berlin um 1965

65

Das Berliner Rathaus – unweit des Alexanderplatzes – wurde in den Jahren von 1861 bis 1871 errichtet und war seitdem Sitz des Berliner Magistrats und der Berliner Stadtverordnetenversammlung, also ein Ort für die städtische Selbstverwaltung. Beide Einrichtungen tagten in diesem Hause bis zu seiner Zer-



Empfang von ausländischen Studenten durch den Oberbürgermeister Ost-Berlins Friedrich Ebert jr. am 10. Dezember 1958 im Roten Rathaus.

66

störung während des Zweiten Weltkriegs. Nach dem Wiederaufbau des auch – im Berliner Volksmund – „Rotes Rathaus“ genannten Gebäudes tagten hier von 1955 bis 1989 der von der SED dominierte Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung von Ost-Berlin.

Das 1914 errichtete Rathaus Schöneberg war bis 1920 Sitz der Verwaltung der eigenständigen und freien Stadt Schöneberg und seit der Bildung der Einheitsgemeinde Groß-Berlin Sitz der Verwaltung des Bezirks Schöneberg. Das im Bombenkrieg weniger beschädigte Rathaus nahm nach der Spaltung der Stadtverordnetenversammlung die Vertreter der westlichen Bezirke als „Untermieter“ auf. Der Oberbürgermeister von Berlin tagte hier zum ersten Mal mit dem Magistrat im Januar 1949.

Nach der Wiedervereinigung Berlins im Zuge der Wiederherstellung der deutschen Einheit zogen die „Untermieter“ aus dem Rathaus Schöneberg wieder aus. Der Regierende Bürgermeister und die Senatskanzlei bezogen zum 1. Oktober 1991 das alte Berliner Rathaus unweit des Alexanderplatzes in der Rathausstraße. Das Abgeordnetenhaus bezog am 26. April 1993 das Gebäude des ehemaligen Preussischen Landtags, welches zu diesem Zweck wiederhergestellt wurde.



Rathaus Schöneberg, 1953

67



„Ich bin ein Berliner“ – der amerikanische Präsident J. F. Kennedy am 26. Juni 1963 vor dem Rathaus Schöneberg; rechts Willy Brandt, Regierender Bürgermeister von Berlin (SPD)

68



Sitzung des Abgeordnetenhauses im Rathaus Schöneberg, 1975

69

↓ Das Brandenburger Tor von Westen aus gesehen – kurz vor dem Bau der Mauer um 1960

70



# Das „Haus der Ministerien II“ in Ost-Berlin

## VOM MAUERBAU BIS ZUM MAUERFALL



Das ehemalige Reichsluftfahrtministerium an der Leipziger Straße, um 1950

71

Kurz nach der Gründung der DDR wurde das Ministerium für Planung eingerichtet, das bereits ein Jahr später in „Staatliche Plankommission“ (SPK) umbenannt wurde. Die bis 1989 bestehende Behörde war als zentrales Organ des Ministerrates der DDR für die Leitung und Planung der gesamten Volkswirtschaft zuständig. Seit 1972 war sie Hausherr des gesamten Gebäudekomplexes zwischen Wilhelmstraße, Leipziger Straße und Niederkirchnerstraße.



Kleiderkammer im Foyer des Hauses, um 1990

72

Der jeweilige Vorsitzende der Plankommission gehörte – mit einer kurzen zeitlichen Unterbrechung von 1965 bis 1972 – dem Politbüro des Zentralkomitees der SED an und zählte damit zu den einflussreichsten Politikern.

Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) nutzte neben einigen Räumen im Erdgeschoss des ehemaligen Preußischen Landtags vor allem Büros in der vierten Etage. 1961 wurde auf dem Dach des Gebäu-



Der nicht vollständig wiederaufgebaute Festsaal, um 1990

73

des eine „Funkaufklärungs- und Funkpeilstation“ als konspiratives Objekt „Spree“ des MfS installiert.

Von hier aus konnte der gesamte Funkverkehr im Westen Berlins abgehört werden. Die letztmalig 1987/88 erneuerte Anlage wurde ab Februar 1990 vollständig entfernt. Zur Tarnung trugen die Angehörigen des MfS die Uniformen der Grenzbrigade der Nationalen Volksarmee (NVA).



30 Jahre Gesellschaft für Sport und Technik der DDR 74

Die Zweckentfremdung der Wandelhalle reichte vom Sonderverkaufsstand für Jeans-Bekleidung bis hin zum Ausweichquartier für eine ehemals im Haus vorhandene HO-Betriebsverkaufsstelle. Es war in der DDR nicht unüblich, in wichtigen Behördensitzen wie der Plankommission eigene Verkaufsstellen zu haben. Später diente die heutige Lobby auch als Sportraum für Frauengymnastik und Aerobic. Hier unterhielt die 1952 gegründete paramilitärische Gesellschaft für Sport und Technik (GST) verschiedene Räume.

Das gesamte Areal, das südlich von der Leipziger und westlich von der Wilhelmstraße lag, war auch im Ost-Berliner Alltag nicht zugänglich. Nur aufgrund dienstlicher Belange war es möglich, die Gebäude nach mehrfachen Ausweiskontrollen überhaupt zu betreten. Darüber hinaus waren die jetzige Haupttreppenhalle und die Vorhalle zur Niederkirchnerstraße noch einmal innerhalb der Gebäudeführung durch eine weitere Mauer versperrt.



Sitzungssaal im ehemaligen Casino im ersten Obergeschoss

75

↓ Das „Haus der Ministerien II“ (der ehemalige Preußische Landtag) von der Westseite der Mauer aus gesehen – auf dem Dach die Abhöranlagen der Staatssicherheit der DDR, 1984

76



An aerial photograph of Berlin, Germany, showing a dense urban landscape with numerous buildings and green spaces. The image is overlaid with a semi-transparent blue filter. In the top right corner, there is a solid blue rectangular area containing white text.

# Das wiedervereinte Deutschland

# Das wiedervereinte Deutschland

VOM FALL DER MAUER 1989 BIS ZUR GEGENWART



Die größte Demonstration in der Geschichte der DDR am 4. November 1989 auf dem Alexanderplatz

2

*„Meine Überzeugung war es immer, dass die betonierete Teilung und dass die Teilung durch Stacheldraht und Todesstreifen gegen den Strom der Geschichte standen.“*

Willy Brandt am 10. November 1989 vor dem Rathaus Schöneberg

Im Verlauf des Jahres 1989 hatte sich die innenpolitische Lage in der DDR weiter zugespitzt. Nach dem 40. Jahrestag der DDR am 7. Oktober 1989 wurde in nahezu allen Städten und Regionen auf den Straßen für grundlegende Reformen, Grund- und Freiheitsrechte sowie für freie Wahlen demonstriert.

Die Mauer fiel am Abend des 9. November 1989, nachdem Günter Schabowski, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, auf einer Pressekonferenz eine sofortige und uneingeschränkte Reisefreiheit für alle DDR-Bürger verkündet hatte.

Der Übergang zur Demokratie vollzog sich mit der Gründung eines „Runden Tisches“, der am 7. Dezember 1989 zum ersten Mal in Berlin zusam-

mentrat. Hier wirkten neue und alte Parteien und Organisationen – wie nahezu alle neuen Bürgerrechtsbewegungen – mit, um eine neue politische Ordnung zu gestalten. Am 18. März 1990 kam es zur einzigen freien Wahl zur Volkskammer der DDR. Die Wahlbeteiligung lag bei 93,4 %. Lothar de Maizière (CDU) wurde von der Volkskammer zum ersten und einzigen demokratischen Ministerpräsidenten der DDR gewählt.



Vor dem Reichstagsgebäude in der Nacht der Wiederherstellung der Deutschen Einheit zum 3. Oktober 1990. 1: Willy Brandt (SPD), Bundeskanzler von 1969 bis 1974; 2: Hans-Dietrich Genscher; 3: Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU); 4: Bundespräsident Richard von Weizsäcker (CDU)

3



Lothar de Maizière (CDU) – erster und letzter frei gewählter Ministerpräsident der DDR im Dezember 1990

4

Gleichzeitig begannen am 13. Februar 1990 die außenpolitischen Verhandlungen zur Wiederherstellung der deutschen Einheit. Sie wurden am 12. September 1990 mit der Unterzeichnung des Zwei-Plus-Vier-Vertrages in Moskau abgeschlossen. Der Vertrag zwischen den Vertretern der vier alliierten Siegermächte und den beiden deutschen Teilstaaten mündete am 3. Oktober 1990 in die deutsche Einheit.

Berlin ist nach der föderalen Verfassungsordnung teil-souveräner Gliedstaat der Bundesrepublik Deutschland. Unter den 16 Ländern ist es als Stadt und Land zugleich eines der drei Stadtstaaten Deutschlands. Berlin als Landeshauptstadt ist gleichzeitig Bundeshauptstadt mit Sitz des Bundespräsidenten, des Bundestages, des Bundesrats und einer Vielzahl von Bundesministerien mit dem Bundeskanzleramt an der Spitze der Exekutive des Bundes.



Enthüllung des Porträts von Hans-Dietrich Genscher (FDP), Bundesminister von 1969 – 1992, im Abgeordnetenhaus von Berlin am 22. November 1994, (links: Hanna-Renate Laurien)

5

↓ Brandenburger Tor am Tag nach dem Fall der Mauer am 10. November 1989

6



# Das wiedervereinigte Parlament

EINE VOLKSVERTRETUNG FÜR ALLE BERLINER

„Wir haben in den Tagen und Wochen vor und nach dem 9. November in unbekanntem Maße erlebt, was Gemeinsinn heißt. Wir haben erlebt, was ein Volk bewegen kann, wenn es zusammensteht. Diese Lehren wollen wir für unsere zukünftige demokratische Arbeit beherzigen.“

Erklärung des Oberbürgermeisters von Berlin, Tino-Antoni Schwierzina vor der Stadtverordnetenversammlung von Berlin am 13. Juni 1990



Die konstituierende Sitzung des ersten Gesamtberliner Abgeordnetenhauses am 11. Januar 1991 in der Nikolaikirche

7

Mit der Wiederherstellung der deutschen Einheit wurde am 3. Oktober 1990 das wiedervereinigte Berlin Stadtstaat und ist seitdem – als Land und Stadt zugleich – nun mit allen Rechten und Pflichten ein Bundesland. Seit dem Fall der Mauer galt es, die beiden Parlamente der Teilstädte, das Abgeordnetenhaus und die Stadtverordnetenversammlung, sowie die beiden Regierungen, Senat und Magistrat, zusammen zu führen. Das Hauptziel der gemeinsamen Arbeit lag in der Wiederherstellung der politischen Einheit Berlins.



Die Verleihung der Ehrenbürgerwürde an den Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker (CDU) in der Berliner Nikolaikirche am 29. Juni 1990. V.l.n.r. Oberbürgermeister von Ost-Berlin, Tino Schwierzina (SPD); der Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin, Jürgen Wohlrabe (CDU); der Bundespräsident Richard von Weizsäcker (CDU); die Präsidentin der Stadtverordnetenversammlung von Ost-Berlin, Christine Bergmann (SPD), und der Regierende Bürgermeister von Berlin, Walter Momper (SPD).

8



Nikolaikirche

9

In Ost-Berlin wurde die erste Stadtverordnetenversammlung nach dem Umbruch in der DDR am 6. Mai 1990 frei gewählt. Daraus war die SPD mit 34 % als Sieger hervorgegangen. SPD und CDU bildeten eine Koalition. Tino-Antoni Schwierzina (SPD) wurde zum Oberbürgermeister gewählt. Präsidentin der Stadtverordnetenversammlung, die am 29. November 1990 das letzte Mal zusammentrat, wurde Dr. Christine Bergmann (SPD).

Am 2. Dezember 1990 wurde – zeitgleich mit den Wahlen zum gesamtdeutschen Bundestag – ein neues Parlament für die gesamte Stadt, das Abgeordnetenhaus von Berlin gewählt. Die CDU wurde stärkste Kraft. Das Abgeordnetenhaus konstituierte sich am 11. Januar 1991 in der Nikolaikirche. Klaus Franke (CDU) führte dazu in seiner Rede als Alterspräsident aus: „Die Absurdität einer geteilten Stadt ist vorbei. Berlin ist endlich wieder eine Stadt, die gemeinsam ihre Probleme lösen und ihre Zukunftserwartungen gestalten kann.“

Das Gebäude des ehemaligen Preußischen Landtags während des Umbaus im Oktober 1992

10

Zu Beginn der 12. Legislaturperiode (von 1990 bis 1995) wurde Frau Dr. Hanna-Renate Laurien (CDU) am 11. Januar 1991 erste Präsidentin des Gesamtberliner Parlaments. Kurz darauf wurde Eberhard Diepgen (CDU) als erster Regierender Bürgermeister der wiedervereinigten Stadt Berlin vom Abgeordnetenhaus gewählt.



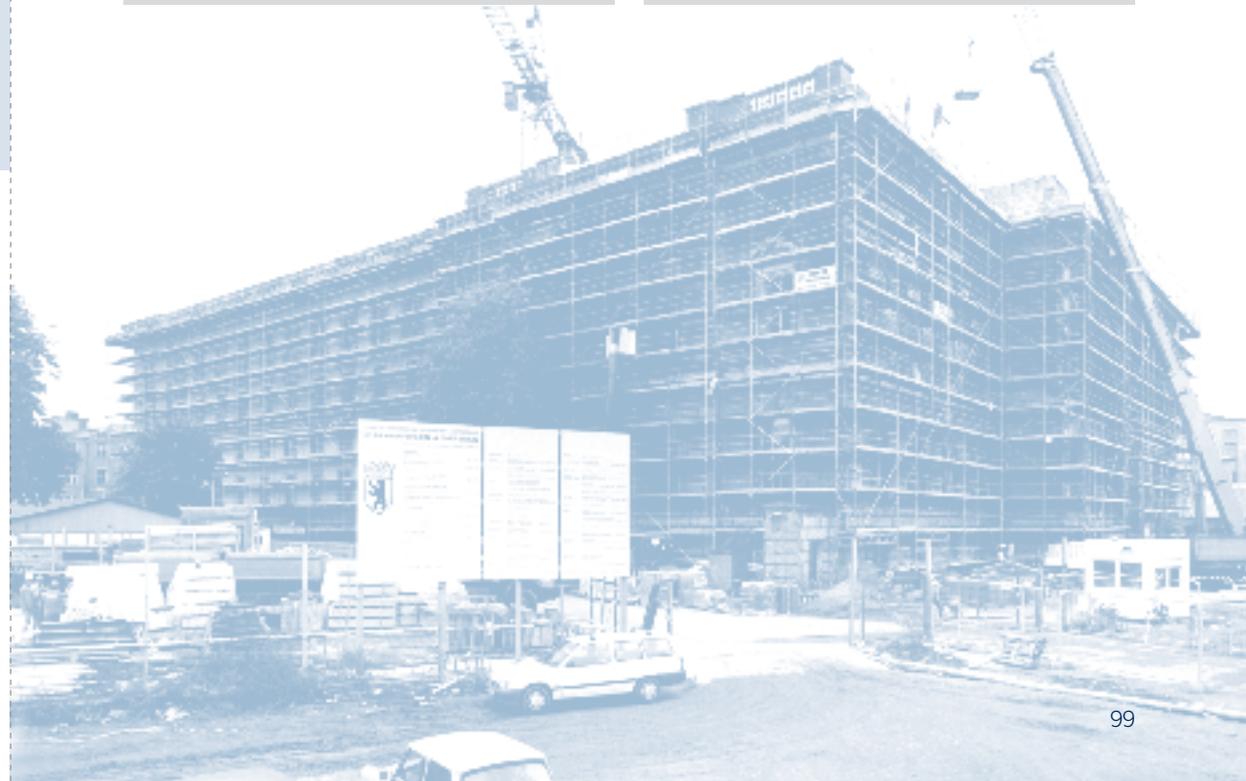
Der frühere Regierende Bürgermeister von Berlin Eberhard Diepgen (CDU) und die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin Hanna-Renate Laurien (CDU) am 11. Januar 1991

11



Festakt zum Wiederaufbau des ehemaligen Landtagsgebäudes im Plenarsaal am 17. Juni 1991

12



# Umbau und Umzug

## NEUES LEBEN IN ALTEN MAUERN



Schlüsselübergabe des Bauleiters Günter Ecker an die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin, Dr. Hanna-Renate Laurien am 28. April 1993

13

*„Indem das Berliner Abgeordnetenhhaus ‚sein Haus‘ bezieht, stellt es sich dem Aufruf, der Verpflichtung, die aus der Geschichte dieses Hauses erwachsen. Demokratie zähmt Macht, indem Grundrechte einklagbar, Wahlen frei und Gewalten geteilt sind.“*

Dr. Hanna-Renate Laurien, die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin, in ihrer Eröffnungsrede am 28. April 1993

Im Herbst 1990 wurde entschieden, das ehemalige Preußische Abgeordnetenhhaus als Domizil einer geeinten Berliner Volksvertretung herrichten zu lassen. Bis dahin lag der Plenarsaal noch in Trümmern. Am 26. November 1990 konstituierte sich die parlamentarische Baukommission. Professor Rolf Rave (Düsseldorf) wurde mit der Leitung zum Umbau des ehemaligen Preußischen Landtagsgebäudes beauftragt. Es galt, 330 Büros für Fraktionen, die Verwaltung, Presse und die technischen Dienste sowie 15 Sitzungs- und Besprechungsräume herzurichten. In dem engen zeitlichen Rahmen von nur 30 Wochen mussten Entwurf, Ausschreibung, Vergabe und Durchführung fast gleichzeitig erfolgen. Die Bauarbeiten wurden von der Baukommission begleitet, der die damalige Präsidentin Frau Dr. Hanna-Renate Laurien und die Geschäftsführer der im Abgeordnetenhhaus vertretenen Fraktionen angehörten. Der Beginn der Bauarbeiten wurde – vergleichbar mit einer Grundsteinlegung – am 17. Juni 1991 feierlich be-

gangen. In einer Bauzeit von nur 22 Monaten musste in einem hohen Tempo mehrschichtig gearbeitet werden.



Rundgang für die Mitglieder des Präsidiums des Abgeordnetenhauses im zerstörten Plenarsaal am 6. März 1991

14



Einbau eines Multivisionsraums unter dem Plenarsaal, 26. März 1992

15



Bürgerfest zur Eröffnung des Abgeordnetenhauses am 28. April 1993

17

Die Fertigstellung des Gebäudes wurde am 28. April 1993 mit einem „Bürgerfest“ gefeiert. Am 29. April fand die erste Plenarsitzung statt. Günstig wirkte sich auf die zügige Wiederherstellung die alte, noch aus der Kaiserzeit vorhandene Raumkonzeption aus. Der alte Grundriss von 1899 entspricht noch immer den heute gängigen funktionalen Anforderungen eines Parlaments an ein Tagungs- und Arbeitsgebäude.



Richtfest am zukünftigen Abgeordnetenhhaus von Berlin am 23. Juni 1992

18

↓ Plenarsaal während seines Wiederaufbaus zwischen 1991 und 1993

16

# Die Bundeshauptstadt Berlin

ART. 22 GG (1): DIE HAUPTSTADT DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND IST BERLIN



Der ehemalige Preußische Landtag als Sitz des Abgeordnetenhauses von Berlin

19

Mit Wirkung vom 1. September 2009 ist der Hauptstadtstatus Berlins Bestandteil des Grundgesetzes, das am 23. Mai 1949 in Bonn verkündet worden ist. Im Zuge der Deutschen Einheit war heftig um diese Hauptstadtfrage diskutiert und gestritten worden. Am 20. Juni 1991 hatte der Deutsche Bundestag mit

338 zu 320 Stimmen für den Umzug des Parlaments und der Regierung von Bonn nach Berlin gestimmt. In den nachfolgenden Jahren wurden dazu im Berliner Zentrum die notwendigen baulichen Vorbereitungen getroffen.



Das Bundesministerium der Finanzen in der Wilhelmstraße

20

Das Abgeordnetenhaus befindet sich heute in nächster Nachbarschaft zu einer Vielzahl von Bundes- und Ländereinrichtungen sowie internationalen Vertretungen. Das ehemalige Reichsluftfahrtministerium wurde in der DDR in „Haus der Ministerien“ (Haus I) umbenannt. Nach der Wiederherstellung der Deutschen Einheit wurde das denkmalgeschützte Gebäude

de bis 2000 als „Detlev-Rohwedder-Haus“ für den Dienstsitz des Bundesministers der Finanzen wieder hergerichtet. Ebenfalls in nächster Nähe befindet sich das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. Der Altbau in der Stresemannstraße war bereits 1916 für das Ministerium für Landwirtschaft errichtet worden. Ein angrenzender Neubau, in dessen Foyer sich ein Rest der Berliner Mauer an originalem Standort befindet, ist bis 2011 hinzugefügt worden.

Das ehemalige Gebäude für das Preußische Herrenhaus nimmt seit dem Jahr 2000 den Bundesrat auf. Es ist bis heute durch einen Gang im 1. OG mit dem Abgeordnetenhaus verbunden. Am 19. April 1999 wurde das historische Reichstagsgebäude nach seinem Umbau durch den britischen Architekten Norman Foster als Sitz des Deutschen Bundestages wieder eingeweiht.



Der Bundesrat im ehemaligen Preußischen Herrenhaus

21



Das Reichstagsgebäude als Sitz des Deutschen Bundestages

22



Die Skyline am Potsdamer Platz

23

Dem Abgeordnetenhaus gegenüber erhebt sich der Martin-Gropius-Bau. Neben diesem Ausstellungsbau ist ein weiterer Rest der Berliner Mauer zu sehen. Die Bundesregierung und der Berliner Senat haben auf dem gegenüberliegenden Prinz-Albrecht-Gelände einen Neubau für das Dokumentationszentrum „Topographie des Terrors“ errichten lassen. Unter den Erinnerungsorten, Denkmälern und Museen, mit denen in Berlin an die Zeit des Nationalsozialismus erinnert wird, nimmt die „Topographie des Terrors“ als „Ort der Täter“ eine besondere Stellung ein. Im Zentrum der Hauptstadt informiert sie am authentischen Ort über die Zentralen des SS- und Polizeistaats und macht die europäische Dimension der NS-Schreckensherrschaft sichtbar.

Das größte innerstädtische Bauvorhaben Europas, das nach 1990 realisiert wurde, ist der Potsdamer Platz. Im Sony-Center ist nicht nur der Vorstand der Deutschen Bahn angesiedelt, sondern auch das international viel beachtete Filmmuseum.

In fußläufiger Entfernung zum Berliner Parlamentsgebäude befinden sich zudem eine Vielzahl von Landesvertretungen, aber auch die Botschaften von Kanada und Singapur.



Dokumentationszentrum Topographie des Terrors, Ausstellungsgraben

24



Martin-Gropius-Bau – Ort für wechselnde Kunstausstellungen

25

↓ Das Abgeordnetenhaus im Zentrum der Bundeshauptstadt Berlin

26

# Der Plenarsaal

## DAS DEMOKRATISCHE HERZ BERLINS

„Dieser Platz hier zeigt, wozu Historienbetrachtung nötig ist: Er demonstriert, was Geschichte anrichten kann und nie mehr anrichten darf, was Geschichte ausrichten und auch wieder einrichten kann.“

August Everding, Generalintendant des Bayerischen Staatstheaters, aus der Festrede „Kultur und Politik“ am Tag der Einweihung des Gebäudes am 28. April 1993

In der Mitte des Hauses liegt der etwa 1 000 qm große Plenarsaal. In der Regel kommen hier die Berliner Volksvertreter alle 14 Tage donnerstags zur öffentlichen Sitzung zusammen. Nach der Verfassung des Landes Berlin sind bei einer Wahl zum Abgeordnetenhaus mindestens 130 Sitze zu vergeben.



Blick in den Plenarsaal des Abgeordnetenhauses, Dezember 2011

27



Die Banner im Plenarsaal, 2014

28

Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus finden in der Regel alle fünf Jahre statt. Das Land Berlin verfügt derzeit über 78 Wahlkreise. Die Kandidaten werden nach dem Mehrheitswahlrecht gewählt. Es ziehen diejenigen Kandidaten in das Abgeordnetenhaus ein, die von den Wählerinnen und Wählern in ihrem Wahlkreis die jeweils meisten abgegebenen

gültigen Stimmen in geheimer Wahl erhalten haben. Nach dem Verhältniswahlrecht ziehen weitere Abgeordnete in das Parlament ein. Mit der zweiten Stimme entscheidet sich der Wähler für eine Partei. Damit bestimmt er das Größen- und Kräfteverhältnis der Parteien insgesamt im Parlament zueinander. Um

eine Fraktion bilden zu können, müssen sich mindestens 5 % der Mitglieder der verfassungsgemäßen Mindestanzahl des Parlaments zusammenschließen. Eine Fraktion muss aus mindestens sieben Abgeordneten bestehen.



Sitzung zur Wahl des Regierenden Bürgermeisters am 23. November 2006

29

In der ersten Sitzung nach einer Wahl, der so genannten konstituierenden Sitzung, wird auf Vorschlag der jeweils größten Fraktion eines seiner Mitglieder in geheimer Wahl zum Präsidenten des Hauses gewählt. Der Präsident leitet die Sitzungen und vertritt das Haus nach innen wie nach außen. Der Präsident steht dem Ältestenrat vor. Der Ältestenrat ist ein kleinerer Kreis von erfahrenen Abgeordneten aus allen im Parlament vertretenen Fraktionen, die u. a. den Sitzungswochenkalender und die Tagesordnung festlegen.

Nach dem Prinzip der Gewaltenteilung kontrolliert das Parlament die Regierung von Berlin. Der Regierende Bürgermeister ist Chef der Regierung und wird von der Mehrheit der Mitglieder des Abgeordnetenhauses in geheimer Wahl gewählt. Der Regierende

Bürgermeister ernennt nach seiner Wahl die Mitglieder der Regierung, die Senatorinnen und Senatoren. Sie sind bei den Sitzungen anwesend und stehen Rede und Antwort. Das Abgeordnetenhaus hat das Recht, dem Regierenden Bürgermeister das Misstrauen auszusprechen.

Das Parlament tagt öffentlich. Entlang der Südseite erstreckt sich bis zur Ost- und Westseite eine Besuchertribüne, auf der 120 Besucher und 60 Pressevertreter Platz finden können. Die gläserne Dachkonstruktion stammt noch im Kern aus der Umbaumaßnahme zum „Haus der Flieger“. Sie dient zur weiteren Belichtung des Plenarsaals. Der lichtdurchflutete Raum symbolisiert die Durchlässigkeit und Transparenz der Demokratie.



Die Vereidigung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin Klaus Wowereit (SPD) durch den Präsidenten des Abgeordnetenhaus Reinhard Führer (CDU) am 16. Juni 2001

30



Begrüßungsansprache des Präsidenten des Abgeordnetenhaus von Berlin Walter Momper während des Festaktes des Abgeordnetenhaus und des Senats zum 20. Jahrestag der Wiedervereinigung Berlins am 2. Oktober 2010

31

↓ Alle vierzehn Tage donnerstags findet eine öffentliche Sitzung der Berliner Volksvertretung statt – Blick in den Plenarsaal

32

# Kunst und Politik

## EINE BEDEUTSAME UND FRUCHTBARE BEZIEHUNG

Matthias Koeppel: Triptychon zum Fall der Berliner Mauer im Abgeordnetenrestaurant (Casino), 1996/97

33



Bernhard Heiliger: Büste für den Regierenden Bürgermeister Ernst Reuter (SPD) in der Galerie im dritten Obergeschoss

35

Karl Horst Hödicke: Fünf Werke ohne Titel im dritten Obergeschoss

34



Gegenwärtig ist es in entsprechenden Regelungen des Landes Berlin verankert, etwa 1 % der anrechenbaren Baukosten für staatliche Bauten für ein begleitendes Konzept „Kunst am Bau“ auszugeben. Der tatsächliche Anteil liegt durchschnittlich bei 0,5 bis 1,5 %. Die Verpflichtung des Staates, als Bauherr eine Vernetzung von Politik und Kunst durchzusetzen, geht bereits auf einen Erlass des preußischen Ministers des Innern aus dem Jahre 1928 zurück. Im Nationalsozialismus wurde diese Verpflichtung 1934 erneuert, wenn auch mit völlig anderen Kunst-inhalten als zuvor.

Nach dem Zweiten Weltkrieg erneuerten beide deutschen Staaten ihr Bemühen, weiterhin dauerhaft im Innen- wie Außenbereich Kunstwerke an staatlichen und städtischen Gebäuden anzubringen. Der Bundestag verpflichtete sich 1950 dazu in einem entsprechenden Beschluss; ähnlich verfuhr die DDR mit einem Gesetz im Jahr 1952. Das Abgeordnetenhaus von Berlin stellte sich auf vielfältige Weise dieser Form von Kunstförderung.

Die Wandelhalle oder Lobby, die dem Plenarsaal in der ersten Etage vorgelagert ist, spiegelt verschiedene Zeithorizonte der hundertjährigen Baugeschichte des Gebäudes wider. Die wenigen Fragmente aus der Kaiserzeit, die originalen Pfeilerbündel in den vier Ecken des Raumes, wurden freigelegt und restauriert. Die Gestaltung der Decke mit einer modernen Licht-Glas-Installation nach den Entwürfen des Lübecker Künstlers Jakob Mattner verweisen wie das Mobiliar und die Wandlampen auf die heutige Zeit. Mattner lotet in seinem vielschichtigen Werk Aspekte von Licht und Schatten aus.

Im ersten Obergeschoss befindet sich am östlichen Ende der repräsentativen Saalflucht das Restaurant („Casino“) für die Abgeordneten und Gäste des Parlaments. Dort hängen zwei Werke des Berliner Malers Matthias Koeppel. Bei einem der Werke handelt es sich um die Kopie des Gemäldes „Die Senatsmannschaft vor dem Gropiusbau“ von 1987. Das Original befindet sich weiterhin im Rathaus Schöneberg, dem ehemaligen Sitz des Berliner Landesparlaments. Das zweite Werk ist Koeppels 1996/97 entstandenes Triptychon (dreiteiliges Bild) „Die Öffnung der Berliner Mauer“. Koeppel zeichnet die Situation des Falls der Mauer in den Novembertagen 1989 nach, wobei aber die darin dargestellten Spitzenpolitiker dieser Zeit allein der künstlerischen Freiheit des Malers geschuldet sind.



Ehrenbürgergalerie im ersten Obergeschoss, 2014

36

Der noch in der DDR geplante Wiederaufbau des Festsaals nach historischen Vorlagen ist nach der Wiedervereinigung zugunsten einer modernen Gestaltung mit modernen Beleuchtungskörpern und einem neuen Parkett aufgegeben worden. Gäste des Hauses können an der Längsseite des Raumes, gegenüber der Fensterfront, das Werk „Rot-Blau-Grün“ des längst zu Weltruhm gelangten Gegenwarts-künstlers Gerhard Richter bewundern. Der 1932 in Dresden geborene Maler hatte seine künstlerische Laufbahn mit der Verfremdung von Fotografien begonnen. Es ist durchaus möglich, in den fünf großformatigen Einzelbildern im Wasser gespiegelte Stadt- oder Uferlandschaften erkennen zu wollen. Die zur Zeit des Umbaus im Amt befindliche Parlamentspräsidentin Dr. Hanna-Renate Laurien beauftragte den Künstler.



Gerhard Richter: Rot-Blau-Grün im Festsaal im dritten Obergeschoss, 2014

37

↓ „Galerie im dritten Obergeschoss“ mit der Galerie der Porträtbüsten bedeutender Politiker in Berlin

38

# Ein weltoffenes und tolerantes Haus

## AUFGABEN UND INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN EINES MODERNEN PARLAMENTS



Besuch der Botschafterfrauen des Berliner Diplomatensclubs beim Auswärtigen Amt e. V. „Willkommen in Berlin“ im Abgeordnetenhaus von Berlin am 6. März 2013

39

Das Abgeordnetenhaus von Berlin ist die demokratisch gewählte Volksvertretung aller etwa 2,5 Millionen Berliner Wählerinnen und Wähler. Das Parlament ist aber nicht nur die Vertretung der Wahlberechtigten, sondern tritt für die Belange und Interessen aller Menschen ein, die in Berlin leben. Die Beschlüsse und Gesetze sind für alle bindend.

Das Abgeordnetenhaus präsentiert sich als offenes Haus, in dem eine Vielzahl von bürgernahen Veranstaltungen wie Ausstellungen, Lesungen, Empfänge oder auch der „Tag der offenen Tür“ stattfinden. Das Parlament unterhält auch eine Vielzahl von nationalen und internationalen Kontakten und Verbindungen.

Ein wichtiges Augenmerk liegt dabei vor allem auf der Pflege der auswärtigen Städteverbindungen des Landes Berlin. Das Land Berlin unterhält Partnerschaften mit derzeit 17 Städten auf der ganzen Welt. Die meisten Beziehungen wurden nach Wiederherstellung der deutschen Einheit eingegangen. Es sind Partnerschaften mit Brüssel, Budapest, Buenos Aires, Istanbul, Jakarta, London, Los Angeles, Madrid, Mexiko-Stadt, Moskau, Paris, Peking, Prag, Taschkent, Tokio, Warschau und Windhuk. Mit weiteren Städten gibt es projektorientierte Kooperationen. Die Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und die Knüpfung neuer wirtschaftlicher Kontakte sind wichtige Ziele. Ein weiteres wichtiges Ziel ist der Kulturaustausch mit den Partnerstädten. Konkrete Kultur-, Wissenschafts- und Sportveranstaltungen werden für alle Bürger ausgerichtet. Studienaufenthalte und Programme zum Jugendaustausch werden ermöglicht und gefördert.



Unterzeichnung der Schlussklärung der 8. Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der Parlamente der EU-Hauptstadtregionen am 21. April 2009 im Festsaal des Abgeordnetenhauses von Berlin

40

Es gibt Möglichkeiten, verdiente Bürgerinnen und Bürger zu ehren. Die Ehrenbürgerschaft ist dabei die höchste Auszeichnung, die vom Land Berlin vergeben werden kann. Seit der Einführung 1808 sind weit mehr als 100 Personen mit dieser hohen Ehre ausgezeichnet worden. Eine Auswahl an Porträts ist in der Ehrenbürgergalerie im ersten Obergeschoss zu sehen. Zu den Ehrenbürgerinnen gehört die Sozialdemokratin Louise Schroeder (1887 – 1957). In Gedenken an diese bedeutende Nachkriegspolitikerin Berlins wurde 1998 auf Anregung von Parlamentarierinnen des Abgeordnetenhauses von Berlin eine gleichnamige Medaille gestiftet.



43

Mit der Louise-Schroeder-Medaille soll eine Persönlichkeit oder eine Institution geehrt werden, die dem politischen und persönlichen Vermächtnis Louise Schroeders in herausragender Weise Rechnung trägt. Das Stiftungsrecht liegt seit 2003 beim Präsidenten des Abgeordnetenhauses. Neben vielen anderen bedeutenden Frauen gehören die Publizistin Carola Stern und die langjährige Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts Jutta Limbach zu den Geehrten.



Besuch einer Delegation des Stadtparlaments von Buenos Aires und Unterzeichnung eines Protokolls über die Zusammenarbeit und den Austausch zwischen dem Abgeordnetenhaus von Berlin und dem Stadtparlament der Autonomen Stadt Buenos Aires im Festsaal am 17. Mai 2014

41

↓ Seit dem Bürgerfest zur Eröffnung des Hauses am 28. April 1993: Ort einer transparenten Politik

42



Besuch der Parlamentspräsidentin von Albanien, Jozefina Topalli, beim Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin, Ralf Wieland, am 8. Februar 2012

44



# Berlin summt

## EIN FLEISSIGES VÖLKCHEN IM HAUSE



Über den Dächern Berlins betreuen zwei Imker das Bienenvolk

45

Auf dem Dach des Parlamentsgebäudes herrscht emsiges Treiben. Seit Frühjahr 2011 werden an mittlerweile 19 bedeutenden Standorten der Hauptstadt Bienenstöcke aufgestellt und unterhalten. Erfahrene Imker und die Hausherrn der zumeist öffentlichen Gebäude kooperieren miteinander. Dazu gehört auch der Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin. Mit der Aktion wird einerseits auf den Missstand der ständig abnehmenden Zahl von Berufsimkern hingewiesen, andererseits aber auf die schwierigen natürlichen Bedingungen für die heutigen Bienenvölker, da Parasiten, Krankheiten, Pestizide und mangelndes Nahrungsangebot insgesamt zunehmen.

Zu den Standorten in Berlin zählen neben dem Abgeordnetenhaus auch das Jagdschloss Grunewald, der Berliner Dom, das Haus der Kulturen der Welt (Kongresshalle) oder das Rathaus Marzahn-Hellersdorf. Etwa 50 000 Honigbienen sind auf dem Dach untergebracht. Aus Sicherheitsgründen ist dieser Teil des Hauses nicht öffentlich zu besichtigen.

Die „Stiftung für Mensch und Umwelt“ mit Sitz in Berlin-Zehlendorf setzt sich mit besonderem Schwerpunkt für die Erhaltung der natürlichen Ressourcen, insbesondere der biologischen Vielfalt, ein. In diesem Zusammenhang wurde die Initiative „Berlin summt!“ gestartet. Der betreuende Imker, Heinz Risse, spricht von der wichtigen „ökologischen und nachhaltigen Erzeugung des Lebensmittels Honig“. Stadtbienen finden oftmals bessere Bedingungen als Landbienen vor. Pflanzenschutzmittel kommen – anders als

auf dem Land – in einer Großstadtmitte nicht zum Einsatz.

Das Projekt ist mehrfach ausgezeichnet worden, so von der UN-Dekade Biologische Vielfalt (2011) oder auch der Initiative „Deutschland – Land der Ideen“ (2013/14). Es besteht darüber hinaus eine Kooperation mit dem benachbarten Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit.



Der Imker bei seiner Arbeit auf dem Dach des Abgeordnetenhauses von Berlin, September 2014

46



Beliebtes Gastgeschenk des Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin – der hauseigene Honig

47



Blick vom Dach auf den Vorplatz des Landtages, um 1933

48

Laut einem Gutachten des Landesinstituts für Bienenkunde in Hohen-Neuendorf b. Berlin ist der in der Innenstadt gewonnene Honig nicht zu beanstanden. Er stammt aus einer Vielzahl von Blüten, vor allem von der Edelkastanie und der Linde, und trägt die Bezeichnung „Sommerblüte“.

Schon einmal gab es in der Geschichte des Abgeordnetenhauses ein Bienenvolk. Die größte Imkerei Berlins befand sich zu Beginn der 30er-Jahre auf dem Dach des Preußischen Landtagsgebäudes in der Prinz-Albrecht-Straße. Die Imkerei gehörte einem Verwaltungsbeamten des Landtages. Der Züchter schätzte seinen Bestand auf ungefähr eine Million Bienen in zwölf Bienenvölkern. Die Fotografien von Willy Römer (1887 – 1979) belegen das. Diese seltenen Motive aus der Umgebung des Landtages vermitteln eine beschauliche Ruhe und eine trügerische Idylle, die zum Ende der Weimarer Republik in der Realität nicht mehr gegeben war.



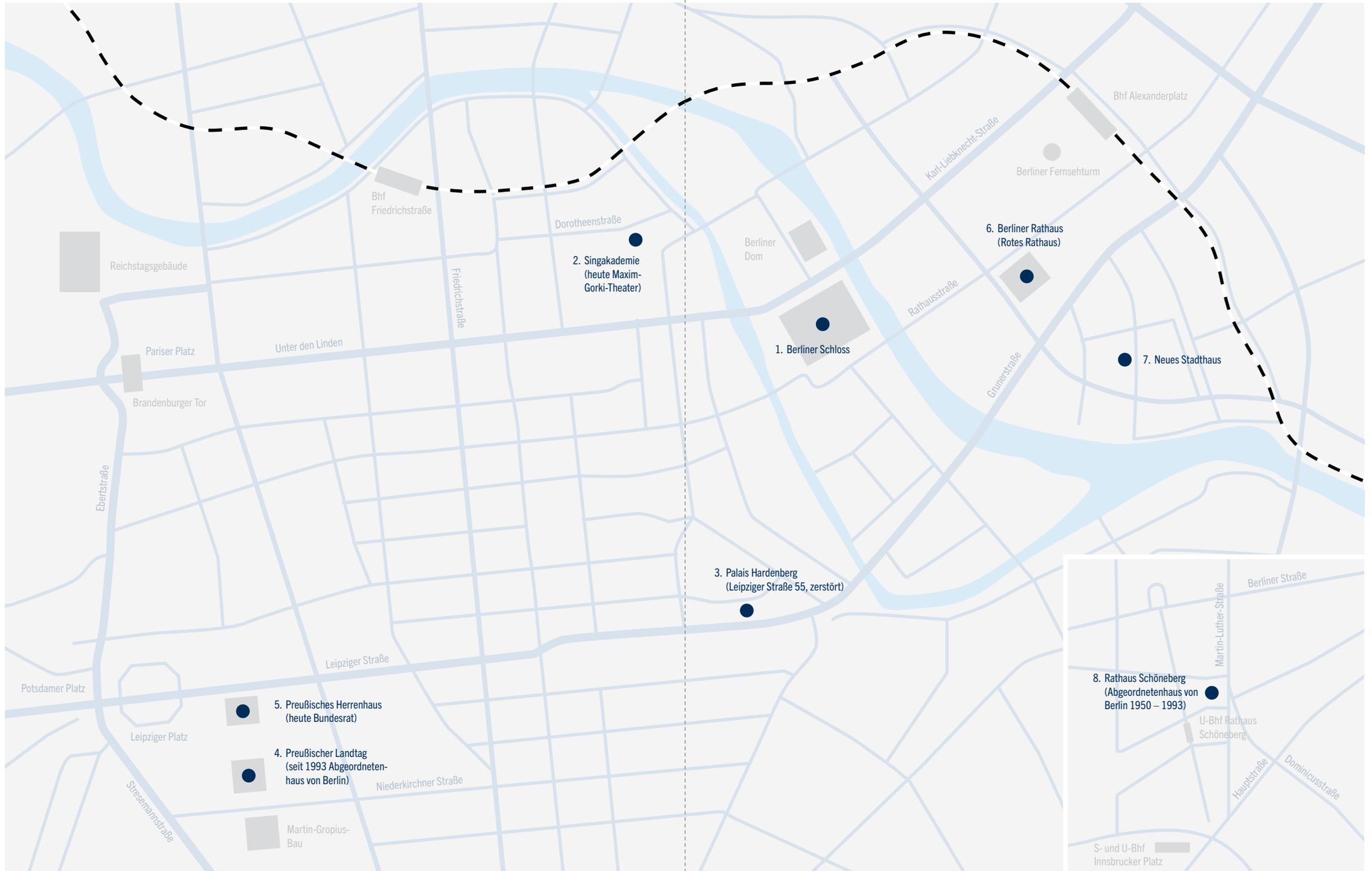
Der Imker bei seiner Arbeit auf dem Dach des Landtages, um 1933

49

↓ Blick vom Dach des Landtages auf den Garten mit der ehemaligen Dienstvilla für den preußischen Handelsminister, um 1933

50

# SCHAUPLÄTZE DER BERLINER PARLAMENTSGESCHICHTE

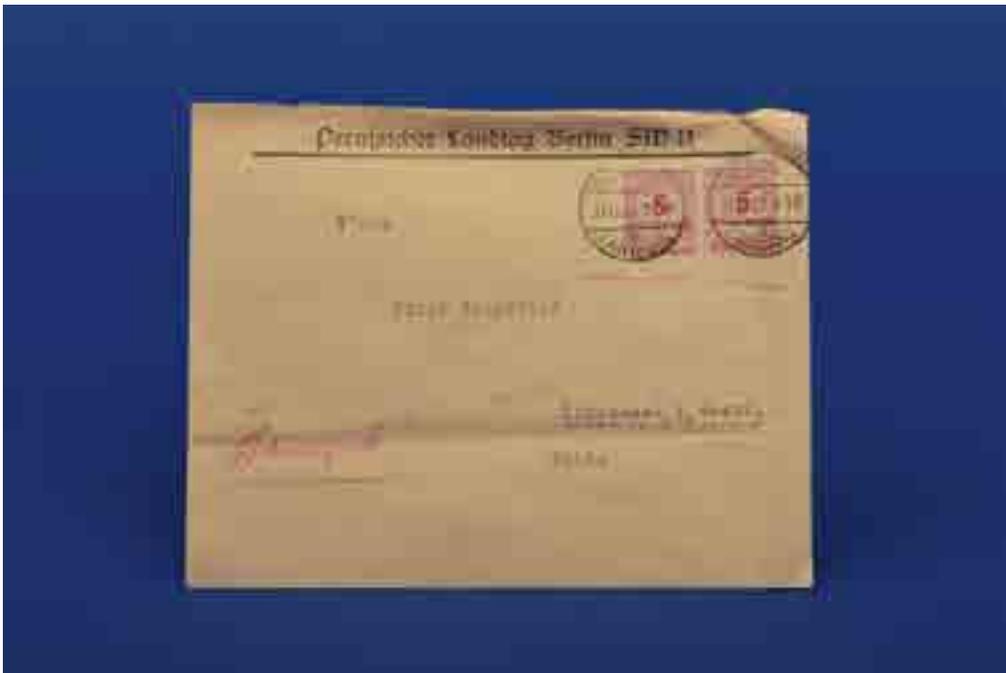




Siegelmarke der Preußischen Post für den Preußischen Landtag



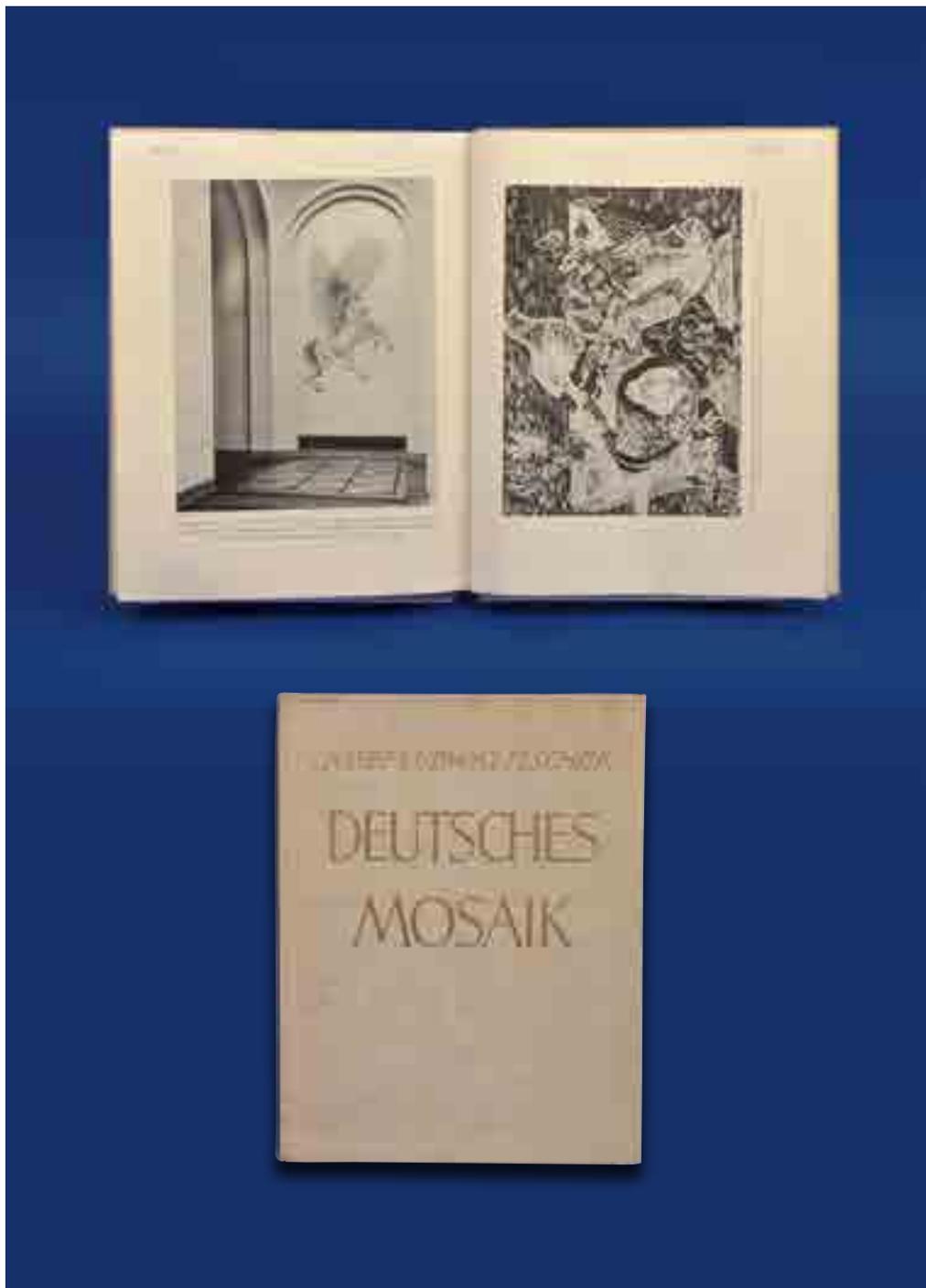
Aufzug-Schild. In der für die damaligen Verhältnisse bereits modernen Bibliothek befand sich im Büchermagazin ein vom Erdgeschoss bis unter das Dach reichender Bücheraufzug



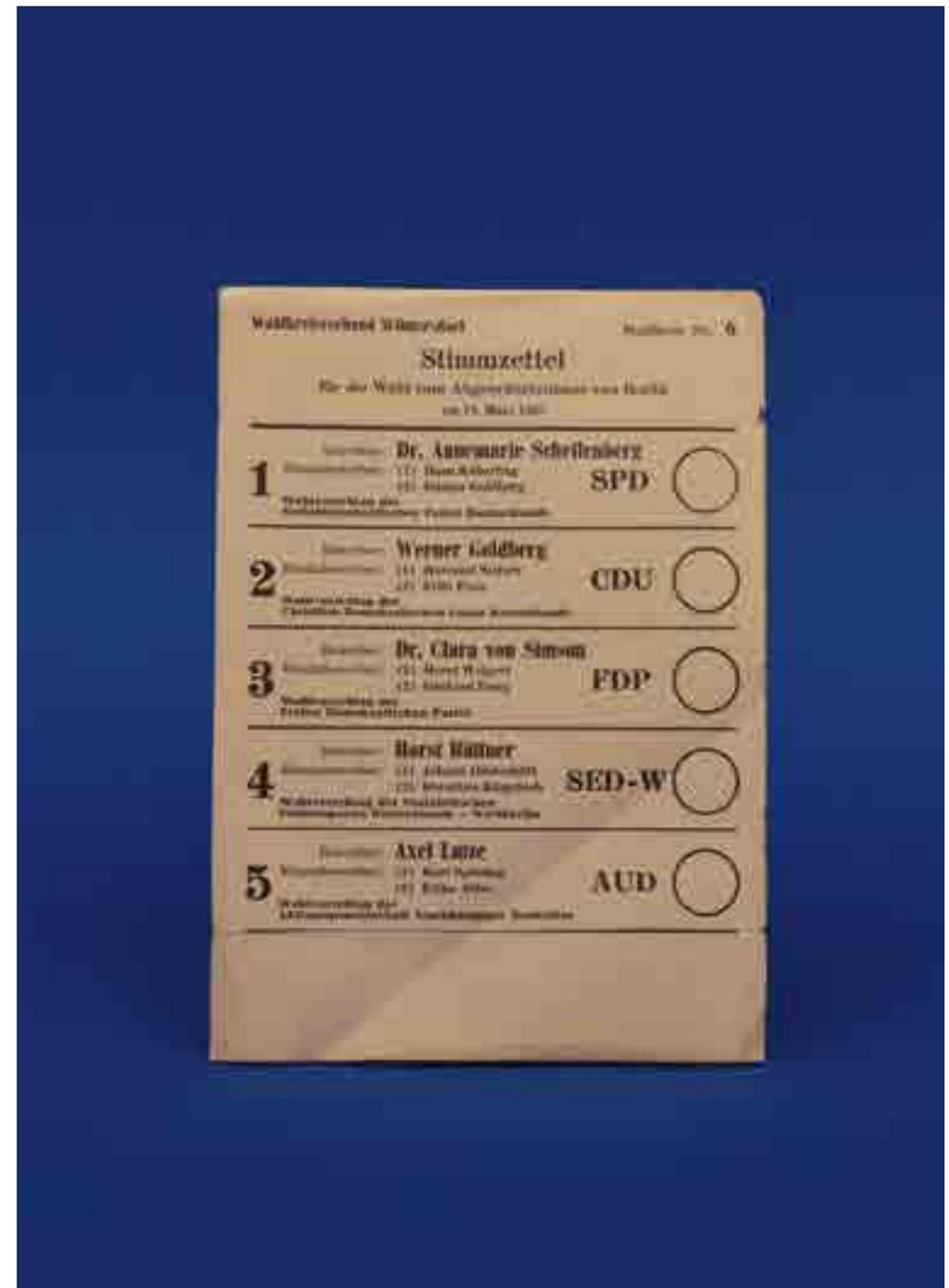
Amtlicher Briefumschlag der Verwaltung des Preußischen Landtages vom 31. Oktober 1923



„Lipsia“-Rechenmaschine, um 1930



Wandmosaik in der Wandelhalle im „Haus der Flieger“, 1938, Abb. aus: „Deutsches Mosaik“, Josef Ludwig Fischer, Leipzig 1939



Stimmzettel zu den Wahlen zum Abgeordnetenhaus am 12. März 1967





Reste der Berliner Mauer, 1989. Fundstelle in der Umgebung des Abgeordnetenhauses, Potsdamer Platz



Munitionsreste aus dem Zweiten Weltkrieg. Fundstelle auf dem Grundstück des Abgeordnetenhauses während der Umbauarbeiten 1991 – 1993

## REGISTER

### PERSONENREGISTER

Adenauer, Konrad	55	Heinemann, Gustav	44
Auguste Viktoria, Deutsche Kaiserin	22	Heuss, Theodor	44, 66
Baden, Max Prinz von	41	Hindenburg, Paul von	48, 50, 51
Bauer, Fritz	64	Hirsch, Paul	35
Beck, Ludwig	57	Hitler, Adolf	39, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 57, 60, 61, 63, 65
Begas, Reinhold	11	Hödicke, Karl Horst	104
Bergmann, Alexander	64	Hörsing, Otto	44, 45
Bergmann, Christine	96, 97	Jandorf, Adolf	24
Bismarck, Otto Fürst von	22, 23	Kant, Immanuel	10
Böschen, Heinrich	55	Kennedy, John F.	89
Bonhoeffer, Dietrich	48	Kerr, Alfred	26
Borsig, August	24	Kerrl, Hanns	62
Brandt, Willy	4, 82, 89, 94	Klausner, Gertrud	58
Braun, Alfred	56	Kochmann, Arthur	58
Braun, Lily	22	Koch, Robert	25
Braun, Otto	54, 55, 58	Koeppel, Matthias	104, 105
Brecht, Bertolt	80	Kohl, Helmut	94
Brüning, Heinrich	57	Kollwitz, Käthe	34
Clay, Lucius D.	78	Laurien, Hanna-Renate	95, 97, 98, 105
Diepgen, Eberhard	84, 97	Leber, Julius	44, 61
Dimitroff, Georgi	60	Lemmer, Ernst	81
Ebert, Friedrich	39, 41, 42, 55	Letterhaus, Bernhard	57
Ebert, Friedrich jr.	56, 86, 88	Lichtenstein, Max	58
Eisner, Kurt	40	Liebknecht, Karl	41, 42, 43
Engels, Friedrich	9	Lilienthal, Otto	25
Everding, August	102	Limbach, Jutta	107
Fechter, Peter	83	Limburg Stirum, Graf zu	29
Ferdinand I. Kaiser von Österreich	13	Lincke, Paul	25
Fichte, Johann Gottlieb	10	Litzmann, Karl	52
Flesch, Hans	56	Löbe, Paul	44
Foster, Norman	100	Loewe, Ludwig	24
Franke, Klaus	97	Lorenz, Peter	84
Freisler, Roland	60, 61	Louis-Philippe I., König von Frankreich	13
Friedensburg, Ferdinand	44	Luise, Königin von Preußen	10
Friedrich Wilhelm III, König von Preußen	8, 10, 16	Luxemburg, Rosa	41, 42, 43
Friedrich Wilhelm IV, König von Preußen	12, 13, 16, 17	Magnus, Kurt	56
Führer, Reinhard	103	Maizière, Lothar de	94
Genscher, Hans-Dietrich	92, 93	Mann, Thomas	58
Giesecke, Heinz	56	Marx, Karl	9
Ghandi, Indira	87	Mattner, Jakob	104
Goerdeler, Carl	57	Mendelssohn, Abraham	14
Göring, Hermann	53, 62, 63	Mendelssohn, Moses	14
Götze, Johannes	11	Mendelssohn-Bartholdy, Felix	14
Gotzkowsky, Ernst	14, 15	Metternich, Clemens Fürst von	8, 13
Grimme, Adolf	58	Moltke, Helmuth James Graf von	61
Grotewohl, Otto	74	Momper, Walter	11, 85, 96, 103
Hardenberg, Karl August Fürst von	10, 11	Müller, Richard	40
Harnack, Arvid	61	Napoleon Bonaparte	8, 12
Heiliger, Bernhard	104	Ossietzky, Carl von	50
Heilmann, Ernst	56	Pieck, Wilhelm	43
		Plivier, Theodor	38
		Rave, Rolf	98
		Reuter, Ernst	75, 104

Richter, Gerhard	105	Filmmuseum	101
Römer, Willy	109	Frankreich	8, 9, 12, 55, 68, 70
Sagebiel, Ernst	62	Frauenfrage	32
Schabowski, Günter	94	Frauentag	33
Scheidemann, Philipp	38, 41, 51	Frauenwahlrecht	32, 33
Schievelbein, Hermann	11	Gesellschaft für Sport und Technik	91
Schlegelberger, Franz	64	Großbritannien	12, 68, 70
Scholl, Hans	61	Grundlagenvertrag	69
Scholl, Sophie	61	Hohenzollern	12, 18, 22
Schreiber, Walther	59	Juristenkonferenz von 1941	64
Schroeder, Louise	84, 107	Königliche Porzellanmanufaktur (KPM)	15, 30, 113
Schulze, Friedrich	15, 28	Kreisauer Kreis	61
Schumacher, Kurt	44	Kunst am Bau	104
Schwierzina, Tino-Antoni	96, 97	Londoner Protokoll	70
Siemens, Werner von	24	Louise-Schroeder-Medaille	107
Sonnemann, Emmy	63	Luftbrücke	78
Stalin, Josef	81	Märzrevolution	9, 12, 13, 17
Stauffenberg, Claus Graf Schenk von	57	Marshallplan	69, 78
Stein, Karl Reichsfreiherr vom und zum	10, 11	Mauer	66, 68, 69, 82, 83, 89, 91, 94, 95, 96, 100, 101, 104, 105, 120
Stern, Carola	107	Ministerium für Staatssicherheit	80, 90
Stresemann, Gustav	55	Ministerrat (der DDR)	74, 75, 90
Suhr, Otto	77	Monarchie	9, 12, 16, 18, 23, 41, 42, 48, 54, 55
Truman, Harry S.	78	Nationale Volksarmee (NVA)	80, 90
Ulbricht, Walter	72, 80, 81, 82	Nationalsozialismus	47, 48, 65, 101, 104
Wagner, Gerhard	63	Nationalversammlung	9, 13, 17, 38, 41, 42, 43
Weizsäcker, Richard von	94, 96	Novemberrevolution	40, 41, 43
Wels, Otto	51, 56	Preußen	3, 8, 9, 10, 12, 13, 16, 17, 18, 19, 22, 23, 24, 26, 34, 45, 52, 54, 56, 62, 76
Wermuth, Adolf	35	Preußenschlag	45
Werner, Arthur	72	Preußischer Staatsrat	55
Wertheim, Georg	24	Reichsärztekammer	63
Wieland, Ralf	3, 107	Reichsbanner	44, 45
Wilhelm I., Deutscher Kaiser	9, 52	Reichshauptstadt	18, 22, 24, 70, 76
Wilhelm II, Deutscher Kaiser	22, 23, 41	Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte	42, 43
Wohlrabe, Jürgen	85, 96	Reichstagsbrandprozess	60
Wowereit, Klaus	103	Rote Kapelle	61
Zetkin, Clara	32, 33	Shoah	49

### SACHREGISTER

Aero-Club	62, 63
„Aktion T4“	64, 65
Berlinale	107
Besatzungszone	70, 73, 74, 85
Blockade	4, 77, 78, 79
DDR	43, 66, 68, 69, 74, 75, 80, 81, 82, 83, 86, 87, 90, 91, 94, 97, 100, 104, 105, 118
Deutsche Bahn	101
Deutsche Einheit	85, 89, 94, 95, 96, 100, 106
Deutscher Bund	8, 12
Deutscher Bundestag	61, 85, 95, 97, 100, 101, 104, 126
Deutsches Reich	22, 38, 40, 68, 76
Einheitsgemeinde Groß-Berlin	34, 35, 72, 86, 89
Ehrenbürger	84, 96, 105, 107
Ermächtigungsgesetz	50, 51, 56, 57, 60
Erster Weltkrieg	19, 22, 32, 33, 34, 38, 40, 44, 48, 56, 57
„Euthanasie“	64, 65
Städteordnung	10
Stein-Hardenbergsche Reformen	8, 10
Stiftung für Mensch und Umwelt	108
Vereiniger Landtag	16
Verordnung zum Schutz von Volk und Staat	50
Versailler Vertrag	38, 44, 48
Viermächte-Abkommen	69
Volksaufstand – 17. Juni 1953	4, 69, 80, 81
Volksgerichtshof	57, 60, 61
Währungsreform	77, 78
Weimarer Verfassung	41, 45, 53
Weltwirtschaftskrise	39
Widerstand	10, 32, 40, 48, 57, 58, 69, 101
Zwei-Plus-Vier-Vertrag	95
Zweiter Weltkrieg	4, 11, 14, 18, 31, 49, 57, 59, 60, 63, 68, 88, 104, 116, 121

PARLAMEN­TARISCHE BEGRIFFE

Ältestenrat 103  
 Besuchertribüne 103  
 CDU (Christlich Demokratische Union) 44, 59, 68, 72, 76, 81, 84, 85, 88, 94, 96, 97, 103  
 DDP (Deutsche Demokratische Partei) 44, 58, 59  
 DNPV (Deutschnationale Volkspartei) 50, 51, 53  
 Dreiklassenwahlrecht 17, 19, 26, 27  
 Exekutive 74, 84, 95  
 FDP (Freie Demokratische Partei) 44, 95  
 Fraktion 48, 51, 54, 56, 76, 84, 98, 102, 103  
 Gewaltenteilung 48, 51, 60, 103  
 Grundgesetz 68, 84, 85, 100  
 Judikative 60  
 KPD (Kommunistische Partei Deutschlands) 39, 41, 42, 43, 45, 50, 52, 58, 59, 72, 73  
 LDP (Liberal-Demokratische Partei) 72, 76, 88  
 Legislative 60  
 Legislaturperiode 58, 97  
 Magistrat 10, 24, 34, 76, 77, 86, 87, 88, 89, 96  
 Misstrauen 44, 103  
 NSDAP (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei) 39, 48, 52, 61, 62, 63  
 Oberbürgermeister von Berlin 35, 72, 74, 89  
 Plenarsaal 5, 16, 19, 20, 28, 31, 42, 43, 50, 52, 53, 60, 62, 63, 64, 75, 97, 98, 99, 102, 103, 104  
 Präsident 3, 4, 11, 35, 39, 40, 43, 44, 45, 48, 50, 52, 53, 54, 55, 57, 58, 60, 61, 62, 74, 78, 84, 85, 87, 89, 94, 95, 96, 97, 98, 103, 105, 106, 107, 108, 109  
 Regierender Bürgermeister von Berlin 59, 89  
 Stadtverordnetenversammlung 56, 76, 77, 84, 86, 87, 88, 89, 96, 97, 116  
 SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) 69, 73, 76, 80, 81, 86, 88, 90, 94  
 Sektor 70, 71, 72, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 82, 83, 86, 87, 88  
 Senatskanzlei 89  
 Senat von Berlin 82, 84, 101  
 SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands) 11, 27, 32, 33, 34, 35, 38, 39, 41, 43, 44, 45, 50, 51, 52, 54, 55, 56, 58, 59, 72, 73, 76, 77, 84, 85, 87, 89, 94, 96, 97, 103, 104  
 USPD (Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands) 40, 41, 42, 43  
 Verfassung des Landes Berlin 102  
 Wahlkreise 19, 26, 102  
 Wahl zum Abgeordnetenhaus 102  
 Zentrum(spartei) 44, 51, 55, 57

ORTSREGISTER

Abgeordnetenhaus von Berlin 1, 3, 4, 5, 10, 11, 14, 17, 28, 29, 31, 40, 42, 43, 54, 58, 68, 71, 76, 81, 82, 84, 85, 89, 92, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 117, 120, 121  
 Altes Zuchthaus Brandenburg an der Havel 65  
 Bernburg 65  
 Bernhard-Letterhaus-Saal 29  
 Brandenburg an der Havel 65  
 Casino 29, 91, 104, 105  
 Festsaal 30, 31, 43, 62, 63, 75, 90, 105, 106, 107  
 Lobby 91, 104  
 Plenarsaal 5, 16, 19, 20, 28, 31, 42, 43, 50, 52, 53, 60, 62, 63, 75, 97, 98, 99, 102, 103, 104  
 Treppenhalle 5, 91  
 Wandelhalle 28, 91, 104, 115  
 Admiralspalast 73  
 Alexanderplatz 56, 71, 88, 94  
 Anhalter Straße 14  
 Askanischer Platz 70  
 Baden 8, 12, 16  
 Barmen 57  
 Barnim 34  
 Bayern 12, 16, 22, 40  
 Bellevuestraße 60  
 Berliner Schloss 9, 12, 13, 16, 20, 28, 43, 48, 75, 111  
 Bernauer Straße 68, 83  
 Bonn 31, 68, 100  
 Botschaft von Kanada 101  
 Botschaft von Singapur 101  
 Brandenburg 14, 18  
 Brandenburger Tor 9, 15, 40, 48, 69, 81, 83, 89, 95  
 Bremen 22  
 Bundesministerium der Finanzen 3, 68, 100  
 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit 100, 108  
 Bundesrat 3, 31, 95, 100, 101, 110  
 Charité 25, 75  
 Charlottenburg 15, 25, 34, 49, 56, 59  
 Checkpoint Charlie 25, 83  
 Columbiahaus 56  
 Dänemark 9, 32  
 Danziger Straße 70  
 Dönhoffplatz 11  
 Dom 55, 108  
 Düsseldorf 57, 98  
 Finnland 32  
 Flughafen Tegel 79  
 Flughafen Tempelhof 56, 78, 79  
 Frankfurt/Main 9, 13, 28  
 Friedrichshain 13, 25  
 Friedrichstadt 14  
 Friedrichstraße 25, 73, 83

Garnisonkirche 51  
 Gendarmenmarkt 71  
 Grunewald 33, 108  
 Hamburg 22  
 Hannover 28  
 Hansaviertel 26  
 „Haus der Flieger“ 46, 60, 62, 63, 64, 65, 103, 115  
 Haus der Kulturen der Welt 108  
 Haus der Ministerien 63, 74, 90, 91, 100, 118  
 Heil- und Pflegeanstalt Berlin-Buch 65  
 Hohen-Neuendorf 109  
 Hoppegarten 53  
 Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche 44, 70  
 Karl-Marx-Allee 81  
 Kleistpark 60, 61  
 Köln 55  
 Königliches Wilhelms-Gymnasium 60  
 Königsberg 18, 54  
 Königsplatz 15, 30  
 Kommunisches Manifest 9  
 KZ Auschwitz 49, 58  
 KZ Buchenwald 56  
 KZ Dachau 56  
 KZ Oranienburg 56, 59  
 KZ Sachsenhausen 56, 59  
 Kottbusser Tor 23  
 Kreuzberg 26, 82, 83  
 Krolloper 51  
 Leipzig 57, 60, 115  
 Leipziger Straße 5, 6, 11, 14, 15, 17, 28, 30, 31, 76, 81, 90, 91, 111  
 Lichtenberg 34  
 London 12, 13, 24, 70, 106  
 Lübeck 22, 104  
 Luisenstadt 26  
 Lustgarten 45  
 Magdeburg 44  
 Martin-Gropius-Bau 3, 14, 101, 105  
 Moskau 81, 95, 106  
 München 40  
 Münster 57  
 Neues Stadthaus 76, 77, 111  
 Neukölln 34, 53  
 Niederkirchnerstraße 14, 31, 74, 90, 91  
 Nikolaikirche 96, 97  
 Norwegen 32  
 Oberbaumbrücke 68  
 Oberlandesgericht Köln 64  
 Oberschöneweide 35  
 Österreich 8, 12, 32  
 Oranienburg 56, 59  
 Palais Hardenberg 6, 17, 28, 111  
 Palast der Republik 75  
 Paulskirche 9, 13  
 Plötzensee 56, 57, 59, 61  
 Polen 32  
 Potsdam 51  
 Potsdamer Platz 3, 4, 25, 56, 80, 101, 120  
 Prenzlauer Berg 70, 76  
 Preußischer Landtag 3, 4, 14, 15, 16, 23, 27, 28, 30, 36, 41, 42, 50, 52, 53, 56, 57, 58, 60, 61, 64, 66, 70, 74, 75, 76, 89, 90, 91, 97, 98, 101, 109, 110, 112  
 Preußisches Herrenhaus 3, 15, 17, 30, 31, 55, 76, 100, 101, 110  
 Prinz-Albrecht-Straße 14, 28, 31, 46, 62, 63, 74, 76, 109  
 Rathaus Schöneberg 3, 84, 85, 88, 89, 94, 105, 111  
 Reichsjustizministerium 65  
 Reichsluftfahrtministerium 68, 73, 74, 90, 100  
 Reichstagsgebäude 24, 39, 41, 50, 77, 94, 100, 101  
 Rixdorf 34  
 Rotes Rathaus 34, 76, 86, 87, 88, 111  
 Rheinland 55  
 Ruhrgebiet 22, 55  
 Russland 32  
 Saar 18  
 Sachsen 22  
 Schloss Charlottenburg 71  
 Schöneberg 34, 60, 89  
 Sebastianstraße 82  
 Siegessäule 41  
 Singakademie 17, 110  
 Sony-Center 101  
 Sowjetische Besatzungszone (SBZ) 70, 73, 74  
 Sowjetunion 59, 68, 70, 72, 77, 78, 82  
 Spandau 34  
 Steglitz 35  
 Stresemannstraße 14, 100  
 Schlesien 9, 18  
 Stuttgart 33  
 Taurroggen 8  
 Teltow 34  
 Tempelhof 56, 78, 79  
 Topographie des Terrors 3, 101  
 Treptower Park 27  
 Unter den Linden 11, 12, 13, 14, 17, 23, 39, 40, 45, 48  
 USA 68, 70, 78, 82  
 Versailles 8, 22, 30  
 Warschauer Straße 24  
 Weimar 37, 38, 41, 42, 43, 44, 45, 53, 57, 109  
 Wien 8, 12, 13  
 Wilhelmstraße 4, 30, 68, 73, 90, 91, 100  
 Wilmersdorf 34  
 Wittenbergplatz 24  
 Württemberg 22  
 Zehlendorf 108  
 Zimmerstraße 83

## IMPRESSUM

## AUSSTELLUNG

Verantwortlich: Der Präsident des Abgeordneten-  
hauses von Berlin, Referat Öffentlichkeitsarbeit

Text: Dr. Volker Wagner

Redaktion: René Rögner-Francke /  
Kerstin Beyermann  
Bildredaktion: Elena Herzberg  
Niederkirchnerstraße 5  
10117 Berlin  
Tel.: 030 / 2325 1060  
verwaltung@parlament-berlin.de

Gestaltung: Goscha Nowak

Herstellung: PPS. Imaging GmbH, 2014

## KATALOG

Verantwortlich: Der Präsident des Abgeordneten-  
hauses von Berlin, Referat Öffentlichkeitsarbeit

Text: Dr. Volker Wagner  
Dr. Andreas Stirn (S. 64 und 65)

Redaktion: René Rögner-Francke /  
Elena Herzberg / Dr. Andreas Stirn  
Niederkirchnerstraße 5  
10117 Berlin  
Tel.: 030 / 2325 1060  
verwaltung@parlament-berlin.de

Gestaltung: Goscha Nowak

Druck: ARNOLD group



aktualisierte 2. Auflage 2020  
ISBN 978-3-922581-14-7

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit  
des Abgeordnetenhauses von Berlin. Sie wird  
kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf  
bestimmt. Sie darf weder für Wahlwerbezwecke  
eingesetzt noch von den Parteien oder Fraktionen  
für die eigene Öffentlichkeitsarbeit verwendet  
werden.

## VOLKER WAGNER

Dr. phil., Historiker und Publizist, geb. 1962,  
Studium der Neueren Deutschen Geschichte,  
Germanistik und Betriebswirtschaftslehre an der  
TU Berlin, 1995 Promotion (Thema: Citybildung  
Berlins im 19. Jahrhundert). Verschiedene Veröf-  
fentlichungen zur Stadtgeschichte Berlins und zur  
Parlamentsgeschichte Deutschlands.

## BILDNACHWEIS

Titel: ullstein bild - Gircke  
Seite 2: Abgeordnetenhaus von Berlin / Peter Thieme  
Seite 3: Abgeordnetenhaus von Berlin

Seite 4 – 5, Das Abgeordnetenhaus von Berlin,  
ein Haus mit Geschichte:

- 1: bpk
- 2: Abgeordnetenhaus von Berlin
- 3: Archiv Dr. Volker Wagner, Berlin Treptow
- 4: Archiv Dr. Volker Wagner, Berlin Treptow
- 5: bpk / Luftbild Berlin GmbH

Seite 6 – 19, Das 19. Jahrhundert:

- 1: Landesarchiv Berlin, F Rep. 290 Nr. II12607 /  
Waldemar Titzenthaler
- 2: bpk / Kunstbibliothek, SMB / Knud Petersen
- 3: bpk
- 4: bpk
- 5: bpk / Dietmar Katz
- 6: Archiv Dr. Volker Wagner, Berlin Treptow
- 7: bpk / Villa von der Heydt, SPK
- 8: bpk
- 9: Landesarchiv Berlin
- 10: Abgeordnetenhaus von Berlin / Peter Thieme
- 11: Abgeordnetenhaus von Berlin
- 12: bpk
- 13: bpk / Kunstbibliothek, SMB / Knud Petersen
- 14: bpk
- 15: bpk
- 16: ullstein bild - ullstein bild
- 17: bpk
- 18: Landesarchiv Berlin
- 19: bpk / Staatsbibliothek zu Berlin / Ruth Schacht
- 20: bpk / Staatsbibliothek zu Berlin / Ruth Schacht
- 21: bpk / Staatsbibliothek zu Berlin /  
F. Albert Schwartz
- 22: bpk / Staatliches Museum Schwerin /  
Elke Walford
- 23: Landesarchiv Berlin
- 24: bpk / Staatsbibliothek zu Berlin /  
F. Albert Schwartz
- 25: bpk / Staatsbibliothek zu Berlin /  
F. Albert Schwartz
- 26: bpk / Staatsbibliothek zu Berlin /  
F. Albert Schwartz
- 27: bpk / Staatsbibliothek zu Berlin

- 28: bpk / Eigentum des Hauses Hohenzollern /  
Jörg P. Anders
- 29: bpk
- 30: Landesarchiv Berlin / Waldemar Titzenthaler
- 31: bpk
- 32: ullstein bild - Lombard
- 33: Bundesarchiv, Bild 102-16874 / Georg Pahl
- 34: bpk
- 35: bpk
- 36: ullstein bild - Süddeutsche Zeitung Photo /  
Scherl
- 37: ullstein bild - ullstein bild

Seite 20 – 35, Die Kaiserzeit 1871 bis 1918

- 1: Archiv Dr. Volker Wagner, Berlin Treptow
- 2: Bundesarchiv, Bild 146-1976-116-35 /  
Atelier E. Bieber
- 3: bpk / Georg Buxenstein Co
- 4: bpk / Geheimes Staatsarchiv, SPK /  
Bildstelle GStA PK
- 5: ullstein bild - Imagno
- 6: bpk
- 7: Archiv Dr. Volker Wagner, Berlin Treptow
- 8: Bundesarchiv, Bild 183-J0716-500-003 /  
ohne Angabe
- 9: bpk
- 10: Bundesarchiv, Bild 146-1971-071-57 /  
Gebrüder Haeckel
- 11: bpk / Dietmar Katz
- 12: bpk
- 13: Archiv Dr. Volker Wagner, Berlin Treptow
- 14: Archiv Dr. Volker Wagner, Berlin Treptow
- 15: Archiv Dr. Volker Wagner, Berlin Treptow
- 16: bpk / Kunstbibliothek, SMB / Knud Petersen
- 17: ullstein bild - ullstein bild
- 18: ullstein bild - Süddeutsche Zeitung Photo /  
Scherl
- 19: bpk
- 20: Archiv Dr. Volker Wagner, Berlin Treptow
- 21: Archiv Dr. Volker Wagner, Berlin Treptow
- 22: Archiv Dr. Volker Wagner, Berlin Treptow
- 23: Archiv Dr. Volker Wagner, Berlin Treptow
- 24: Landesarchiv Berlin
- 25: Landesarchiv Berlin
- 26: Landesarchiv Berlin
- 27: Landesarchiv Berlin
- 28: Landesarchiv Berlin
- 29: bpk
- 30: Archiv Dr. Volker Wagner, Berlin Treptow
- 31: Landesarchiv Berlin
- 32: Bundesarchiv / Plak 002-004-017 /  
Martha Jaeger
- 33: Bundesarchiv / Bild 183-R66887 /  
ohne Angabe
- 34: bpk
- 35: Bundesarchiv / Bild 146-1973-030C-24 /  
Georg Pahl
- 36: bpk / Georg Buxenstein Co
- 37: bpk

- 38: bpk / Neue Photographische Gesellschaft  
(links), bpk / Theo Heep (rechts)
- 39: bpk / Kunstbibliothek, SMB / Knud Petersen
- 40: bpk / Luftbild Berlin GmbH
- 41: bpk / Gebrüder Haeckel
- 42: bpk
- 43: Bundesarchiv / Bild 146-2012-0029 /  
ohne Angabe
- 44: ullstein bild - Schnellbacher

Seite 36 – 45, Die Weimarer Republik

- 1: ullstein bild - Gircke
- 2: bpk / Kunstbibliothek, SMB, Photothek  
Willy Römer / Willy Römer
- 3: Bundesarchiv / Bild 146-1979-122-29A /  
ohne Angabe
- 4: bpk
- 5: bpk / Bayerische Staatsbibliothek /  
Archiv Heinrich Hoffmann
- 6: bpk
- 7: bpk
- 8: Bundesarchiv / Bild 183-18594-0045 /  
ohne Angabe
- 9: Bundesarchiv / Bild 183-B0527-0001-810 /  
ohne Angabe
- 10: ullstein bild - Archiv Gerstenberg
- 11: ullstein bild - Archiv Gerstenberg
- 12: ullstein bild - ullstein bild
- 13: ullstein bild - Gircke
- 14: ullstein bild - Haeckel Archiv
- 15: bpk
- 16: Bundesarchiv / Bild 183-14077-006 /  
ohne Angabe
- 17: Landesarchiv Berlin
- 18: Bundesarchiv / Bild 146-1972-030-63 /  
ohne Angabe
- 19: Bundesarchiv / Bild 146-1972-038-36 /  
Robert Sennecke
- 20: Archiv Dr. Volker Wagner, Berlin Treptow
- 21: bpk / Bayerische Staatsbibliothek /  
Archiv Heinrich Hoffmann
- 22: bpk / Kunstbibliothek, SMB
- 23: Bundesarchiv / Bild 102-10312 / Georg Pahl
- 24: bpk / Dietmar Katz
- 25: Archiv Dr. Volker Wagner, Berlin Treptow
- 26: Archiv der sozialen Demokratie der  
Friedrich-Ebert-Stiftung
- 27: Bundesarchiv / Bild 102-08214 / Georg Pahl

Seite 46 – 65: Der Nationalsozialismus  
1933 bis 1945

- 1: Archiv Dr. Volker Wagner, Berlin Treptow
- 2: Archiv Dr. Volker Wagner, Berlin Treptow
- 3: bpk
- 4: bpk
- 5: bpk / Bayerische Staatsbibliothek /  
Archiv Heinrich Hoffmann
- 6: bpk
- 7: bpk / Bayerische Staatsbibliothek /

- Archiv Heinrich Hoffmann  
8: bpk / Bayerische Staatsbibliothek / Archiv Heinrich Hoffmann  
9: bpk  
10: bpk  
11: Bundesarchiv / Bild 146-1981-135-02 / H. Wolter  
12: ullstein bild - Süddeutsche Zeitung Photo / Scherl  
13: ullstein bild - ullstein bild  
14: ullstein bild - Süddeutsche Zeitung Photo / Scherl  
15: bpk / Harry Wagner  
16: bpk / Bayerische Staatsbibliothek / Archiv Heinrich Hoffmann  
17: bpk  
18: bpk  
19: bpk  
20: bpk / Kunstbibliothek, SMB, Photothek Willy Römer / Willy Römer  
21: bpk / Lämmel  
22: bpk  
23: bpk  
24: bpk  
25: Bundesarchiv / Bild 183-R96360 / ohne Angabe  
26: Gedenkstätte Deutscher Widerstand  
27: bpk / Bayerische Staatsbibliothek / Archiv Heinrich Hoffmann  
28: bpk / Bayerische Staatsbibliothek / Archiv Heinrich Hoffmann  
29: Bundesarchiv / Bild 183-1986-0620-500 / ohne Angabe  
30: bpk / Carl Weinrother  
31: Bundesarchiv / Bild 102-00090 / Georg Pahl  
32: bpk  
33: bpk  
34: Bundesarchiv / Bild 151-39-23 / ohne Angabe  
35: Bundesarchiv / Bild 102-16037 / Georg Pahl  
36: Bundesarchiv / Bild 183-R98379 / ohne Angabe  
37: Bundesarchiv / Bild 151-08-38 / ohne Angabe  
38: Bundesarchiv / Bild 151-50-39 / ohne Angabe  
39: Bundesarchiv / Bild 146-1995-077-05 / ohne Angabe  
40: Landesarchiv Berlin  
41: bpk  
42: Landesarchiv Berlin  
43: Bundesarchiv / Bild 183-H02759 / ohne Angabe  
44: Bundesarchiv / Bild 183-J04726 / ohne Angabe  
45: Archiv Dr. Volker Wagner, Berlin Treptow  
46: bpk  
47: Bundesarchiv / Bild 183-B05039  
48: HHStAW, Abt. 631a, Nr. 1736
- 49: Bundesarchiv / R 3001 Nr. 24209 Bl. 1  
50: StABRB L.1.-55 B/3  
51: Abgeordnetenhaus von Berlin
- Seite 66 – 91: Das geteilte Deutschland 1945 bis 1990  
1: Landesarchiv Berlin  
2: Bundesarchiv / B 145 Bild-D00022155 / Georg Munker  
3: bpk / Jochen Moll  
4: Archiv Dr. Volker Wagner, Berlin Treptow  
5: bpk / Alex Waidmann  
6: ullstein bild - Berlin-Bild  
7: ullstein bild - Stiebing  
8: Bundesarchiv / Bild 183-M1203-302 / Otto Donath  
9: Archiv Dr. Volker Wagner, Berlin Treptow  
10: bpk / Herbert Hensky  
11: Bundesarchiv / Bild 212-123 / Udo Proietti  
12: bpk / Friedrich Seidenstücker  
13: bpk  
14: bpk / Herbert Hensky  
15: bpk / Max Ittenbach  
16: ullstein bild - Huschke  
17: Bundesarchiv / Plak 004-011-069 / Atelier Buch  
18: Bundesarchiv / Plak 100-019-018-T1 / ohne Angabe  
19: Bundesarchiv / Plak 004-012-031 / Hoefler  
20: Bundesarchiv / Plak 100-017-006 / Petzold  
21: Bundesarchiv / Bild 183-W0910-305 / ohne Angabe  
22: ullstein bild - ADN-Bildarchiv  
23: Archiv Dr. Volker Wagner, Berlin Treptow  
24: ullstein bild - Gircke  
25: bpk / Herbert Hensky  
26: Abgeordnetenhaus von Berlin  
27: ullstein bild - ullstein bild  
28: Abgeordnetenhaus von Berlin  
29: bpk / Herbert Hensky  
30: Landesarchiv Berlin / F Rep. 290 Nr. 0091619  
31: bpk  
32: Landesarchiv Berlin / F Rep. 290 Nr. 0028390 / Gert Schütz  
33: Landesarchiv Berlin / F Rep. 290 Nr. 0081763 / Alois Bankhardt  
34: Bundesregierung / B 145 Bild-00046492 / Puck-Archiv  
35: bpk / Henry Ries  
36: bpk  
37: bpk  
38: bpk / Victor Th. Peters  
39: bpk / Henry Ries  
40: bpk  
41: bpk  
42: Landesarchiv Berlin / T. R.  
43: bpk / Benno Wundshammer  
44: Bundesregierung / B 145 Bild-00203065 / Perlia Archiv
- 45: Bundesregierung / B 145 Bild-00091925 / Perlia Archiv  
46: Bundesregierung / B 145 Bild-00048794 / Klaus Lehnartz  
47: Bundesarchiv / Bild 183-83911-0002 / ohne Angabe  
48: Bundesarchiv / Bild 183-85458-0002 / Heinz Junge  
49: Bundesarchiv / B 145 Bild-P061246 / ohne Angabe  
50: ullstein bild - dpa  
51: Bundesarchiv / B 145 Bild-F013785-0001 / Ludwig Wegmann  
52: ullstein bild - bpk / Koehler  
53: ullstein bild - ullstein bild  
54: ullstein bild - Quax  
55: ullstein bild - Kasperski  
56: ullstein bild - Günter Peters  
57: Landesarchiv Berlin, F Rep. 290 (06) Nr. 0303684 / Edmund Kasperski  
58: ullstein bild - ADN-Bildarchiv  
59: Bundesarchiv / Bild 183-E0407-0010-001 / Joachim Spremberg  
60: Bundesarchiv / Bild 183-1986-0510-005 / Klaus Franke  
61: Bundesarchiv / Bild 183-R0703-022 / Peter Koard  
62: Bundesarchiv / Bild 183-1987-1028-049 / Peter Zimmermann  
63: Bundesarchiv / Bild 183-C1222-0008-001 / Joachim Spremberg  
64: Landesarchiv Berlin  
65: Bundesarchiv / Bild 183-81553-0002 / Eva Brüggmann  
66: Bundesarchiv / Bild 183-60717-0001 / Mihatsch  
67: ullstein bild - Reich (E & O)  
68: bpk / Heinrich von der Becke  
69: ullstein bild - Sticha  
70: Landesarchiv Berlin  
71: Bundesarchiv / Bild 183-19000-4055 / ohne Angabe  
72: Landesarchiv Berlin / F Rep. 290 Nr. 0322499 / Thomas Platow  
73: Landesarchiv Berlin / F Rep. 290 Nr. 0322508 / Thomas Platow  
74: Bundesarchiv / Plak 102-037-002 / Hans Råde  
75: Landesarchiv Berlin  
76: Landesarchiv Berlin / F Rep. 290 Nr. 0257951 / Ludwig Ehlers
- Seite 92 – 109: Das wiedervereinte Deutschland  
1: fotolia / VanderWolf Images  
2: Jürgen Nagel  
3: ullstein bild - Werek  
4: ullstein bild - ADN-Bildarchiv  
5: ullstein bild - CK-Press  
6: ullstein bild - C.T. Fotostudio
- 7: ullstein bild - Zentralbild  
8: ullstein bild - ADN-Bildarchiv  
9: Archiv Dr. Volker Wagner, Berlin Treptow  
10: Landesarchiv Berlin / Thomas Platow  
11: ullstein bild - Zentralbild  
12: Landesarchiv Berlin  
13: Henry Herrmann  
14: Landesarchiv Berlin / Thomas Platow  
15: Landesarchiv Berlin / Thomas Platow  
16: Landesarchiv Berlin / Thomas Platow  
17: Henry Herrmann  
18: Landesarchiv Berlin / Thomas Platow  
19: Abgeordnetenhaus von Berlin / Peter Thieme  
20: Archiv Dr. Volker Wagner, Berlin Treptow  
21: Bundesrat  
22: Archiv Dr. Volker Wagner, Berlin Treptow  
23: fotolia / nmann77  
24: Topografie des Terrors / Stefan Müller  
25: ullstein bild - CARO / Andreas Muhs  
26: fotolia / VanderWolf Images  
27: ullstein bild - ecopix  
28: Archiv Dr. Volker Wagner, Berlin Treptow  
29: ullstein bild - ecopix  
30: ullstein bild - Meldepress  
31: Landesarchiv Berlin / Thomas Platow  
32: Abgeordnetenhaus von Berlin  
33: Abgeordnetenhaus von Berlin  
34: Archiv Dr. Volker Wagner, Berlin Treptow  
35: Abgeordnetenhaus von Berlin  
36: Abgeordnetenhaus von Berlin  
37: Landesarchiv Berlin / F Rep. 290 (eDok) Nr. PLA\_7679 / Thomas Platow  
38: Landesarchiv Berlin / F Rep. 290 Nr. D\_002556 / Thomas Platow  
39: Landesarchiv Berlin  
40: Landesarchiv Berlin  
41: Landesarchiv Berlin / F Rep. 290 (eDok) Nr. PLA\_1324 / Thomas Platow  
42: Abgeordnetenhaus von Berlin  
43: Abgeordnetenhaus von Berlin  
44: Landesarchiv Berlin / F Rep. 290 Nr. D\_002642 / Thomas Platow  
45: Abgeordnetenhaus von Berlin  
46: Abgeordnetenhaus von Berlin  
47: Abgeordnetenhaus von Berlin  
48: bpk / Kunstbibliothek, SMB, Photothek Willy Römer / Willy Römer  
49: bpk / Kunstbibliothek, SMB, Photothek Willy Römer / Willy Römer  
50: bpk / Kunstbibliothek, SMB, Photothek Willy Römer / Willy Römer
- Seite 112 – 119, Objekte aus der Sammlung des Abgeordnetenhauses: Landesarchiv Berlin / Thomas Platow
- Seite 128: ullstein bild - EUROLUFTBILD.DE



Das Herz der parlamentarischen Demokratie für Berlin – ein modernes Haus für ein offenes und bürgernahes Parlament

Abgeordnetenhaus **BERLIN**